

d'Lëtzeburger **Land**

REPORTAGE

Project for a New Luxembourgish Century

Les patrons étalent leur force de frappe avec la crise du Covid-19 et le plan de relance qui doit lui succéder

Sommer, Sonne, Covid

Erwas Gutes hat die erneute Corona-Welle vielleicht: Sie lässt schon jetzt für den Herbst lernen

Heibleifskärchen

Luxemburg gilt als internationales Risikogebiet. Vielen Einwohnern bleibt nur der Urlaub im eigenen Land. Eine Reportage

Foto: Sven Bercker

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#30 67. Jahrgang 24. Juli 2020



5 453000 174663



4,00€

Luxemburg gilt als internationales Risikogebiet. Vielen Einwohnern bleibt nur der Urlaub im eigenen Land. Eine Reportage

Pot Schock

Failed State „Das sind ganz sicher 300 Meter“, sagt eine Frau und spielt eine Karte aus. „Ach Quatsch, das ist nie im Leben länger als zwei Fußballfelder“, so ein Mann mit muskulösem Oberkörper. Eine Baseballkappe verdeckt sein spärliches Haar, sein Blick weicht nicht von seinen beiden Karten. „Ich schwimme gleich hin und wieder zurück – und zwar im Kraulen.“ Er legt eine Karte mit seiner linken Hand auf den Stapel und blickt in die Runde: „Uno!“

Es ist der erste Sonntag nach Beginn der großen Ferien. Der Himmel ist leicht bewölkt, aber das Thermometer zeigt über 25 Grad Celsius. Vor wenigen Tagen hat das deutsche Robert-Koch-Institut Luxemburg als „Risikogebiet“ eingestuft wegen der hohen Anzahl an positiven Corona-Tests. Auch Belgien hat das Großherzogtum zu einer „Zone orange“ erklärt.

Für die Einwohner des Großherzogtums bedeutet das, dass sie sich wohl in ihrem nur 2 586 Quadratmeter großen Ländchen einrichten müssen. Für die Bevölkerung eines Landes im Singular, in dem es nur einen Flughafen, eine Philharmonie, ein Stadion, eine Rockkonzertthalle, einen Stausee, eine Universität und eine Stadt gibt, ist das eine Herausforderung, um nicht den Luxemburg-Koller zu bekommen. Um nicht an der Kleinheit zu frustrieren.

Luxemburg ist ein Land im Singular. Es gibt einen Flughafen, eine Philharmonie, ein Stadion, einen Stausee, eine Universität und eine Stadt

ren. Auslandsreisen sind zwar noch möglich, werden aber komplizierter. Wer einen roten Löwen im Pass hat, gerät in manchen Ländern Europas unter Verdacht, eine Biowaffe in sich zu tragen. Und auch vor Reisen nach Luxemburg wird gewarnt. Das deutsche Auswärtige Amt rät vor Reisen ins Großherzogtum ebenso ab wie nach Somalia, einem *Failed state* auf dem afrikanischen Kontinent.

Also sind an diesem Sonntag Tausende Menschen an den Stausee gereist. Bereits bei der Anreise zu den Stränden in Lultzhausen, Insborn oder Burfelt wird klar, dass niemand alleine am Ufer des Sees liegen wird. Autos mit deutschen, französischen, belgischen, niederländischen und luxemburgischen Kennzeichen parken kilometerlang entlang der Felder und Straßen wie bei einem großen Rockfestival. Das ist nicht ungewöhnlich, war in den vergangenen Jahren an sonnigen Wochenenden am Stausee eher die Regel als die Ausnahme. Gestört hat es niemanden.

Aber in Zeiten von Corona werden die Lokalpolitiker nervös. Wer will schon später verantwortlich gemacht werden für Infektionsherde? Also schlagen sie über RTL und das *Luxemburger Wort* Alarm, sprechen von einer „desaströsen Parkingsituation“ und zeigen mit dem Finger auf die Re-

gierung. Es ist eine Sprache, die in Luxemburg verstanden wird. Eine Woche später ist es vorbei mit dem freien Bad für freie Bürger: Wer an den Stau will, benötigt eine Online-Reservierung.

Idylle Der Strand am Burfelt galt lange als Geheimtipp. Ein 1,5 Kilometer langer Waldweg über einen steilen Ardennenhang schreckte ab, viele kannten den Ort noch nicht einmal. Nur Hippies, Alt-68er und Libertäre zog es für Jahre dorthin, sie erklärten den Burfelt zu einem FKK-Strand.

Mittlerweile ist der Weg ausgebaut, es gibt Sanitäranlagen, Mülltonnen, eine stets gemähte Liegewiese und eine Anlegestelle für das Solarboot. Burfelt ist längst kein Geheimtipp mehr – Familien und Kleingruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen finden sich ein, schleppen Wegwerfgrills, Sonnenschirme, Musikanlagen, Schlauchboote, Kühlboxen und Bierkässen mit zum Strand. Sogar die Post hat nachgerüstet und versorgt das einstige Funkloch mittlerweile mit einem stabilen 4G-Netz. Ein freier Platz lässt sich am Burfelt jedoch noch immer finden. Die Abstandsregeln sind ohne Probleme einzuhalten.

Seit wenigen Jahren befindet sich auf halber Strecke zwischen Parkplatz und Strand zudem



Heibleifskärchen

eine neue Attraktion: Burfelt Belvédère. Eine Panorama-Plattform mit Blick über das Stauseeareal. „Boah, ist das hoch“, sagt eine deutsche Besucherin, geschätzt Anfang 30. „Ach, hab dich nicht so“, sagt ihr Freund und nickt ihr zu. Doch die Frau bleibt in sicherer Distanz zum Abgrund stehen. Der Mann dreht sich um und lehnt sich an das Geländer, der Blick geht aufrecht in die Ferne über die Stauschleife und das Gebirge. Er erinnert fast an das romantische Gemälde *Der Wanderer über dem Nebelmeer* von Casper David Friedrich: eine Rückenfigur inmitten einer unbefleckten Landschaft.

Der Stau gilt tatsächlich als Inbegriff des Natürlichen. Das Naturreservat ist ein Refugium für Ursprünglichkeit, für Entschleunigung fernab der Zivilisation. Hier ist man der Schöpfung ganz nahe. Das ist natürlich vollkommen verlogen. Diese Landschaft ist nicht auf natürlichem Weg durch Millionen Jahre Erosion entstanden oder sonstige geologische Prozesse, sondern von Menschenhand. Durch eine 4,5 Meter dicke Betonwand. Sie wurde Ende der 1950er-Jahre 45 Meter hoch gegossen. Hunderttausende Würmer, Käfer, Fliegen, Mäuse und Vögel fielen dieser artifiziiellen Konstruktion zum Opfer. Es ist quasi das Disneyland unter den Naturreservaten. Kaum vorstellbar, dass ein solches Dammprojekt in Luxemburg noch 2020 realisierbar wäre.

Morricone im Müllerthal „U bent van harte welkom om nederlands te spreken“, sagt ein kräftiger Mann mit Ohrring ins Telefon. Auf seinem T-Shirt steht „Willkommen in meiner Welt“, darüber befindet sich das Zeichen des Superhelden aus den *Batman*-Comics. Der Mann heißt Stefan Spaus, er ist Betreiber des Camping Cascade in Müllerthal in vierter Generation. „Wir lernen alle Niederländisch“, sagt Spaus. „Mein zehn-jähriger Sohn spricht es auch schon.“ Seit jeher machen Niederländer den größten Teil der Camping-Kunden aus. Und sie sind treu, kommen jedes Jahr ins Müllerthal. Sogar im Coronajahr.

Spaus spricht von einer ungewöhnlichen Zeit, von einigen Absagen, aber seine Campingplätze seien dennoch besetzt. 17 Euro kostet ein Zeltplatz, zwei Euro extra für Strom. Ein Swimmingpool, ein Restaurant, Animation oder sonstigen Luxus sucht man im Cascade vergebens. In der kleinen Holzhütte gibt es lediglich Kaltgetränke und ein paar Snacks: „Wir sind ein Camping und kein Hotel.“

Der Stausee ist quasi das Disneyland unter den Naturreservaten



Spaus betreibt das Camping mit seiner Frau nebenberuflich und fährt ansonsten den Schulbus der Gemeinde Waldbillig. Er macht sich dabei weniger Sorgen um Corona als vielmehr über das Hochwasser. 2018 hat es das Müllerthal dramatisch getroffen, als die Schwarze Ernз innerhalb von Minuten über das Ufer trat und zum reißenden Fluss wurde. Und im Februar passierte es schon wieder.

Zu seinen Gästen zählen in diesem Jahr zum ersten Mal seit langem wieder mehr Luxemburger: „Ich habe aktuell zehn Reservierungen von Luxemburgern, ich denke das ist Rekord“, so Spaus. Er glaubt, die Gutscheinaktion von Tourismusminister Lex Delles (DP) habe den Anreiz geschaffen, aber natürlich auch die generelle Unsicherheit gegenüber Reisen ins Ausland. Aber Kunden aus Luxemburg machen dennoch nur einen Bruchteil seines Geschäfts aus. „Luxemburger sind keine Camper.“ Die Mundharmonika-Melodie von Ennio Morricones *C'era una volta il West* erklingt, Spaus zeigt auf sein Handy und dreht sich um: „Oui, nous sommes ouverts.“

Kleine Luxemburger Schweiz Das Tourismusbüro in Müllerthal erinnert ein wenig an eine Hütte in den Alpen: massives Holz, Bergsteigerausrüstung, Wanderschuhe, Funktionskleidung und Rucksäcke, Liköre und Honig im Angebot, geräucherte Salami hängt an der Wand. Die Hüterin dieser Hütte ist Joyce Petri. Sie steht mit Mundschutz hinter einer Plexiglaswand. Petri zeigt auf eine ausgebreitete

Karte, wie man sie in Zeiten von *Googlemaps* auf dem Smartphone nur noch selten sieht: „Wenn Sie nur kurz Zeit haben, empfehle ich den W6 zum Schéissendémpel.“ Es sei der Weg, den sie den meisten Touristen empfiehlt. Und neuerdings vor allem auch Wanderern aus dem Großherzogtum. „Es ist wirklich auffallend, wie viele Luxemburger in diesem Jahr ins Müllerthal kommen.“

Einer von ihnen ist Michel Rasqué. Er ist mit seiner Frau und seiner Enkeltochter unterwegs zum Schéissendémpel – dem Wahrzeichen des Müllerthals, das schon Wanderer im 19. Jahrhundert in diese Gegend zog. Anders als der Stausee ist die kleine Luxemburger Schweiz, wie Niederländer das Müllerthal einst taufen, durch Millionen Jahre Erosion entstanden. Bäche wie die Schwarze Ernз oder die Bëllegerbaach schnitten sich tief in das Gestein und formten eine Landschaft mit spektakulären Felsformationen, die bereits oft als Filmkulisse diente, etwa für die Verfilmung des Martin Suter Bestsellers *Die dunkle Seite des Mondes* oder zuletzt für die beliebte Luxemburger Krimiserie *Capitani*.

„Wir wollten unserer Enkeltochter zeigen, dass es auch in Luxemburg interessante Orte gibt“, so Rasqué. Rosa Short, Bermuda-Shirt, Nike-Turnschuhe und breites, weißes Lachen – Rasqué ist ein sogenannter *Best Ager*, der die gesamte Welt bereist und gut in Form ist. Er redet von den Bermudas, Martinique und einem Marathon auf Madagaskar. Aber das Müllerthal erinnere ihn



Oben links: Kinder stehen Schlange für eine Achterbahnfahrt in Luxemburg-Stadt / Camper und Wanderer im Müllerthal

manchmal auch an die Tropen oder an Korsika, so Rasqué. „Manchmal vergessen wir Luxemburger ja, wie schön das Land ist.“

Am Schéissendémpel spreizt sich die Schwarze Ernз in drei Wasserfälle. Das Wasser schlägt mit Wucht auf die Gumpе. Es ist laut und feucht. Kinder verfolgen das Szenario und stehen am Rande des Bachs. Niemand wagt sich so recht in das kühle Nass. Ein Junge gibt

sich einen Ruck und stampft wie ein Welpе in Richtung der Wasserfälle. Doch durch seinen Übermut hat er die Strömung ignoriert, verliert die Balance und fällt seitwärts ins Wasser. Gelächter, Gekreische. Aber nun folgen ihm auch die anderen.

„Man braucht eigentlich nur Wasser“, sagt ein älterer Mann zu seiner Frau. „Und Zeit“, fügt die Frau hinzu.



Leitartikel

Forteresses

Bernard Thomas

Début juillet, lors de la conférence de presse annuelle de l'ABBL, le vice-président du lobby bancaire Pierre Etienne évoquait « la forteresse Luxembourg » qui allait « se renforcer comparativement à ses voisins ». Dans le contexte européen actuel, un endettement approchant des trente pour cent serait « extrêmement enviable » et le « triple A » inspirerait confiance aux HNWI : un *safe haven* au milieu du chaos. Dès le mois de mai, le *Land* avait noté un afflux de clients italiens, espagnols et belges transférant leurs avoirs vers la place financière en anticipation d'un « serrage de vis fiscal » dans leurs pays respectifs. Or, pour pleinement profiter des largesses fiscales et du secret bancaire luxembourgeois, ils seront condamnés à se faire résidents et à rejoindre les Ferrero, Del Vecchio et autres grandes fortunes qui ont pris leurs quartiers, haut standing, dans l'hyper-centre. Un énième facteur qui – à côté de la financiarisation de l'immobilier, des taux bas et des stratégies de rétention du foncier – finira par alimenter la surchauffe. (Au premier trimestre 2020, la hausse annuelle des prix aura été de plus quatorze pour cent.)

Dans un pays qui s'est toujours pensé comme exceptionnel, la deuxième vague est ressentie comme une blessure narcissique. Et si Dieu n'était pas luxembourgeois ? Or, le virus révèle impitoyablement les fissures sociales des sociétés qu'il frappe. Des recherches du *New York*

Times ont ainsi révélé qu'aux États-Unis, les Noirs et Latinos attrapaient trois fois plus le coronavirus que leurs voisins blancs. Occupant majoritairement des emplois qui ne peuvent être faits à distance, et habitant souvent dans des logements surpeuplés, ces populations se retrouvent en première ligne, démunis face au virus.

Au Luxembourg, ce sont les exclus du marché immobilier – souvent des ouvriers immigrés – qui ont le moins de moyens de se prémunir. La crise du logement bannit les pauvres de la capitale, engloutit les salaires et freine le développement économique ; par temps d'épidémie, elle est potentiellement mortelle. Le 10 juillet, la ministre de la Santé, Paulette Lenert, évoquait deux clusters dans des « collocations », un euphémisme pour des bouges situés au-dessus de cafés. Une vingtaine de personnes s'y entassaient dans des conditions insalubres. D'après la ministre, ces sous-locataires travaillaient au noir (« dans l'illégalité ») et ont hésité à révéler l'identité de leur patron, ce qui aurait retardé le traçage des contacts. Dormant à plusieurs dans une même pièce, ils n'auraient pas eu la possibilité de s'isoler, même après avoir attrapé le virus. (Les autorités leur mettent des chambres à disposition dans lesquelles ils pourront passer la quarantaine.) « C'est la première fois, estime Lenert, qu'on se voit confronté à la composante sociale de l'épidémie. »

Ce lundi sur *Radio 100,7*, la ministre s'interrogeait : « Je ne sais pas comment j'organiserais un dîner de dix personnes chez moi tout en respectant les distances... Ce serait difficilement faisable. Et pourtant, j'ai une maison qui n'est pas petite. » L'expérience du grand confinement aura été vécue de manière radicalement différente selon qu'on vivait dans une grande maison avec jardin ou dans un petit appartement sans balcon. Aujourd'hui, tout le monde n'a pas les mêmes moyens pour se mettre à l'abri de la deuxième vague.

L'été, avec ses soirées en terrasse et dans les parcs publics, offre une échappatoire aux locataires, majoritairement étrangers, des quartiers populaires de la Ville, d'Esch-sur-Alzette ou de Differdange. Mais l'automne et l'hiver s'annoncent claustrophobes. Dès 2014, le Statec avait relevé que les « inégalités de surface de logement » étaient particulièrement prononcées au Luxembourg : Un ménage situé en-dessous du seuil de pauvreté et composé de deux adultes plus deux enfants dispose en moyenne de 96 mètres carrés (contre 162,5 pour une famille « non-pauvre »). Par contraste, le rêve luxembourgeois d'une maison isolée apparaît comme grotesquement surdimensionné et mesure en moyenne 186 mètres carrés. La classe moyenne luxembourgeoise pourra donc toujours se retirer dans ses forteresses au vert et sous-peuplées, selon les règles de la distanciation sociale.

Nachdem schon unter CSV-Hochschulminister François Biltgen die Diskussion begann, verabschiedete die Abgeordnetenkammer neun Jahre später am Dienstag ein Gesetz, das mit einer dreijährigen Bachelor-Ausbildung an der Uni Luxemburg den ersten Schritt hin zu einer Medical School ermöglicht. Eingeführt wird auch die Spezialausbildung in Onkologie und Neurologie, und die schon bestehende Ausbildung in Allgemeinmedizin wird um einen forschungsorientierten Zweig als Option ergänzt, in der die Ausbildung ein Jahr länger dauert. Sodass an den Spitälern in Zukunft wahrscheinlich mehr Médecins en voie de spécialisation, wie etwa hier am CHL, anzutreffen sein werden. pf

Patrick Galbats



Personalien

Personalien

Politik

Gemeinden

Soziales

Mars Di Bartolomeo,

LSAP-Abgeordneter und Präsident des parlamentarischen Gesundheitsausschusses, meinte am Dienstag im Parlament, die Spitäler sollten sich einigen, aus ihren Häusern eine räumlich verteilte Uniklinik zu bilden. Zumindest in bestimmten, wichtigen Bereichen, die dann einer gemeinsamen Organisation unterstellt würden. So sei die Uniklinik Bochum entstanden. Für die Ausbildung von Studenten und die Bündelung von Kompetenzen wäre das vermutlich sinnvoll. Und es wäre die abgespeckte Version der Idee, die Di Bartolomeo als Gesundheitsminister in aller Öffentlichkeit nur 2009 zwischen zwei Legislaturperioden äußerte, als er als amtierender Minister für sich alleine sprach und nicht für eine Koalition aus LSAP und CSV: Alle Spitäler unter ein gemeinsames Dach zu stellen, weil alle öffentlich finanziert sind. Das aber wäre politisch anspruchsvoll, vor allem wegen der gewachsenen Konkurrenz zwischen dem „roten“ CHL und den „schwarzen“ Schuman-Krankenhäusern. pf

Henri Kox,

(59), früherer Bürgermeister von Remich, ehemaliger Abgeordneter, langjähriges Grünenmitglied und Wohnungsbauminister, wird neuer Minister für Innere Sicherheit. Er übernimmt damit das Ressort von Vizepremier François Bausch, nachdem er bereits Ende 2019 zum Delegierten Minister für Innere Sicherheit ernannt worden war. Laut Bausch geht es darum, die ministeriellen Kompetenzen klarer aufzuteilen. ps

François Benoy,

(35), Abgeordneter der Grünen und Gemeinderat in der Stadt Luxemburg, wird parlamentarischer Berichterstatter für das Haushaltsgesetz 2021. Der Berichterstatter-Posten gilt als Prestige-job unter den Parlamentariern, da es sich um das wichtigste Gesetz des Jahres handelt, das eine hohe Sichtbarkeit verspricht. De facto ist der Berichterstatter jedoch ein Zuarbeiter des Finanzministers. Aufgrund der Corona-Rezession mitsamt hoher Staatsverschuldung wird es für Benoy dennoch ein Drahtseilakt werden, die Regierungsvorhaben in den Gesprächen mit Akteuren der Zivilgesellschaft zu vermitteln. ps

Jean-Claude Juncker,

ehemaliger EU-Kommissionschef und CSV-Premier, schien vergangenen Samstag in einem *Tageblatt*-Interview seine bisher gepflegte Zurückhaltung gegenüber der Landespolitik aufzugeben. Der Regierung warf er vor, dass in der Wohnungsbaupolitik „nichts“ passiere. Es seien Luxemburger, „die die Baupreise verteuern“. Luxemburger würden Luxemburger „ausbeuten“, doch diese Einsicht teile die Regierung nicht. Ob solche Äußerungen Anzeichen dafür sind, dass Juncker sich der ideologisch ziemlich führungslosen CSV als neu-alte Lichtgestalt zur Verfügung stellen könnte, bleibt abzuwarten. Im Zentrum des Interviews stand die Innenpolitik nicht. pf

Polizei im Dienst

Die Gewerkschaft der bewaffneten Organe SNPGL will Klage wegen Benutzung von Fälschungen erheben. Sie glaubt, dass Zahlen über von Polizisten von Januar bis April geleistete Überstunden gefälscht sind. Das steht im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung über 2019 bei der Polizei eingeführte Arbeitszeitkonten. Am Montag hatte der delegierte Polizeiminister Henri Kox (Grüne) mit SNPGL-Vetretern in zwei Kommissariaten die Aufzeichnungen der Arbeitszeiten kontrolliert. Dort habe sich herausgestellt, so die SNPGL, dass die Polizisten zu viel arbeiten – was ihnen jedoch als Regelverstoß vorgehalten werde. Und was die SNPGL verständlicherweise nicht akzeptiert. pf

Archivgebäude

Die Corona-Zeit belegt gerade, dass Parlament, Regierung und Staatsrat Gesetze innerhalb weniger Tage verfassen und verabschieden können. Dass es auch anders geht, zeigt der Entwurf zum neuen Archivgebäude. Seit 2003 ist allen klar, dass Luxemburg ein neues Nationalarchiv benötigt, das entsprechende Gesetz wurde jedoch immer wieder verschoben. Und auch in diesem Jahr konnte einem bange werden, dass das neue Gebäude aufgrund der Corona-Krise (ebenso wie vor zehn Jahren in der Finanzkrise), dem Rotstift zum Opfer fallen würde. Doch am Donnerstag haben die Parlamentarier den neuen Entwurf unter Federführung der Minister Sam Tanson und François Bausch (Grüne) verabschiedet. Kostenpunkt: rund 77 Millionen Euro. Baubeginn: 2021. ps

Wieviel Geld für die Gemeinden?

In der in alphabetischer Reihenfolge aufgestellten Tabelle des Innenministeriums liegen die beiden Gemeinden nebeneinander: Luxemburg-Stadt, die 2019 mit 4 981,05 Euro pro Kopf am meisten aus der kommunalen Gewerbesteuer und dem staatlichen Gemeinde-Dotationsfonds bezog, und Lorenzweiler, die mit 3 048,47 Euro am wenigsten erhielt. Der Unterschied macht 63 Prozent aus.

„Natürlich hat die Hauptstadt andere Missionen als Lorenzweiler, aber 63 Prozent sind viel“, sagt der CSV-Abgeordnete Marc Lies, der die Tabelle mit einer parlamentarischen Anfrage an Ministerin Taina Bofferdig (LSAP) angefragt hatte. Die CSV will erreichen, dass die Innenministerin noch für dieses Jahr in eine Evaluation der Gemeindefinanzreform einwilligt, die 2016 ihr Vorgänger Dan Kersch (LSAP) durchgesetzt hatte. Über alle Gemeinden hinweg betrachtet, machte die Reform die Verteilung der Pro-Kopf-Mittel aus der Gewerbesteuer und einem Dotationsfonds, der die Gemeinden an Steuereinnahmen des Staats beteiligt, ausgeglichener. Ob das auch gerechter wäre, darum drehte sich schon damals eine politische Auseinandersetzung mit der CSV.

Diese Frage durch eine Evaluation der Finanzreform zu beantworten, wurde von der Regierung versprochen. Allerdings könnte es dieses Jahr besonders schwierig werden, daraus politische Schlüsse zu ziehen: Hatte im vergangenen Jahr der kommunale Sektor insgesamt mit mehr als zwei Milliarden Euro über so viel Geld verfügt wie noch nie, ließ die Corona-Krise Gewerbe- und Staatssteuereinnahmen schrumpfen. Im April stellte die Innenministerin die Gemeinden auf ein Defizit von 372 Millionen für dieses Jahr ein. Weil der Mehrjahreshaushalt 2019-2023 für dieses Jahr eigentlich von einem Überschuss von 341 Millionen Euro ausgeht, ergibt sich unter dem Strich eine Differenz von 713 Millionen. Als am Montag Taina Bofferdig gemeinsam mit Finanzminister Pierre Gramegna (DP) im parlamentarischen Innenausschuss die anhand der jüngsten Steuerschätzung des Statec aktualisierten Zahlen vorstellte, war es bei diesem Minus geblieben.

„Mag sein, dass viele Gemeinden über Reserven verfügen, aber wie geht es weiter?“, fragt Marc Lies. Dass Bofferdig versprochen hat, den Subventionssatz für kommunale Kollektivbauten auf 35 Prozent zu erhöhen, damit die Gemeinden nicht aufhören zu investieren, sei schön und gut. „Die Ministerin kann aber nur für ihr Ressort sprechen, und von dort werden im Grunde nur Schulbauten bezuschusst.“ *Maisons relais* etwa subventioniere das Bildungs- und Jugendministerium. Und ganz allgemein bleibe angesichts von Covid-Krise und Steuerausfall zu klären, wieviel Geld den Gemeinden zur Verfügung stehen wird: „Bis Ende 2020 soll der *Pacte logement 2.0* unter Dach und Fach sein, der von den Gemeinden mehr Engagement im Wohnungsbau erwartet.“ Das aber erfordere, sie bei anderen Investition zu begleiten, sagt Lies. „Sonst geht der *Pacte logement* nicht auf.“ pf

Teurer, aber Reserven

Die von der CNS verwaltete Pflegekasse hat im vergangenen Jahr 54,2 Millionen Euro mehr eingenommen als ausgegeben, so die CNS im Jahresabschluss 2019. Ihre Reserve wuchs damit auf 315,2 Millionen Euro oder fast die Hälfte der Jahresausgaben 2019. Da die Pflegekasse in der Corona-Krise im Unterschied zur Krankenkasse keine Sonderausgaben trug, scheint ihre Finanzlage sicherer. Dabei nahmen die Ausgaben um rund zehn Prozent zu, was viel ist und was die CNS unter anderem auf in der Pflegeversicherungsreform von 2018 vereinbarte „Zusatzmaßnahmen“ zurückführt. Doch 40 Prozent der Pflegeausgaben trägt automatisch der Staat, was die Pflegekasse entlastet. Zur Krankenkasse dagegen steuert der Staat 40 Prozent der Einnahmen bei. pf

In eigener Sache

Peter Feist, *Land*-Redakteur seit November 1999, übernimmt ab 15. Oktober die Chefredaktion der Wochenzeitung von Josée Hansen. France Clarinval, Redakteurin bei *Le Quotidien*, dann im Verlag Maison moderne und zurzeit bei *rtl.lu*, wird ab 1. September verantwortlich für das Kulturressort des *Lëtzebuurger Land*.



Da hat Corona keine Chance: maximale Distanznahme beim Breitensport auf dem Kirchberg dieser Tage

Etwas Gutes hat die erneute Corona-Welle vielleicht: Sie lässt jetzt schon für den Herbst lernen

Sommer, Sonne, Covid

Peter Feist

Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) machte sich am Mittwoch auch selber Mut: „Vielleicht kriegen wir die Kurve ja flach gehalten“, sagte sie bei dem wöchentlichen Corona-Rückblick, den das Ministerium neuerdings ausrichtet.

Dabei sehen die Zahlen nicht gut aus: In der Woche vom 13. bis zum 19. Juli waren 684 neue Covid-19-Infektionen registriert worden. In der Woche zuvor 401. Damals überschritt die Luxemburger Statistik mit 55,2 neuen Fällen auf 100 000 Einwohner jene Schwelle von 50, die in Deutschland die Seuchenschutzbehörde Robert-Koch-Institut festgelegt hat, um „Risikogebiete“ zu definieren, und sie erklärte Luxemburg zu einem. Eine Woche später erreichte der 100 000-Einwohnerwert bei 92,5 Fälle. Und nur zwei Stunden nach Lenerts Pressebriefing meldete ihr Ministerium für den Mittwoch 129 Neuinfektionen. Am Morgen hatten auch die Schweizer Behörden Luxemburg als Risikogebiet eingestuft.

Die „zweite Welle“, von der nun auch offiziell die Rede ist, trifft die Regierung unvermutet und zur Unzeit. Eigentlich hatte sie im Juni, als die täglichen Neuinfektionen im einstelligen Bereich lagen und termingerecht der Notstand aufgehoben wurde, selber den Eindruck vermittelt, das *Déconfinement* könne immer weiter gehen, wenn auch Schritt für Schritt, und sie hatte den Bürger/innen Lust auf Sommerferien, ein wenig Party nach dem *Lockdown* und zum Geldausgeben gemacht. Nun steht sie vor dem Dilemma, die gute Laune nicht völlig zu verderben, aber das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu halten. Und im Ausland zu erklären, die Luxemburger Situation sei wegen der vielen Tests „speziell“.

Doch wie speziell sie ist, ist noch nicht klar. Weniger, um damit gegenüber Behörden und Regierungen im Ausland zu argumentieren, als für die Kenntnis der „zweiten Welle“. Am Sonntag beschloss der Regierungsrat auf einer Krisensitzung im Senninger Schloss erste neue Einschränkungen. Mit der gestern vom Parlament im Eilgang verabschiedeten Covid-Gesetzesänderung treten sie am morgigen Samstag in Kraft: Eine Reduzierung der Gästezahl im privaten Rahmen auf zehn, Versammlungen in der Öffentlichkeit werden ebenfalls auf maximal zehn Personen begrenzt und „la peur du gendarme“ durch erhöhte Geldstrafensätze erzeugt. Vielleicht reicht das ja. Ob-

wohl die Corona-Modellierer von der Taskforce Research Luxembourg am Sonntag beunruhigende Simulationen vorgelegt hatten: Ohne neue Maßnahmen, warnten sie, könnte schon bis Ende August mit derart vielen und auch schweren Erkrankungen zu rechnen sein, dass dann rund die Hälfte aller Intensiv-Betten in den Spitälern beansprucht wäre und im Spätherbst, für den ohnehin mit neuen Ausbrüchen gerechnet worden war, so gut wie alle. Und möglicherweise könnte die Zahl der Todesfälle bis auf 2 000 zunehmen.

Aber die Wissenschaftler/innen sind sich auch weniger sicher als sonst mit ihren Modellierungen. In den Prognosen steckt eine breite Von-Bis-Spanne: Vielleicht verdoppeln sich die Infektionszahlen alle acht Tage, vielleicht alle 13 Tage, schreiben sie. Womöglich könne es bis Mitte dieser Woche 200 neue tägliche Fälle geben und 400 pro Tag gegen Ende dieses Monats. Tatsächlich aber kam es diese Woche nicht so schlimm. Die 129 neuen Fälle vom Mittwoch, die in Wirklichkeit wiedergeben, was am Dienstag registriert wurde, waren vielleicht der Spitzenwert der Woche, denn erfahrungsgemäß kommt mittwochs besonders viel an Nachmeldungen und Neuberechnungen zusammen. Noch wichtiger ist: Die Zahl der Hospitalisationen – 54 am Mittwoch – ist noch immer vergleichsweise niedrig. Im April lag sie zwischen 200 und 300. Die Zahl der Intensivpatienten lag Mitte der Woche mit fünf weit unter dem Spitzenwert von 45, der Anfang April erreicht worden war. Neue Todesfälle gab es bisher nicht.

Noch gibt es kein klares Bild von der „zweiten Welle“. So schlimm, wie die Taskforce Research es am Wochenende nicht ausschließen wollte, ist die Lage noch nicht

Andererseits jedoch ist das Coronavirus landesweit präsent. Das zeigen die Virusreste, die vom Luxembourg Institute of Science and Technology in den Abwasseranalysen an Kläranlagen gefunden werden. Doch inwiefern daraus folgt, dass Sars-CoV-2 „unkontrolliert“ umgeht, wie vor drei Monaten, oder man es doch vorwiegend mit einzelnen Infektionsherden zu tun hat, die sich nachverfolgen lassen, kann noch niemand genau sagen. Vorgangene Woche hatte der Direktor des Gesundheitsamtes erklärt, es gebe „beides“. Paulette Lenert sagte am Mittwoch, es sehe so aus, als gebe es „überwiegend Cluster“. Doch je mehr Cluster es gibt, desto eher dringt das Virus nach und nach breiter vor. Das Prinzip Hoffnung lautet deshalb, dass die vielen Corona-Tests – am Dienstag waren es fast 20 000 – die Realität möglichst gut abbilden und die Nachverfolgung der Kontakte von Infizierten klappt. Nachdem der Gesundheitsamtschef vor einer Woche eingeräumt hatte, das *Tracing* klappe nicht mehr vollständig, insistierte die Ministerin am Mittwoch: „Wir haben wieder alles im Griff.“

Etwas Gutes hat die Corona-Sommerwelle vielleicht: Sie lässt jetzt schon lernen, was für die kältere Jahreszeit wahrscheinlich ohnehin nötig würde. Gesundheitsamt und Ministerium bereiten ihre Daten besser auf, machen mehr davon publik, und mit Gemeinden und Betrieben hat offenbar die Suche nach gezielten Interventionsmöglichkeiten begonnen. Lokal sind mittlerweile Sozialarbeiter-Teams unterwegs, um die Corona-Aufklärung in möglichst alle Gesellschaftsschichten zu tragen. Dass solche Ansätze jetzt entwickelt werden, dürfte sich als nützlich herausstellen, wenn ab etwa Anfang Oktober die Wetterlage für die Verbreitung von Atemwegsviren günstiger wird und viele Menschen wegen aller möglichen Erreger durcheinanderhusten werden.

Bleibt vor allem die Personalfrage in Ämtern, Teststationen, Krankenhäusern und so fort. Wie fragil die Lage in dieser Hinsicht in Luxemburg ist, zeigt sich zum Beispiel daran, dass die Gesundheitsministerin nicht mehr davon spricht, dass 60 neue Covid-Fälle am Tag das Maximum seien, um die Kontakte neu Infizierter nachverfolgen zu können. Nun will sie lieber keine Zahl mehr nennen, weil es darauf ankomme, wie viele Kontakte ein Infizierter hatte. Dass es eng

Zufallsgespräch mit dem Mann in der Eisenbahn

Relikte einer bürgerlich-demokratischen Öffentlichkeit

Romain Hilgert

In Zeiten der Pressekrise fällt es DP, LSAP und Grünen leicht, Verlage und Zeitungen entsprechend ihrem politischen Nutzen zu stärken oder zu schwächen. Die Regierung kann den einen Geld nehmen und den anderen geben. Zu diesem Zweck hinterlegte der für Medien zuständige Premierminister Xavier Bettel (DP) vergangene Woche einen Gesetzentwurf zur Reform der staatlichen Pressehilfe.

Um ihre Existenz ringenden Tageszeitungen Geld wegzunehmen und es Gratiszeitungen zu geben, ist eine sehr liberale Vorstellung von Qualitätsjournalismus

Die Regierung liebt es, über sich selbst zu twittern. Zeitungen missfallen ihr als Relikte einer bürgerlich-demokratischen Öffentlichkeit. Die Reform der Pressehilfe soll das Verschwinden der Zeitungen fördern. Es soll gewinnbringend erscheinen, ins Internet abzuwandern. Die derzeitige Grundpauschale wird dazu in „Innovationshilfe“ umgetauft. Laut Berechnungen der Regierung soll eine Internetseite wie *Reporter* so viel Pressehilfe wie eine Wochenzeitung oder kleine Tageszeitung erhalten. Obwohl deren Herstellungs- und Vertriebskosten ein Vielfaches ausmachen.

Mit *Luxemburger Wort* und *Tageblatt* sollen die umsatzstärksten Titel die meiste Pressehilfe erhalten, jeweils über anderthalb Millionen Euro jährlich. Das war schon immer so. Neu ist, dass die großen Gewinner der Reform zwei Gratiszeitungen sein sollen, *L'Essentiel* und *Paperjam*. Sie sollen künftig eine Million beziehungsweise 650 000 Euro aus der Staatskasse erhalten. Bisher verweigerte der Gesetzgeber Gratisblättern eine Pressehilfe. Denn die Steuerzahler sollen keine Zeitung finanzieren, die zu bezahlen die Leser nicht für wert befinden.

Die großen Verlierer der Reform, die Tageszeitungen *Le Quotidien* und *Lëtzebuurger Journal*, sollen jeweils eine halbe Million Euro verlieren. Das *Lëtzebuurger Journal* stellte diese Woche seine Montagsausgabe ein und macht Ende des Jahres dicht. *Le Quotidien* wird spätestens nach der gesetzlichen Übergangsfrist aufhören müssen. Mühsam um ihre Unabhängigkeit und Existenz ringenden Tageszeitungen Geld wegzunehmen und es Gratiszeitungen zu geben, die mit Gefälligkeitsbeiträgen ein „werbefreundliches Umfeld“ schaffen, ist eine sehr liberale Vorstellung von Qualitätsjournalismus.

Dass die Regierungspartei DP ihre eigene Tageszeitung in den Ruin treibt, überrascht nur auf den ersten Blick. Liberale Strategen bemühten sich schon in der Vergangenheit, Pate zu stehen bei der Geburt eines dritten, liberalen und unternehmerfreundlichen Verlags zwischen dem konservativen Saint-Paul und der sozialdemokratischen Edipress. Die Reform der Pressehilfe ist nun ein neuer Versuch. Schon im „Wechsel“-Wahlkampf 2013 hatte die DP den Verlag Maison moderne und dessen *Paperjam* als nützlicher ausgemacht als ihr *Lëtzebuurger Journal*.

werden könnte beim „analogen“ *Contact Tracing* per Telefon, deuten die Simulationen der Forscher-Taskforce vom Sonntag an: Nur wenn die sozialen Kontakte stärker beschränkt, außerdem eine erneute Empfehlung zur Telearbeit ausgegeben und das Personal für das *Contact Tracing* rasch auf 120 hochgefahren würde, ließe sich – bei allen Unsicherheiten – eine Überlastung der Spitäler über den Sommer vermeiden. Die Regierung beschloss am Sonntag zunächst Kontaktbeschränkungen. Die Rekrutierung und Schnell-Ausbildung von Beamten aus anderen Staatsverwaltungen für das *Contact Tracing* läuft. Bis Mittwoch aber war der verfügbare Mitarbeiterstab erst bei 85 angelangt.

Auch die Massentests im *Large-scale testing* kann Luxemburg nicht aus eigener Personal-Kraft realisieren. Das war in der ersten Phase so, die kommenden Montag endet, aber wahrscheinlich um einen Monat verlängert wird. Das wird auch in der zweiten Phase so sein, die von Ende August bis Ende März 2021 angesetzt ist und für die das Parlament am Dienstag ein Finanzierungsgesetz über 60,7 Millionen Euro verabschiedete. Im Mai hatte der internationale Militärdienstleister Ecolog, der die Großtests in der ersten Phase bereitstellt, Personal dafür in ganz Europa rekrutiert. In Phase zwei dürfte das ähnlich sein; die vergangene Woche veröffentlichte Ausschreibung der nächsten Runde *Large-scale testing* wendet sich an den freien Markt um Bereitstellung eines Rundum-Pakets: von der Durchführung der Tests selbst über den Betrieb einer Telefon-Hotline bis hin zur Mitarbeit an der Führung des

Testkonzepts, gemeinsam mit Gesundheitsamt und Ministerium.

Politisch ist der Umgang mit den neuen Infektionen ziemlich unumstritten. Hatten vergangene Woche die Oppositionsparteien sich geschlossen wegen mangelnder Transparenz beschwert, war davon diese Woche weniger zu hören; vielleicht, weil sich am Wochenende gezeigt hat, dass im Moment weder Regierung noch Wissenschaft die Lage genau kennen. Am Dienstag im Parlament war lediglich die ADR gegen das Finanzierungsgesetz zum *Large-scale testing*, behauptete, die Großtests brächten nichts und bliesen nur Luxemburgs Fall-Statistik auf.

Politische Auseinandersetzungen wird es vielleicht noch um den Einsatz einer *Tracing App* geben, dem die Regierung bisher skeptisch gegenübersteht. Sollten die Covid-Fälle derart zunehmen, wie die Taskforce Research es am Sonntag nicht ausschließen wollte, und mehrere hundert täglich erreichen, dürfte sich über kurz oder lang die Frage stellen, ob eine *App* als Ergänzung zu den Telefon-Interviews nicht doch sinnvoll wäre. Wenngleich die *Apps* auch technische Grenzen haben, Datenschutzfragen sich stellen und das Freiwilligkeitsprinzip gelten müsste, wäre die Akzeptanz dafür in der Bevölkerung am Ende womöglich gar nicht so klein. Auch das *Large-scale testing* war zunächst wenig populär, aber das hat sich zu ändern begonnen. Und falls es jetzt gelingt, die Kurve flach zu halten, ist das ab Herbst auf jeden Fall weniger sicher.

Deutschland

Geld stinkt nicht

Martin Theobald, Berlin

Aus der Räuberpistole wird eine Staatsaffäre – und abenteuerlicher könnte sie kaum sein: Im Juni meldete der Zahlungsdienstleister Wirecard Insolvenz an, da – knapp und kurz zusammengefasst – in seiner Bilanz zwei Milliarden Euro fehlten, die angeblich bei einer philippinischen Bank hinterlegt sein sollten, um dem Geschäftsmodell des Unternehmens in Asien dienlich zu sein, dort aber wohl nie eingezahlt wurden. Was zunächst als ein Fall von Hybris in der schicken Scheinwelt des Internets erschien, entwickelt sich nun zu einem Skandal, der auch das politische Berlin erschüttert.

Zunächst stand dort lediglich Bundesfinanzminister Olaf Scholz im Zentrum der Aufmerksamkeit, dann musste auch das Bundeskanzleramt einräumen, dass es für Wirecard in China die Werbetrommel rührte. Kanzlerin Angela Merkel höchstpersönlich soll bei einem Besuch in Peking für das Unternehmen Klinken geputzt haben – wie es im Volksmund heißt. Eingefädelt hatte den Deal der ehemalige Sunnyboy der deutschen Politik Karl-Theodor von und zu Guttenberg, ehemals Bundeswirtschaftsminister, dann Bundesverteidigungsminister in den damaligen Kabinetten von Merkel. Er bat die Kanzlerin, den Markteintritt von Wirecard in China „zu flankieren“. Nach den Lobbyismus-Vorwürfen gegen Philipp Amthor, aufstrebender CDU-Politiker aus Mecklenburg-Vorpommern, in den Wochen zuvor, zeigt auch die Wirecard-Affäre, wie leicht es Klinkenputzer auf dem Berliner Parkett haben.

Doch die Geschehnisse um Wirecard haben noch eine weitaus größere Dimension, in deren Fokus Finanzminister Olaf Scholz als oberster Dienstherr der deutschen Finanzaufsicht steht. Er war seit etwa eininhalb Jahren über den Verdacht informiert, dass bei diesem Vorzeige-Start-up einiges schiefgelaufen könnte: Marktmanipulation, Geldwäsche,



Die Wirecard-Affäre zeigt, wie leicht es Klinkenputzer auf dem Berliner Parkett haben

Bilanzfälschung, irreführende Rechnungslegung, Scheingeschäfte. Die Liste der Gerüchte um Wirecard war lang und wurde oftmals lautstark von der Presse vorgetragen, womit sich die Frage stellt, warum Scholz die Angelegenheit nicht umgehend zur Chefsache machte.

Dieses Versäumnis mag sich damit erklären lassen, dass der Finanzminister zum Amtsantritt eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der Wirtschaftsprüfer von EY – ehemals Ernest & Young – auf dem Tisch liegen hatte. Scholz fing im März 2018 an, im April lieferten die Prüfer ihren alljährlichen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk ab: Alles sei bestens mit der Bilanz von Wirecard. Eine Prüfung

Schon seit 2008 hatte es kritische Presseberichte zu Wirecard gegeben

der Prüfer ist unüblich. Ein kritisches Hinterfragen ihrer Dienstleistung auch. Scholz und die zuständigen Mitarbeitenden im Ministerium hätten schon damals genauer hinschauen müssen, denn

die Flecken auf der testierten weißen Weste waren kaum zu verdecken gewesen. Dokumentiert ist das im gerade veröffentlichten Sachstandsbericht des Finanzministeriums. Dieser Bericht ist eine Bestandsaufnahme eines jahrelangen, kollektiven Versagens von Ministerien, Aufsichtsbehörden und Prüfungsgesellschaften. Aber es war Wollen und Willen der deutschen Wirtschaft und Politik ein Vorzeigeunternehmen in der Internetwelt zu haben, um mit all den Silicon Valleys auf der Welt Schritt halten zu können – koste es, was es wolle.

Schon seit 2008 hatte es kritische Presseberichte zu Wirecard gegeben. Seit 2010 hatte die Finanzaufsicht Sonderprüfungen veranlasst, damals übrigens noch unter Minister Wolfgang Schäuble. Immer wieder wurde überlegt, wie und von wem die international kompliziert verzweigte Struktur des milliardenschweren Konzerns beaufsichtigt werden sollte. Wirklich von der Bezirksregierung Niederbayern? In dessen Zuständigkeitsbereich liegt die Wirecard-Zentrale. Und warum hielten es weder Schäuble noch Scholz augenscheinlich für nötig, den Meldungen zu den Unregelmäßigkeiten nachzugehen? Oder die Prüfung in andere Hände zu geben? Sie hätten gewarnt sein müssen von den großen Skandalen um Geldwäsche und Zinsmanipulation bei der Deutschen Bank oder um Cum-Ex-Steuerbeträge. Beinahe grotesk mutet es an, dass der wichtigste Staatssekretär von Scholz noch am 27. Juni 2019 bei der chinesischen Regierung für Wirecard warb – und die Finanzaufsicht das Unternehmen gut zwei Wochen später unter intensive Geldwäscheaufsicht stellte. Das lässt vermuten, dass im Bundesfinanzministerium zu diesem Fall wenig miteinander kommuniziert wurde.

Hinzu kommt, so legt es der Sachstandsbericht nahe, dass das Ministerium die Bundesanstalt für

Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) immer wieder zum Jagen habe tragen müssen: Dort nachschauen, da schneller machen. „Mag sein, dass das Finanzministerium vom eigenen Versagen ablenken will. Vielleicht aber ist es ein Indiz dafür, dass es ein über Jahre gewachsenes Netzwerk aus Prüfern, Managern und Beamten gegeben hat, eine vertrauliche Interessengemeinschaft, in der sich Aufsicht und Finanzindustrie so nah waren, dass man nicht mehr so genau hinschaute“, bewertet etwa die *Süddeutsche Zeitung* diese Gemengelage.

Die Bafin weist alle Anschuldigungen zurück. Felix Hufeld, Chef der Behörde gegenüber der *Welt am Sonntag*: „Wir erfüllen genau die Aufgaben, die uns der Gesetzgeber vorgibt – alles andere ist in einer Demokratie nicht zulässig.“ Die Bafin könne nicht einfach machen, was sie wolle. „Menschen, die behaupten, dass so ein Betrug mit einer anderen Aufsicht nicht möglich gewesen wäre, streuen den Bürgern Sand in die Augen“, so Hufeld weiter. Er sieht bei einer besseren Regulierung von Tech-Unternehmen vor allem den Gesetzgeber in der Pflicht, denn die Bafin habe nur kleine Teile von Wirecard direkt beaufsichtigt. „Der aufsichtliche Werkzeugkasten muss hier nachgeschärft werden“, sagt Hufeld. Will man diese Strukturen aufbrechen, muss man die Organisation reformieren. Olaf Scholz könnte der ohnehin gelegen kommen, um eigene Versäumnisse kleiner erscheinen zu lassen. Nun da er als möglicher Kanzlerkandidat seiner Partei warmläuft, dürfte ihm die Affäre um Wirecard besonders unangelegen kommen. Er steht zum dritten Mal in einem Finanzskandal. In seine Zeit als Erster Bürgermeister von Hamburg fallen die Vorwürfe um unlautere Cum-Ex-Geschäfte der HSH-Nordbank und der Warburg Bank. Nun noch Wirecard. Es heißt im Volksmund, dass aller guten Dinge drei sind. Vor allen Dingen für einen Untersuchungsausschuss.

Türkei

Ein politischer Schauprozess

Cem Sey

Der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel wurde in Abwesenheit von einem türkischen Gericht zu zwei Jahre neun Monate und 22 Tage Haft verurteilt. Angeblich habe er Terrorpropaganda betrieben. Das Urteil überraschte niemanden. Nicht weil er schuldig ist. Sondern weil der Gerichtsprozess von Anfang an ein politischer Schauprozess war. Die türkischen Richter bewerteten ein Interview Yücel mit den Führern der seit mehr als 35 Jahren gegen die türkischen Truppen kämpfenden kurdischen Guerillaorganisation Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), das in einer deutschen Zeitung veröffentlicht wurde, als Propaganda.

Die anfänglichen Vorwürfe gegen Yücel, er habe auch die Gülen-Bewegung unterstützt, wiesen die Richter hingegen ab. Sie waren auch höchst unglaubwürdig. Denn es braucht viel Phantasie um sich den eher als Linker bekannten Yücel, als Unterstützer einer islamischen Organisation vorzustellen. Der Vorwurf der Spionage wies das Gericht ebenfalls zurück. Warum wurde der damalige Istanbul-Korrespondent Yücel dann überhaupt verurteilt, könnte man sich fragen. Die Antwort liegt in den deutsch-türkischen Beziehungen, am Charakter des Regimes in Ankara und der Sackgasse, in die sich dieses Regime hineinmanövriert hat.

Nach dem erfolglosen Putschversuch im Sommer 2016 flüchteten dutzende Anhänger der Gülen-Bewegung nach Deutschland. Sie genießen dort politisches Asyl. Viele von ihnen waren in ihrem Land Offiziere, Richter, Staatsanwälte oder Unternehmer. Mehrmals forderten Vertreter des türkischen Regimes die Bundesregierung dazu auf, sie abzuschieben. Vergeblich.

Heute weiß man, dass Ankara Yücel gegen manche Gülenisten „eintauschen“ wollte. Vor allem deshalb hatten die Machthaber in Ankara den ohnehin unbeliebten Journalisten verhaften lassen. Doch Yücel lehnte solche Deals ab. Er bestand auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Regeln. Hinzukommt, dass Yücel nach seiner Freilassung und Rückkehr nach Deutschland dem Regime keine Ruhe gegeben hat. Er machte publik, dass er im Gefängnis misshandelt wurde und bezeichnet die ganze Affäre als politischer Schauprozess. Er schrieb ein Buch über seine Verhaftung und die Haftzeit und titelte es „Agentterrorist“. (So hatte ihn damals der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan öffentlich bezeichnet.) Darin wirft er dem türkischen Regime vor, seinen Fall für eine innenpolitische Kampagne missbraucht zu haben.

Keine zwei Stunden nach Bekanntwerden des Urteils gab Yücel ein Interview im türkischen Online-Magazin *T24*. Er erinnerte daran, dass zuvor das türkische Verfassungsgericht alle seine Berichte geprüft hat und zum Ergebnis gekommen ist, sie seien von der Presse- und Meinungsfreiheit gedeckt. Yücel folgert daraus: „Das türkische Gericht

hat das geltende Recht gebrochen.“ Über die Hintergründe seiner Entlassung sagte er, die Richter hätten zugegeben, dass auch sie nicht wussten wie es weitergehen solle, sie hätten auf Anweisungen gewartet.

Deniz Yücel beschuldigt aber nicht nur das Gericht. Im *T24*-Interview betonte er, dass der Prozess von Erdogan höchstpersönlich angeordnet und geführt worden wäre. In Verhandlungen mit dem damaligen deutschen Außenminister Sigmar Gabriel habe Erdogan zwei Bedingungen für seine Freilassung gestellt, erklärte Yücel. Er hätte sofort und ohne sich öffentlich zu äußern das Land verlassen müssen. „Nicht nur meine Verhaftung war unrechtmäßig“, sagte Yücel, „sondern auch meine Entlassung.“ Denn es sei keine Entscheidung des Gerichtes gewesen. Erdogan habe ihn, „den gebürtigen türkischen Staatsbürger“ dazu gezwungen das Land zu verlassen.

Die makabren Vorgänge, die Deniz Yücel beschreibt, sind in der Türkei weitgehend bekannt. In dem EU-Beitrittskandidaten Türkei gibt es seit einigen Jahren keine unabhängigen Gerichte mehr. Fast täglich werden neue Gerichtsprozesse gegen Journalisten, Menschenrechtler oder Oppositionelle eröffnet und bei all diesen Prozessen ist deutlich, wer im Hintergrund die Strippen zieht: der Autokrat Erdogan und seine Handlanger.

Andererseits ist Erdogan inzwischen selbst zu einem Gefangenen geworden. Denn seine Partei verlor längst die Massenunterstützung, die sie früher genoss. Deshalb kann er sich nur durch die Unterstützung der faschistischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP) an der Macht halten, die im deutschsprachigen Raum als Graue Wölfe bekannt sind.

Die inoffiziellen Koalitionspartner befürworten eine immer härtere Haltung gegen jegliche abweichende Meinung im Land. Das widerspiegelt sich an der Zahl der verhafteten Journalisten. Reporter ohne Grenzen (RoG) berichtet aktuell von 22 Fällen. Der bekannteste davon ist Ahmet Altan – ein langjähriger Journalist und ehemaliger Chefredakteur der Tageszeitung *Taraf*. Altan hatte als Chefredakteur Erdogan gnadenlos kritisiert. Inzwischen wurde Altan, der kurz nach dem Putschversuch verhaftet worden war, zu zwei mal lebenslängliche Gefängnisstrafe verurteilt. Nachdem das türkische Verfassungsgericht 2018 seine Freilassung anordnete, wurde er für einige Tage unter Auflagen freigelassen, jedoch gleich wieder inhaftiert. Auch hinter dieser Entscheidung steht der selbe Name: Erdogan.

Dass RoG „lediglich“ 22 verhaftete Journalisten erwähnen, ist tückisch. Um jeglichen Missverständnis zu vermeiden, fügen sie daher hinzu: „In Dutzenden weiteren Fällen ist ein direkter Zusammenhang der Haft mit der journalistischen Tätigkeit wahrscheinlich, lässt sich aber derzeit nicht nachweisen, denn die türkische Justiz lässt die Betroffenen und ihre Anwälte oft für längere Zeit über die genauen Anschuldigungen im Unklaren.“

Auch der Interviewpartner Deniz Yücel, Murat Sabuncu, gehört zu den Verfolgten. Er saß über ein Jahr im selben Gefängnis wie Yücel, wo sie sich kennengelernt haben. Sabuncu wurde vor zwei Jahren zu 7,5 Jahre Freiheitsstrafe verurteilt – wegen angebliche Unterstützung von Terrororganisationen. Sein Fall wird noch vor einem höheren Gericht verhandelt.

Votre publicité ici

Contactez Zoubida Belgacem qui est en charge de la régie publicitaire au sein du *Lëtzebuurger Land*

+352 48 57 57 32
zbelgacem@land.lu

In dem EU-Beitrittskandidaten Türkei gibt es seit einigen Jahren keine unabhängigen Gerichte mehr

.....

712

ticker

.....

Paul Mousel condamné sans peine

La Cour d'appel a rendu mardi son arrêt dans le dossier Jean-Paul Mousel, a.k.a. Paul Mousel. En décembre 2019, le fondateur du cabinet leader Arendt & Medernach avait été condamné en première instance à 40 000 euros d'amende pour malversation et prise illégale d'intérêt alors qu'il était curateur du réassureur Ardenia, failli depuis 1993. La justice lui reproche d'avoir, entre 2002 et 2008, indument domicilié les structures en faillites auprès de Mercuria, domiciliaire capitalisé (jusqu'en 2008) par les principaux associés d'Arendt, au préjudice de la société en faillite et de ses créanciers. En 2012, les prélèvements sur l'actif pour gérer le travail du curateur, principalement effectué par une ancienne salariée d'Ardenia, étaient estimés autour de 1,5 million d'euros. Mais la Cour d'appel se cantonne aux sommes perçues par Mercuria sur la période incriminée, à savoir 43 000 euros. Une somme que l'équipe de défense (ou plutôt la *dream team* car composée de deux avocats stars du barreau luxembourgeois Rosario Grasso et Philippe Dupont) s'est évertuée à mettre en perspective en appel, au regard des émoluments de Paul Mousel, associé phare de l'étude Arendt & Medernach. « Avec ses dix pour cent d'actions dans la société et impôts déduits, Paul Mousel aurait récupéré autour de 111 euros de dividende. Avec un taux horaire de 450 euros à l'époque, il s'y serait pris différemment s'il avait voulu gagner de l'argent », avait lâché Philippe Dupont. Mais le travail de sape effectué sur deux séances à la Cour supérieure a valu aux avocats de Paul Mousel de gagner la prescription sur la prise illégale d'intérêt. Par conséquent, la Cour d'appel suspend le prononcé de première instance pour une durée de trois ans. En d'autres termes, l'instance confirme la première condamnation au fond, mais associe la peine d'un sursis du fait de la prescription. **ps**

Transparence sans concession

Ce lundi 27 juillet, Laurent Heisten, avocat (Moysse & Associés) du député Sven Clément (Piraten) plaidera pour gagner l'accès au contrat de concession

qui lie le gouvernement à la société privée RTL, responsable de la prestation de service public télévisuel. La demande du jeune député, 31 ans, de consulter le document, et notamment sa partie liée à l'ancrage luxembourgeois de RTL, avait été refusée par le ministère d'État en novembre 2019. Le groupe média négociait alors un plan social et envisageait le départ de l'essentiel des troupes du siège vers Cologne. Lors d'une réunion de la Commission des médias à la Chambre des députés, le ministre de tutelle Xavier Bettel (DP) avait d'abord indiqué que le document tombait sous le « secret des affaires », avant de refuser définitivement du fait d'une clause de confidentialité. Sven Clément (photo : SB) fait valoir son rôle de député, à savoir de contrôle des activités du gouvernement, pour justifier sa requête: « En refusant la communication des contrats et conventions liant l'État à RTL Group, le Premier ministre empêche le requérant d'exercer correctement son mandat de député et viole ainsi les principes de l'État de droit et de la séparation des pouvoirs », fait valoir maître Heisten. **ps**



Marc Angel soutient la justice fiscale, moralement

Le Parlement européen a nommé le 10 juillet les membres des sous-commissions et commissions spéciales nouvellement créées, à commencer par la sous-commission permanente aux Affaires fiscales qui traitera de la lutte contre la fraude et l'évasion fiscales au sein de l'Union européenne. Le projet était poussé depuis plusieurs années,



notamment suite aux révélations des Panama Papers (et le recours massif aux sociétés offshore pour cacher les avoirs des personnes fortunées) par l'alliance des socialistes et démocrates (S&D) et, parmi les trente membres retenus en plénière, on retrouve six socialistes de la Commission économique, dont la Française Aurore Lalucq et le Néerlandais Paul Tang, mais pas le Luxembourgeois Marc Angel (photo : Patrick Galbats). Contacté ce jeudi avant que celui-ci ne s'exprime devant ses pairs au sujet du plan de relance voté à Bruxelles mardi, l'ancien député LSAP explique que les camarades qui se sont battus pour la création de la sous-commission ont eu la primeur des postes. Marc Angel se dit néanmoins « très content » de la constitution du groupe et qu'il est important de suivre ces dossiers en tant que Luxembourgeois. « Je crois que le Luxembourg a fait énormément d'efforts en la matière. Avec les Verts et les libéraux, nous nous sommes donnés une autre image, mais ce n'est pas fini ». L'élu socialiste pense que les citoyens luxembourgeois « doivent comprendre » la nécessité d'une justice fiscale en Europe pour que le Luxembourg profite durablement de l'Union européenne. « C'est fini le temps des petits arrangements », conclut-il. Dans son *Fair Tax Report*, les S&D définissent le Luxembourg et les Pays-Bas comme des paradis fiscaux parce qu'ils permettent aux multinationales de limiter leur imposition générale en recourant à leur juridiction où, officiellement, le taux nominal d'imposition est « relativement haut ». **ps**

Adjugé !

L'État luxembourgeois ne s'est pas rempli les poches en vendant les fréquences 5G. Sur les quinze prochaines années, elles ne rapporteront que 41,3 millions d'euros en recettes budgétaires. (Un montant qui se situe en ligne avec ceux des Pays-Bas et de l'Espagne, mais qui reste très en-deçà

des montants obtenus en Italie et en Allemagne.) C'était là la volonté du gouvernement luxembourgeois qui avait tout fait pour éviter que les cinq candidats se livrent à une surenchère. Au bout de 38 tours d'enchères (en Allemagne, il en avait fallu 497), le gâteau se partage, à parts quasi-égales, entre les trois principaux opérateurs : la Belge Proximus (Tango), la Française Orange ainsi que la Poste, l'établissement public luxembourgeois qui, sur le marché, continue à occuper « une position dominante » (selon la terminologie du droit de la concurrence). Luxembourg Online SA n'a acheté qu'une portion congrue des fréquences, tandis qu'Eltrona SA s'est retirée des enchères. Le ministère des Communications avait fixé une limite supérieure aux fréquences qu'un opérateur pouvait s'arroger : 20 Mhz en bande des 700 MHz (plus adapté aux communes rurales) et 120 en bande des 3 600 MHz (plus adapté aux contextes urbains). La Poste, qui concentre plus de cinquante pour cent de parts de marché, a donc dû se contenter du même volume que ses deux petites concurrentes (20 et 110 MHz). Face au *Land*, l'établissement public assure que « ces fréquences sont largement suffisantes pour construire un réseau performant et à proposer aux clients toutes les fonctionnalités qu'offrira la 5G à l'avenir. À l'étranger, très peu d'opérateurs se sont vu accorder tellement de fréquences. » Les opérateurs se sont engagés à offrir la 5G sur le territoire de la capitale d'ici la fin de l'année et d'assurer une couverture nationale pour 2025 au plus tard. **bt**



Huawei-aïe-aïe

Concernant la 5G au Luxembourg, la grande incertitude, terrifiant fonctionnaires, opérateurs et politiciens, ce fut Huawei. À la pointe de la technologie et très active dans le lobbying (elle avait expédié 180 000 masques chirurgicaux au gouvernement luxembourgeois au moment de la première vague pandé-

milliards d'euros : c'est le volume en dettes publiques que détenaient les fonds d'investissement luxembourgeois fin mars 2020. Selon les chiffres que la Banque centrale du Luxembourg vient de publier, les principaux émetteurs sont les gouvernements américain (150,5 milliards), italien (84 milliards), allemand (70 milliards), britannique (62 milliards) et français (55 milliards). Entre la fin 2019 et fin mars 2020, les émissions de titres publics émis par les États-Unis ont augmenté de 21 pour cent, tandis que ceux émis par des « pays émergents », dont certains (comme le Liban) se sont déclarés en défaut de paiement et d'autres ont demandé le rééchelonnement de leur dette, ont chuté de 22 pour cent. **bt**

mique), la multinationale chinoise est soupçonnée (notamment par Donald Trump) de velléités d'espionnage, voire de sabotage. Le Luxembourg, exposé à des fortes pressions venant tant de Washington que de Pékin, avait tenté de sauver les apparences en décrétant la neutralité technologique pour la vente aux enchères des fréquences 5G. Ce faisant elle avait refilé la patate chaude aux opérateurs de télécom. Interrogé par le *Land*, Post dit avoir retenu la Suédoise Ericsson, son équipementier historique, pour le lancement de son réseau 5G. Dans l'immédiat, Huawei est donc sorti de la course, la Poste ne faisant que vaguement référence à des « négociations sur le long terme toujours en cours ». Dans un contexte de guerre froide sino-américaine, les autorités chinoises risqueront d'interpréter cette décision, prise par une entreprise d'État, comme un affront politique. La Grande-Bretagne s'est ainsi attirée les foudres de Pékin pour s'être mise du côté du grand frère américain et avoir interdit l'utilisation de composantes Huawei dans ses réseaux 5G. Le gouvernement allemand est resté, quant à lui, sur une position de neutralité, et la Deutsche Telekom vient de signer les contrats avec Huawei. **bt**

Pays d'endettés

Publiée cette semaine par la Banque centrale du Luxembourg, la « Revue de stabilité financière » constate un accroissement du niveau de l'endettement des ménages luxembourgeois qui est désormais de 174 pour cent du revenu disponible brut, un « niveau largement supérieur à la moyenne de l'UE (104 pour cent) ». Dans le palmarès des populations les plus endettées, les Luxembourgeois se placent quatrièmes, derrière les Danois, Néerlandais et Suédois. Cela s'expliquerait par une « divergence » qui ne cesse de s'accroître : Sur les vingt dernières années, les prix immobiliers ont connu un taux de croissance annuel de 4,9 pour cent, tandis que les revenus disponibles n'ont, eux, augmenté que de 0,3 pour cent par an. Au cours de l'enquête trimestrielle menée par la BCL, les banques luxembourgeoises ont fait état d'un durcissement de leurs conditions d'octroi de crédits immobiliers : augmentation des marges sur les prêts risqués, diminution de la durée et des montants accordés. **bt**

Sous respirateur

25 524 salariés (qui se répartissent entre 3 162 entreprises) seront au chômage partiel en août, dont presque la moitié travaille dans le secteur de la restauration, du tourisme et de l'événementiel. Par rapport au mois de juillet, le nombre d'entreprises sous respirateur artificiel recule, mais lentement (moins 500). Le coût budgétaire de cette mesure tourne autour de cent millions d'euros par mois. Le Comité de conjoncture a refusé 199 demandes pour le mois d'août, contre douze pour le mois de juillet. Le régime élargi du chômage partiel sera maintenu au moins jusqu'à la fin de l'année. **bt**



Luc Frieden président le Chambre de commerce la semaine passée (à gauche), Luc Frieden patron de l'opposition (CSV) en matière économique en 2014 face au ministre des Finances Pierre Gramegna (DP, au milieu) et Luc Frieden ministre des Finances en 2010

Project for a New Luxembourgish Century

Les patrons étalent leur force de frappe avec la crise du Covid-19 et la relance économique qui doit lui succéder

Pierre Sorlut

Born again « Der Frieden-Plan », titre le *Wort* jeudi 16 juillet. La veille, le président de la Chambre de commerce a présenté la stratégie de relance concoctée par le département des affaires économiques de l'organisation patronale. La retransmission en ligne donne une impression de nouveauté. Par le médium déjà, mais aussi parce que les intervenants campent devant un décor siglé Chamber of Commerce, houseoftraining.lu, houseofentrepreneurship.lu et houseofstartups, dans la nouvelle identité visuelle de l'institution qui souffle cette année ses 179 bougies. Le *banner* fait illusion. Derrière, demeure le contreplaqué maronnasse de la salle de conférence du sous-sol. Devant, le *line up* est composé de têtes plus que familières. Luc Frieden, 56 ans (seulement, a-t-on envie de préciser vu sa longévité sur scène) s'entoure de Carlo Thelen (49 ans), directeur général de l'institution, et de Laurent Schonckert, son vice-président (62 ans) plus connu dans ses fonctions d'administrateur délégué des supermarchés Cactus.

L'impression de déjà-vu domine. Le président joue le *remake* de toutes ses interventions publiques ou presque depuis le début de la crise du Covid-19. « Toutes les crises sont différentes, mais on apprend des crises précédentes. » Luc Frieden avait, lorsqu'il était ministre des Finances (CSV) lors de la crise des *subprimes* en 2008, participé au sauvetage des banques locales, Fortis-BGL et Dexia-Bil. L'intéressé en tire une certaine fierté. Il représente aujourd'hui le secteur financier via son mandat de président de la Bil, aujourd'hui Sino-luxembourgeoise. Les actionnaires (Legend Holdings pour 90 pour cent et l'État pour dix) ont reconduit son mandat pour quatre ans fin avril. Il peut tenir jusqu'en 2024 dans l'institution patronale au croisement des rues Érasme et Alcide de Gasperi.

Le plan de relance concocté par les services de Carlo Thelen remet au goût du jour bon nombre de préceptes déjà introduits ces dernières années. S'y greffe l'idée d'une *Medical Valley* basée sur la présence d'entreprises du *Health tech* et d'un hub logistique. « C'est vouloir créer un complexe militaro-industriel après une guerre », persifle un interlocuteur. L'idée n'est pourtant pas si saugrenue si l'on considère les avertissements quant à la répétition de crises sanitaires (dans le monde de la théorie académique, les réalistes envisagent les relations internationales comme un état de guerre perpétuelle ponctué d'épisodes de paix... ce qui justifierait l'investissement dans une armée ou, en l'espèce, une industrie de la santé). La crise tempère les idéologues de l'impossible, dont les entrepreneurs soupçonnent la prégnance dans le secteur public. Le confinement et la translation forcée à la vie digitale ont démontré la faisabilité du *e-government*. Mais le plan, introduit par Luc Frieden, prend une forte dimension financière, « le pilier de notre économie ». Selon ses statuts, la direction de la Chambre de commerce doit servir l'intérêt de l'ensemble de ses ressortissants, c'est-à-dire toutes les entreprises commerciales à l'exception de l'artisanat et de l'agriculture, soit 80 pour cent du PIB. Mais, formation oblige, le maître de cérémonie glisse vers son domaine de compétence. Sa nomination à la tête de la Chambre de commerce en 2019 matérialise le premier basculement de son centre de gravité, de la sidérurgie vers les services financiers.

Le dicton culinaire « c'est dans les vieux pots qu'on fait les meilleures soupes » n'a pas d'équivalence en économie

Parmi « les pistes pour aider notre gouvernement » dégagées par l'organisation patronale et outre le travail sur les axes de la digitalisation (de l'administration notamment) et de la durabilité de l'économie (le rapport sur la Troisième révolution industrielle de Jeremy Rifkin, instigué par l'ancien ministre de l'Économie Etienne Schneider, LSAP, et financé par la Chambre de commerce), ressort la nécessité d'investir dans une logique contractuelle d'investissement. La puissance publique doit dépenser plus en conjoncture délicate, mettre de côté quand ça va mieux. L'innovation, notamment énergétique, requiert de l'argent. Mais Luc Frieden préconise surtout d'investir dans un cadre attractif, quitte à sacrifier des recettes fiscales pour attirer des sociétés qui, à terme, par l'emploi (si possible qualifié) généreront davantage de recettes encore. La rengaine de la baisse du taux d'imposition nominal est évidemment ressortie. D'autres niches sont évoquées dans le rapport. Les fonds d'investissement misant sur le durable devraient jouir d'une taxe d'abonnement allégée. Le régime des stock-options doit être modernisé. Il servirait notamment pour faire venir les managers de fonds alternatifs londoniens grassement payés (via une défiscalisation partielle de leur *package* salarial). Notons en outre que la Chambre de commerce demande la transparence de la vie publique alors que l'institution fait mystère depuis des années de son magot caché, le Fonds pour la péréquation conjoncturelle et le Fonds pour la promotion de l'intérêt économique, qualifié de « Appel fir den Dauscht » par l'ancien président Michel Wurth. Il est évalué à plus de 110 millions d'euros (*Land*, 13.10.2017). Des ressortissants laissent entendre qu'ils ont soif.

Néo-Cons La crise économique décomplexé les tenants de la moindre dépense sociale. D'autant que le faste de ces dernières années, avec notamment l'amélioration du congé parental et l'instauration d'un jour férié supplémentaire, a passablement chauffé les oreilles du patronat. Parallèlement, Luc Frieden propose une certaine rigueur budgétaire, assez fidèle à son credo et à celui de l'organisation patronale qu'il représente, il préconise une maîtrise de l'endettement public via « une limitation des dépenses courantes ». Rappelons que l'ancien ministre noue une amitié personnelle avec son homologue allemand d'alors Wolfgang Schäuble (aujourd'hui président du Bundestag), pope de l'orthodoxie budgétaire, avec qui il a fait imposer à la Grèce un plan d'austérité en 2010. En revanche, en politicien expérimenté, Luc Frieden n'utilise pas le terme d'austérité quand il impose des mesures de rigueur. « Il n'y a jamais eu de budget d'austérité au Luxembourg, car en 2009 et en 2010, nous avons présenté un budget

ayant pour objectif de soutenir les entreprises par des dépenses publiques supplémentaires. Le budget 2011 est caractérisé par une forte discipline budgétaire, car nous avons tenu à avoir une bonne maîtrise des dépenses », explique-t-il dans un entretien à *Paperjam* il y a dix ans. La doctrine s'apparente au néo-conservatisme bâti sur les cendres du libéralisme-social (qui place lui les interactions humaines au centre de ses considérations) et dont le *think tank* fondateur avait été baptisé Project for a New American Century. Dans la perspective de Luc Frieden, la bonne marche des entreprises conduirait automatiquement au bien-être des individus... s'il fallait encore le considérer, puisque des institutions paritaires permettent la rencontre des intérêts patronaux avec ceux des salariés. La logique tient pour partie à la structure même de la Chambre de commerce, née de la révolution industrielle au service de ses protagonistes, comme l'Arbed, et des pourvoyeurs de capitaux pour les faire tourner.

Au cours des décennies et au fil des crises, des grands industriels locaux ont, parallèlement à l'émergence du dialogue social, réussi à fédérer les intérêts du patronat. « Joseph Kinsch et Michel Wurth (présidents de 1993 à 2004 pour le premier de 2004 à 2019 pour le second, ndlr) ont structuré la Chambre de commerce avec l'ADN de l'Arbed (dont ils sont les cadres historiques), avec une vraie vision », explique le président de l'Union des entreprises luxembourgeoises (UEL) Nicolas Buck. Ces « structures de multinationales » ont permis de faire converger les intérêts de la masse protéiforme des sociétés commerciales vers l'étroit canal de l'UEL (largement financée par la Chambre de commerce qui, elle, tient son pactole des contributions imposées par la loi aux sociétés), lobby officiel du patronat qui réunit en son comité exécutif six fédérations et deux chambres et où les positions sont alignées. Si bien que deux personnes seules, Nicolas Buck et Jean-Paul Olinger, représentaient toutes les entreprises luxembourgeoises le 3 juillet dernier lors de la dernière réunion tripartite, face à l'armada gouvernementale et syndicale (OGBL, LCGB, CGFP).

Il s'agissait là de la première tripartite depuis 2010. En 2012-2013, à l'approche des élections et voyant

que le gouvernement Juncker, dont Luc Frieden faisait partie, « n'achetait » plus trop ses propositions, la Chambre de commerce, alors dirigée par Pierre Gramegna (DP), a lancé l'initiative *2030. lu - Ambitions pour le futur*. Des chefs d'entreprises et des représentants de la sociétés civiles ont dès le printemps 2013 formulé des propositions novatrices (et résolument tournées sur les questions de société), au nombre de 355, et généré un débat en vue des élections. Bien que celles-ci ont été anticipées, la Chambre de commerce a constaté via le *post mortem* de l'opération que les suggestions avaient été entendues des partis, notamment des libéraux qui ont mené l'alliance vers l'alternance. L'organisation patronale a décidé d'institutionnaliser la force de proposition en créant la fondation Idea. « On n'a pas du tout d'articulation idéologique », nous explique mardi son directeur Muriel Bouchet en les locaux de l'institution qui la finance et l'héberge. Cet ancien banquier central (à Bruxelles, à Francfort puis à Luxembourg), 53 ans, coordonne un aréopage de six économistes aux profils variés. L'assemblage vise à casser les silos, les codes. Lui-même est revenu depuis son arrivée chez Idea sur la position dogmatique du banquier central de l'annulation de la dette (pour autant qu'elle soit circonscrite et exceptionnelle) : un point de non-retour pour tout orthodoxe qui voit là (dans ce que d'aucuns désignent comme de l'argent hélicoptère jeté depuis les nuages sur les agents qui doivent le dépenser et contourner la congestion du canal de transmission monétaire) une potentielle rupture de confiance en la monnaie. « Imposer trente années d'austérité, je me pose des questions », conclut le spécialiste des questions monétaires derrière ses petites lunettes et ses froncements de sourcils. Via une contribution à la fondation qu'il a portée sur les fonds baptismaux, Michel Wurth, figure emblématique de l'industrie nationale, ministrable rue de la Congrégation en 2013, ancien président de la Chambre et administrateur de la Banque centrale du Luxembourg, voit aussi dans cette transgression du dogme une alternative possible afin de stopper la spirale de l'endettement.

OK Boomer Idea crèche à la Chambre de commerce, mais la jeune fondation tord la canne de la vieille dame, prudente et pleine de modé-

ration. Si bien que sur son blog (l'une de ses innombrables productions) en juin, l'un de ses économistes phares Michel-Édouard Ruben dit exactement le contraire que ce que prêche le président de l'institution. L'agitateur de la pensée économique locale craint ainsi que l'État se persuade de ne pas s'éloigner de la limite d'endettement « définie à une époque où une pandémie n'était pas un risque pris en compte » et que les ménages, à la vue de ce « tournant austéritaire », décident de reporter la consommation et d'enclencher un cycle de récession. « Le Luxembourg dispose d'assez de marges de manœuvre pour fournir sans hésitation une orientation prospective à la politique budgétaire qui dirait que tout ce qui sera nécessaire sera fait pour que l'économie ne s'éloigne pas du plein-emploi et que le niveau de dette publique n'est pas un obstacle sur ce chemin », écrit l'économiste. Le dicton culinaire « c'est dans les vieux pots qu'on fait les meilleures soupes » n'a pas d'équivalence en économie.

À la machine de guerre Chambre de commerce et à ses 150 pages de plan de relance, la « gauche » (par essence potentiellement plus idéologisée) la et la fondation Robert Krieps oppose ses sept feuillets rédigés par quatre bonnes âmes qui voient en cette sortie de crise une opportunité unique d'organiser un Luxembourg « plus durable et plus juste » ... mais l'inventaire de quinze revendications « à la Miss monde » manque de profondeur, faute de moyens. Ben Fayot président de la Fondation Robert Krieps dresse un constat amer : « Face à cette machine-là, les autres tendances et écoles de pensée sont très faibles ». La gauche, le monde salarié (qui a pourtant sa Chambre depuis 1924), ne parvient à nourrir un débat économique... d'autant plus que la fondation Idea brouille les lignes entre libéralisme et progressisme égalitaire.

Mais à quoi bon un débat économique ? Nicolas Buck s'avoue assez fataliste. « La politique n'achète pas les grands concepts, mais plutôt les recettes pratiques ». Il prend pour référence la possibilité offerte la semaine passée à qui aurait besoin, pour raisons professionnelles ou touristiques, de se faire tester... alors que l'éventualité était exclue par l'exécutif trois jours plus tôt. Elle a été poussée par les organisations patronales. La crise a favorisé le rapprochement entre les représentants patronaux et le gouvernement, demandeur d'exemples pratiques. D'aucuns comme Ben Fayot, figure tutélaire du LSAP, déplore que « les partis sont devenus des machines électorales, au service de personnalités qui essaient de développer leur carrière. Les idées suivent plus ou moins, mais le plus souvent pas du tout », assène-t-il. La Chambre de commerce se content de livrer du politiquement vendable. Le ministère des Finances considère que l'accord de coalition ou le plan Néistart, dont la loi sur le fonds de relance (très utile pour assurer la survie des entreprises à court terme) a été votée mercredi, colle aux revendications de l'organisation patronale. Un certain manque d'ambition prévaut, regrette une partie du monde entrepreneurial. Les mêmes personnes prêtent par ailleurs au président de la Chambre de commerce, qui a récolté l'intégralité des questions adressées par les journalistes lors de la conférence de presse de la semaine passée, des ambitions pour les élections de 2023. Contacté, Luc Frieden laisse planer le mystère.



Les économistes de la fondation Idea en 2016, avec Muriel Bouchet (directeur) au second rang

Nouvelle stratégie impulsée depuis Francfort

La BCE passe au vert

Georges Canto

Christine Lagarde veut profiter de la poursuite et même de l'amplification du programme de rachats d'actifs de la BCE (également appelé *Quantitative Easing* ou QE) pour que sa politique monétaire réponde mieux aux exigences de la transition écologique. Dans une interview au *Financial Times* le 7 juillet elle s'est déclarée prête à « explorer toutes les voies disponibles pour lutter contre le changement climatique ». Avant même qu'elle succède à Mario Draghi le 1er novembre 2019, certains se demandaient comment l'ancienne ministre française de l'Économie (2007-2011) allait se démarquer de son prédécesseur. Ils n'ont pas tardé à avoir la réponse : « verdir » l'action de la BCE est une priorité de son mandat, comme elle s'y est engagée dès septembre 2019 lors de son audition devant le Parlement européen.

« Vu les actifs carbonés dans le bilan de la BCE, les choses ne peuvent changer du jour au lendemain »
Christine Lagarde

Une position guère surprenante de la part de celle qui avait ajouté l'objectif climatique à l'agenda du Fonds monétaire international quand elle en était la directrice générale (2011-2019). À la BCE, cet « axe de différenciation » était tout trouvé. Non seulement la finance verte est dans l'air du temps, mais la politique « d'assouplissement quantitatif » ne s'était jusque-là pas montrée très sensible à l'impératif climatique. De mars 2015 à décembre 2018, face aux risques de déflation, la BCE avait racheté des titres tous les mois sur les marchés financiers pour un montant total de 2 600 milliards d'euros. Mais selon les estimations publiées en mars 2019 par l'institut Veblen, un

Trois catégories d'investissements

Selon la classification du Parlement européen, il existe trois catégories d'activités économiques durables. En premier lieu, les « activités vertes » proprement dites, qui ont un impact positif direct sur le climat et l'environnement. Deuxièmement, les « activités de transition », recouvrant des secteurs comme la sidérurgie, qui n'ont pas encore de solution de remplacement, mais qui s'efforcent d'appliquer les meilleures pratiques disponibles pour réduire leurs émissions. Enfin « les activités dites facilitatrices », qui aident au développement d'activités zéro carbone, par exemple la fabrication d'éoliennes. La question du nucléaire est toujours en suspens, en raison des fortes divergences entre d'un côté la France soutenue par certains pays de l'est et de l'autre l'Allemagne, sur la même ligne que l'Autriche, le Luxembourg et la Grèce. Le Parlement européen a fixé à fin 2021 la date-butoir pour une prise de décision, en considérant dès à présent que « le gaz et l'énergie nucléaire seraient potentiellement labellisés comme activités transitoires et favorisantes conformément au principe DNH (pour *do-no-harm*) selon lequel, pour être considérée comme durable, une activité doit contribuer significativement à l'un des six critères retenus, au minimum, sans causer de préjudice important aux autres. gc



Christine Lagarde, présidente de la BCE, le 16 juillet pour la conférence de presse consécutive à la réunion du Conseil des gouverneurs

think tank économique et écologique, et Positive Money Europe, une ONG qui défend une orientation plus « citoyenne » des politiques monétaires, 63 pour cent des titres acquis dans le cadre de cette politique avaient été émis par « des entreprises opérant dans les secteurs les plus émetteurs de gaz à effet de serre : *production et distribution d'énergies fossiles et d'électricité, secteur automobile* ». En revanche les secteurs contribuant à la transition écologique, comme le transport ferroviaire, ne représentaient qu'*environ sept pour cent du portefeuille*.

En pratique la BCE rachète aux banques les titres représentatifs d'emprunts déjà émis qu'elles détiennent en portefeuille. Ce faisant, elle leur « redonne de la liquidité » pour leur maintenir voire développer les crédits aux ménages et entreprises, et soutenir ainsi la production et l'emploi. En favorisant le rachat d'obligations (voire d'actions, lire encadré) respectant des critères environnementaux, la BCE souhaite inciter indirectement les États, les collectivités publiques et les entreprises à en émettre davantage, contribuant de la sorte au financement d'activités peu polluantes, en Europe et dans le reste du monde. À point nommé le Parlement européen a adopté mi-juin les critères de définition d'un investissement vert : l'atténuation du changement climatique et l'adaptation à celui-ci ; l'utilisation durable et la protection de l'eau et des ressources marines ; la transition vers une économie circulaire, notamment la limitation des déchets et l'augmentation de l'utilisation des matières premières secondaires ; la prévention et le contrôle de la pollution ; et enfin la protection et la restauration de la biodiversité et des écosystèmes. Ils permettent d'établir une nomenclature (ou « taxonomie ») des secteurs ou projets pouvant recevoir un *green label* qui permettra de guider le choix des épargnants mais aussi des établissements financiers : ils pourront ainsi, par exemple, octroyer des prêts à de meilleures conditions aux activités économiques durables. Madame Lagarde a appelé la Commission européenne à poursuivre son chantier, comprenant l'actualisation régulière

des critères de sélection et le traitement de l'épineuse question du nucléaire (lire encadré).

La situation est idéale à double titre. D'un côté, la « force de frappe » de la BCE a été revue à la hausse dès le mois de mars pour faire face aux conséquences économiques de la pandémie, avec deux vagues de dotations qui ont porté à 1 350 milliards d'euros son potentiel de rachat pendant la durée, par essence inconnue, de la crise sanitaire. « Les temps extraordinaires nécessitent une action extraordinaire » a déclaré Christine Lagarde. De l'autre, avant même les

Des obligations aux actions

Interrogé sur le fait de savoir si la BCE pourrait un jour élargir ses rachats de titres aux actions, Robert Holzmann, gouverneur de la Banque centrale autrichienne et membre du Conseil des gouverneurs de la BCE a répondu, début juin, « il ne faut jamais dire jamais ». La question n'a pas encore été discutée, a-t-il reconnu, mais l'éventualité se situerait dans la droite ligne de l'élargissement des instruments financiers sur lesquels portent les interventions de la BCE. En mai 2010 avait été lancé, avec une grande discrétion, le *Securities Markets Programme* (SMP) consistant à racheter sur le marché secondaire les obligations souveraines des États de la zone euro faisant face à la défiance des investisseurs, qui exigeaient des primes de risques élevés pour acquérir leurs titres. En mars 2016, le programme de rachat de dette publique, très développé depuis l'année précédente, était étendu à la dette *corporate*, un marché alors évalué à 400 milliards d'euros. L'achat d'actions poserait d'autres problèmes que ceux, strictement financiers, de capitalisation, de volatilité ou de liquidité, car la BCE se trouverait juridiquement co-propriétaire des sociétés émettrices. gc

confinements, les entreprises comme les États émettaient de plus en plus d'obligations vertes, même si la tendance au verdissement ne doit pas être exagérée. Selon l'économiste Maxime Combes, l'encours des *green bonds* est de l'ordre de mille milliards de dollars, soit seulement un pour cent du stock total d'obligations en circulation. Mais l'appétit des investisseurs pour la dette verte est réel et ne s'est pas démenti avec la crise sanitaire et ses conséquences économiques, bien au contraire. Selon une analyste de S&P, ils sont convaincus que « les entreprises qui ont mis en place des dispositifs de gestion de la dimension sociale et environnementale sont mieux en mesure de s'adapter ». De plus, la crise aurait entraîné une demande supplémentaire de transparence et de recherche d'impact de l'investissement, des critères auxquels la finance durable est historiquement sensible.

La prudence reste de mise. Robert Holzmann, gouverneur de la Banque centrale autrichienne, a reconnu en évoquant les obligations climatiques, que « le marché est encore souvent très petit et peu liquide ». Par ailleurs la forte demande des investisseurs excède aujourd'hui les capacités d'émissions vertes des entités publiques et privées. De ce fait les titres proposés sur le marché deviennent plus sophistiqués et le *greenwashing* va bon train. En admettant que le programme annoncé de rachats d'actifs de la BCE soit valable jusqu'en décembre 2020, il représente une somme colossale de 150 milliards d'euros par mois, bien supérieure à ce que le marché existant et les nouvelles émissions d'obligations vertes peuvent fournir. La BCE sera donc obligée de continuer à acheter des titres « classiques », ce qui risque de ralentir son « verdissement ». Un processus qui passe aussi, logiquement, par l'élimination progressive de son bilan des titres financiers des secteurs et entreprises polluantes qu'elle détient. La tâche n'aura rien du long fleuve tranquille. Comme le souligne Anna Creti, responsable de la chaire Économie du climat à l'université Paris-Dauphine, « derrière les obligations de Total, il y a toute une filière, il y a des emplois. Se désengager brutalement de certains secteurs risque de déstabiliser l'économie dans son ensemble »,

ce qui irait à l'encontre d'une des missions-clés confiées à la BCE lors de sa création. D'autre part cette dernière devrait, pour y parvenir, « engager un rapport de force avec certains pays, ceux dont l'économie est la plus carbonée, qui ont tout intérêt à freiner les investissements verts ». Christine Lagarde a dû reconnaître que vu « la taille des actifs carbonés dans le bilan de la BCE, les choses ne peuvent changer du jour au lendemain ». Son ambition a également été contrariée par la crise sanitaire, car depuis le début de la pandémie le volet social et économique de l'action de la BCE a quelque peu éclipsé le volet climatique. Mais cette période semble désormais révolue, comme l'a prouvé l'interview donnée le 7 juillet : le chantier « tous azimuts » lancé en début d'année peut reprendre, pour qu'« en fin de compte, l'argent parle », selon l'expression de Christine Lagarde.

Le fonds de la BRI

Les banques centrales du monde entier soucieuses de « verdier leurs bilans » peuvent aussi souscrire des actions ou des parts de fonds spécialisés. Précisément la Banque des règlements internationaux (BRI), dont le siège est à Bâle, a lancé fin septembre 2019 un fonds d'obligations vertes à leur intention. Il s'agit d'un fonds ouvert de droit suisse, à revenu fixe, investissant dans des green bonds ayant au minimum une note de crédit de A-, qui correspond aux placements de qualité moyenne-supérieure dans l'échelle des agences de notation. Ces titres doivent également répondre aux exigences fixées par l'Association internationale des marchés de capitaux (ICMA selon son sigle anglais) pour les obligations vertes ou aux principes édictés par la Climate Bonds Initiative : ils sont donc émis en vue de financer exclusivement des projets ayant un impact positif sur le climat ou contribuant à la réduction des émissions de gaz à effet de serre. gc

Le Luxembourg et son passé colonial

Oser la décolonisation des esprits



Manifestation de solidarité à Luxembourg, devant l'Ambassade des États-Unis, avec le mouvement Black lives matter le 5 juin



Olivier Mukuna

À travers plusieurs pays d'Europe de l'Ouest, ex-puissances coloniales, le débat fait rage et refuse de s'éteindre. Depuis le meurtre policier de l'afro-américain Georges Floyd (25 mai 2020), suivi par une vague de protestations encore brûlantes aux USA, la réplique ou traduction européenne s'est focalisée sur le passé colonial ; faisant quasi passer au second plan les violences policières à caractère raciste.

Durant son histoire, le modeste Luxembourg n'a pas acquis de colonies. Par contre, des centaines de citoyens luxembourgeois ont contribué à l'essor oppressif des colonies d'États historiquement liés au Grand-Duché. Ainsi, militaires, fonctionnaires, entrepreneurs, commerçants, agronomes ou médecins luxembourgeois ont été présents au Congo dès l'imposition de la colonie belge en 1885 et ce, jusqu'à l'indépendance, en 1960, du géant d'Afrique australe. Par ailleurs, d'autres Luxembourgeois, tout aussi nombreux, se sont engagés dans l'armée coloniale néerlandaise aux « Indes orientales » (l'actuelle Indonésie).

Comme le résumait les Fonds du Centre de documentation sur les migrations humaines (CDMH) et Marcel Lorenzini¹ : « Ce passé colonial a nourri pendant de longues années un imaginaire paternaliste voire raciste dont ont eu à souffrir les premiers immigrants extra-européens au Luxembourg, venus d'Afrique ou d'Asie, comme les ressortissants du Cap-Vert ou du Vietnam. »

Un passé omniprésent

Mais tout ceci est bel et bien terminé, mesdames-messieurs ? Aucun « continuum colonial » dans notre Grand-Duché multiculturel ? La réalité n'est pas aussi simple. Comme l'illustre, entre autres exemples, l'énicme acte de vandalisme commis contre la statue de Léopold II à Arlon. La première grande ville belge, frontalière du Luxembourg, qui a confirmé sa volonté de maintenir la statue controversée en y apposant une future « plaque argumentaire »²....

Alors qu'en est-il précisément de ce passé colonial luxembourgeois ? Comme pour la Belgique, l'histo-

rien Régis Moes distingue deux périodes coloniales luxembourgeoises : celle de l'État Indépendant du Congo sous Léopold II (1885-1908) et celle du Congo belge (1908-1960). Puis, épinglé l'année 1921, celle de l'union économique belgo-luxembourgeoise : « À partir de 1922, les Luxembourgeois sont considérés comme les égaux des Belges au Congo. Par exemple : pour devenir fonctionnaire de l'État colonial belge, il faut avoir la nationalité belge ou luxembourgeoise. Au début des années 20, on peut dire que la propagande coloniale se renforce au Luxembourg. Par exemple, l'Office d'Informations du Congo belge est présent avec des stands, de plusieurs centaines de mètres carrés certaines années, lors des foires du printemps au Luxembourg ; « Le cercle colonial » – une association qui, dès 1925, regroupe plusieurs colons luxembourgeois sous le haut patronage du Prince Félix, le mari de la grande-duchesse Charlotte, et du gouvernement – multiplie les conférences ; des membres de ce cercle colonial mais aussi des gens de Bruxelles font de la réclame dans les écoles secondaires luxembourgeoises pour faire carrière au Congo belge. À partir des années 30, pour un Luxembourgeois qui avait terminé ses secondaires, c'était un chemin normal que de s'inscrire à l'Université Coloniale d'Anvers pour faire ses études supérieures. La propagande d'organisations missionnaires a aussi joué un rôle important au Luxembourg en exerçant une forte sensibilisation auprès du public pour récolter des dons et susciter les vocations au service de l'entreprise coloniale. »

Et l'auteur du livre *Cette colonie qui nous appartient* un peu d'enfoncer le clou : « Cette propagande coloniale a été quelque chose d'omniprésent au Luxembourg, avec notamment, en 1933 et 1949, l'organisation d'expositions et de foires coloniales. Un discours qui sera très présent dans l'espace public jusqu'au milieu des années 50 voire jusqu'en 1960. »

Nérophobie structurelle

Présidente de l'association Let's Rise Up (créé en 2019), Sandrine Gashonga a organisé, le 5 juin dernier à Luxembourg-ville, une manifestation en solidarité avec le mouvement nord-américain *Black Lives Matter*. Un événement qui a rassemblé plus de 2 000

personnes, de tout âge et toutes catégories sociales confondues, afro-descendantes et blanches.

Lorsqu'on interroge la jeune activiste sur ses motivations à mettre sur pied une telle manifestation, sa réponse fuse : « C'est parti de la diffusion des images du meurtre policier de George Floyd. Des images que, personnellement, je n'ai pu visionner jusqu'au bout parce que c'était trop douloureux... Pour la majorité d'entre nous, cette séquence a provoqué un véritable choc. Ces images, d'une cruauté inouïe, symbolisent tout le poids du racisme structurel qu'endurent les personnes noires en Occident. Et pourquoi ces images ont-elles eu ce retentissement au Luxembourg, me direz-vous ? Parce que de plus en plus de Luxembourgeois prennent conscience que ce racisme structurel existe aussi chez nous ! ».

D'aucuns lui opposeront qu'une telle mise à mort policière d'un citoyen luxembourgeois et afro-descendant n'est – heureusement – jamais survenue voire est

impossible au Grand-Duché... Gashonga n'en disconvient pas. Et ajoute : « Les violences policières ne sont qu'une partie d'un fonctionnement raciste structuré. Si aux USA, c'est le passé esclavagiste qui est à l'origine de la précarisation, du maintien dans des ghettos et de l'infériorisation socio-économique des personnes noires. Ici, en Europe, donc au Luxembourg, c'est de l'histoire de la colonisation que découlent les discriminations structurelles qu'endurent aujourd'hui la majorité des personnes noires. »

En regardant dans le rétroviseur, les sceptiques seront tentés de s'interroger : des colons luxembourgeois auraient-ils également été impliqués dans les crimes et massacres perpétrés contre les populations congolaises colonisées ?

Avec quelques précautions oratoires, Moes confirme : « Dès 1880, il y a des militaires d'origine luxembourgeoises qui sont présents au Congo, dont le premier européen qui sera enterré à l'endroit qui allait devenir Léopoldville [aujourd'hui Kinshasa, capitale de la RDC, ndlr]. C'était un Luxembourgeois du nom de Nicolas Grang, soldat de l'armée belge, mort en 1883 et qui avait participé aux brutales expéditions de l'explorateur Stanley. Il y a aussi une douzaine de Luxembourgeois qui étaient Officiers dans la Force publique [l'armée coloniale belge, ndlr] et de nombreux Luxembourgeois ont contribué à la construction des premiers chemins de fer ; par exemple Nicolas Cito (1866-1949), qui dirigea le chantier de la ligne Matadi-Léopoldville au cours duquel plus de 5 000 ouvriers africains trouvèrent la mort... Dans la supervision de ce chantier ferroviaire, il y a eu des exactions et travail forcé à l'encontre des Africains, mais aussi des coolies chinois, la main-d'œuvre immigrée. On peut affirmer que des Luxembourgeois ont été impliqués dans tous les aspects des deux périodes coloniales belges, dont les plus sombres... »

De l'indifférence à la décolonisation

Regarder en face et mieux connaître ce passé historique peu glorieux, donc. Néanmoins, poursuivront les sceptiques, peut-on vraiment parler de « conti-



num colonial » entre une implication coloniale passée et la vie actuelle au Luxembourg ?

Pour Sandrine Gashonga, cela ne fait aucun doute : « Lors des deux expositions coloniales de 1933 et 1949 au Luxembourg, il y a eu des zoos humains... précédés, accompagnés et suivis par toute une propagande très raciste sur plus de la première moitié du XX^e siècle. Ensuite, plus près de nous : si la majorité des afro-descendants sont d'origine capverdienne au Luxembourg, c'est suite aux accords de migration de travail avec le Portugal. À la fin des années soixante et début 70, le Luxembourg a signé un accord avec le Portugal pour importer de la main-d'œuvre portugaise, mais à l'exclusion des citoyens des colonies portugaises d'Afrique noire (Angola, Guinée-Bissau et Mozambique) et d'Amérique du Sud (Brésil). Au sein de cet accord : l'île du Cap-Vert a été oubliée ! C'est la seule raison pour laquelle il y a autant de Capverdiens au Luxembourg, qui sont donc venus à la suite des Portugais. Cette exclusion luxembourgeoise des personnes noires issues des colonies portugaises a été clairement motivée pour des raisons racistes... »

De son côté, Régis Moes observe plutôt une « certaine indifférence » envers le passé colonial luxembourgeois, qu'il ne relie pas aux luttes contemporaines contre le racisme et les discriminations. « Même les nostalgiques coloniaux sont très peu nombreux, poursuit-il. Lors du retour au pays des 600 colons luxembourgeois en 1960, la majorité a très vite retrouvé du travail ; ils se sont facilement réintégrés à la société luxembourgeoise. Ce fut donc juste un épisode de leur vie qui n'a jamais été problématique. Puis, après 1968, et tout au long des années 70, le fait colonial sera quelque chose d'extrêmement décrié... Enfin, il n'y a pas eu de continuité en matière d'immigration africaine entre la période coloniale et aujourd'hui. Il existe, bien sûr, une communauté congolaise au Luxembourg, mais celle-ci est venue assez récemment. Pour elle, l'enjeu mémoriel n'est pas très important voire beaucoup ignoré souvent le rôle du Luxembourg dans le colonialisme belge. Ce qu'on voit surtout, c'est un regain d'intérêt médiatique, plutôt dans la presse libérale et de gauche, lors du cinquantième, 55^e et, cette année, 60^e anniversaire

« Tout cela participe aussi du continuum colonial. J'ai même parfois le sentiment – qu'il s'agisse du passé colonial ou de l'invisibilisation structurelle des afro-descendants – que la situation est pire au Luxembourg qu'en Belgique... »
Sandrine Gashonga

de l'indépendance du Congo. Mais en règle générale, c'est très peu systématique. »

Autre son de cloche pour Sandrine Gashonga. Hier comme aujourd'hui, la Luxembourgeoise ne constate aucune avancée décoloniale ; aucune tentative de déconstruction du continuum colonial. « Il n'y a pas de pays européen qui soit parvenu à déconstruire son passé colonial ; aucun pays d'Europe n'a réussi à faire cela ! », tonne l'activiste. « La politique de tous les pays, y compris le Luxembourg, c'est la politique de l'autruche ; faire comme si ce passé n'avait jamais existé, n'avait aucune incidence de nos jours sur nos vies ; à peine mentionné dans les manuels scolaires ; des qu'on tente d'ouvrir le débat, on se fait taxer de « communautariste ». Tout cela participe aussi du continuum colonial. J'ai même parfois le sentiment – qu'il s'agisse du passé colonial ou de l'invisibilisation structurelle des afro-descendants – que la situation est pire au Luxembourg qu'en Belgique... »

Décoloniser par des actions concrètes

À l'instar du Roi Philippe de Belgique, l'État luxembourgeois doit-il présenter des « profonds regrets » ou, mieux, des excuses, pour le passé colonial du pays ?

« Ce n'est pas parce qu'il n'existe pas de réel conflit mémoriel au Luxembourg que le gouvernement ne doit pas évaluer quelle réponse apporter à votre question. », nous répond d'emblée Régis Moes. Pour ensuite renvoyer la patate chaude aux Autorités gouvernementales : « Il s'agit d'une question de société, déjà posée, et qui relève du politique puisque on ne peut nier que le Luxembourg a été impliqué dans le colonialisme. Répétons-le : des citoyens luxembourgeois avec le soutien de tous les gouvernements et partis luxembourgeois de l'époque – excepté le parti communiste – ont été acteurs et bénéficiaires du colonialisme belge. Le seul point un peu complexe : c'est que ce n'est pas l'État luxembourgeois qui, de droit, a été impliqué, mais des individus. Pour autant, la présentation ou non d'excuses pour notre passé colonial ne relève pas de la responsabilité des historiens mais du politique. »

Eloignée de cette question politico-symbolique mais très engagée dans la décolonisation des esprits, l'association Finkapé RAL nous confie travailler sur une année entière de programmations « décoloniales » ; de janvier 2021 à janvier 2022.

En collaboration avec le CDMH, l'événement s'intitule *Regards croisés sur la présence des communautés africaines au Luxembourg*. Parmi d'autres, un volet consacré à l'histoire des Luxembourgeois au Congo tandis que la porte-parole de Finkapé, Antonia Ganeto, animera plusieurs ateliers de sensibilisation, destinés aux élèves de l'enseignement secondaire, pour parler du passé colonial et du racisme structuré au Luxembourg.

Devenue, à 51 ans, une figure incontournable de la lutte pour l'égalité de traitement au Luxembourg, Ganeto estime que : « Pour combattre efficacement le

racisme et la discrimination raciale, il faut privilégier des solutions pratiques et viables à long terme. Celles-ci s'appuient sur des mesures législatives, de sensibilisation, d'éducation et de discrimination positive. Nous devons nous atteler à ce que les dispositions antidiscriminatoires soient réellement appliquées. Pour atteindre cette efficacité, il est indispensable que ces dispositions soient mises en œuvre par toutes les autorités, y compris la police et le système judiciaire. »

Dans le cadre de la récente résolution parlementaire du renforcement des compétences du CET (Centre pour l'Égalité de Traitement), Antonia Ganeto plaide pour une représentativité afro-descendante au sein du CET, doublée d'une meilleure interaction de ce dernier avec les associations de terrain.

Par ailleurs, l'activiste appelle le futur « CET renforcé » à remplir deux grands objectifs : la réalisation d'enquêtes fouillées (effectuer des recherches, rédiger des plaintes, accompagner les victimes avec les qualités d'écoute et d'empathie) et l'établissement de statistiques ethniques (afin d'objectiver l'impact des discriminations raciales dans le travail, le logement et, surtout, l'éducation).

Les « stats ethniques » ? Un autre point politiquement sensible ; mais aussi défendu par la présidente de Let's Rise Up, Sandrine Gashonga : « L'une des choses les plus importantes est de pouvoir faire et disposer de statistiques ethniques. Tant qu'il n'y aura pas de telles statistiques, nous ne pourrions évaluer complètement l'ampleur du problème. »

Si, au XIX^e et XX^e siècles, l'État luxembourgeois n'a pas eu sa propre colonie, il semble évident qu'au XXI^e, le pays ne pourra plus faire l'économie d'une décolonisation des esprits.

¹ https://www.tvlux.be/article/info/arlon-la-statue-de-leopold-ii-vandalisee-34985.htm?fbclid=IwAR3KEfUvOTNnAHXWnsThv1MOd91C_o7vWaN8wUGAKwCCWJEWaQu65ADNlc

² Régis Moes : *Cette colonie qui nous appartient* un peu ; Éditions d'Letzeburger Land/Fondation Robert Krieps, 2012, 438 pages ; épuisé

Zu Gast

Sie sagen Corona und meinen Profitmaximierung

Ali Ruckert

30 Jahre lang wurde in Düdelingen Floatglas produziert, doch am 8. Juli dieses Jahres wurde der Glasofen heruntergefahren, so dass die Glasproduktion in der „Forge du Sud“ ab sofort der Vergangenheit angehören wird. Die Ankündigung der Führung des US-Konzerns Guardian Industries, den Ofen in Düdelingen stillzulegen und die Werke Luxguard I Niederkerschen und Luxguard II Düdelingen zusammenzulegen, schlug bei den Beschäftigten wie eine Bombe ein, auch wenn sie seit langem die Vorahnung plagte, dass die Glasproduktion in Düdelingen irgendwann auf der Kippe stehen könnte. Besonders verärgert waren die Beschäftigten aber darüber, in der Chamber aus dem Mund von Wirtschaftsminister Franz Fayot zu hören, Luxguard II sei wohl das erste industrielle Opfer der Covid-Krise in Luxemburg.

Ist das wirklich so? Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Konzernherren während der vergangenen Jahre zu keinem Zeitpunkt eine klare Antwort auf die Frage nach einem neuen Ofen in Düdelingen gaben, und dass immer nur technische Reparaturen vorgenommen wurden, um das Leben des bestehenden Glasofens zu verlängern. Sie hatten den Beschäftigten sogar damit gedroht, Investitionen von einem Lohnverzicht abhängig zu machen.

Während die Konzernherren mit den Belegschaften in Düdelingen (und Niederkerschen) Katz und Maus spielten, war die Entscheidung längst gefallen, in Osteuropa zu investieren, weil dort wegen der höheren Ausbeutungsrate und noch umfangreicheren Subventionen und Steuergeschenken als in Luxemburg größere Profite für die Aktionäre winken. Um das zu kaschieren, wird nun mit dem Finger auf die Corona-Krise gezeigt.

Ali Ruckert ist Präsident der Kommunistischen Partei Luxemburgs

Was die Beschäftigten nicht wissen konnten und erst vor wenigen Tagen von der *Zeitung vum Lëtzebuurger Vollek* in Erinnerung gerufen wurde: Als am 2. Oktober 2018 der Erste Spatenstich für ein Guardian-Werk in Polen mit einer Tageskapazität von 1 000 Tonnen Glas erfolgte, beglückwünschte der Luxemburger Botschafter in Polen, mit dem Spaten in der Hand, die Konzernherren für die bisher größte Unternehmensinvestition.

Seither investierte Guardian massiv in den Bau und die Modernisierung von Produktionsanlagen für Floatglas in Europa – allerdings nicht in Luxemburg. In den nächsten Monaten wird das neue Werk von Guardian Industries in Ungarn die Produktion aufnehmen, und bis 2021 soll ein weiteres Werk für Floatglas in Großbritannien modernisiert und mit größeren Kapazitäten ausgestattet werden. Alles andere als ein Zufall dürfte es sein, dass spätestens dann die Entscheidung über den Bau eines neuen Ofens in Niederkerschen fallen müsste, wovon der Konzern gegenwärtig aber nichts mehr wissen will. Das alles macht deutlich, dass nicht die Corona-Krise dafür verantwortlich ist, dass der Ofen in Düdelingen aus ist und für Niederkerschen akute Gefahr besteht, sondern die von langer Hand angelegte und auf Profitmaximierung ausgerichtete Investitionsstrategie von Guardian.

Für die KPL ist es eine Selbstverständlichkeit, die kämpferischen Aktionen und Forderungen des OGBL und der Beschäftigten von Guardian – „Main-tien dans l'Emploi“ und Investitionsgarantien – zu unterstützen. Gleichzeitig ist es den Kommunisten ein Anliegen, die Ereignisse um Guardian in einen gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen und darauf aufmerksam zu machen, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der die Profitinteressen einer kleinen Minorität von Aktionären immer Vorrang haben vor den Interessen der großen Mehrheit der Lohnabhängigen und ihrer Familien – auch weil die Regierung und die staatstragenden Parteien und Institutionen dafür sorgen, dass sich daran nichts ändern soll.

Es ist dringend erfordert, diese verkehrte Welt vom Kopf auf die Füße zu stellen. Die Losung der KPL: „De Mënsch virum Profit!“ gibt den Anstoß dazu.

Näischt derhannert an näischt derfir

Opgeblosen, feierlech,
Oppen Dieren agerannt.
Bei de Wieler punkten,
Schonn e Sëtz verbrannt.

„D'Bierger si sensibel,
D'Bierger mierke vill!“
E Pirat, dee ruddert,
Am Interview um Grill.

Keng eege Gedanken,
Wéi e Fësch, sou glat,
E Papagei am Kostüm,
Bal wéi e Paf geschwat.

Eng Wull an de Finanzen,
Am Sondage nach méi kleng,
Kee kann deen anere leiden;
Da bleift nach een eleng.

Jacques Drescher



Die kleine Zeitzeugin

Michèle Thoma

Nichts ist mehr so einfach wie *Äddi a Bojuer*, bei *Bojuer* und *Äddi* nicht und bei all dem dazwischen nicht. Dem Zwischenmenschlichen. Da ist jetzt so viel dazwischen.

Die Gräben zwischen uns werden wieder breiter, besser Graben als Grab, denkt die, die erbärmlich am Leben hängt. *Äddi*, leichtlebige Kussi-Kussi-Kultur, gerade erst rissen wir uns die Masken vom Maul, fielen einander röchelnd vor Glück um den Hals. Alles schäumte über, wir schäumten über vor Lebensfreude. Und schon ist der Dämpfer da. Alles ist wieder gedämpft. Wir sollen am besten nur mit Nahestehenden nahe stehen, die, die keine nahe Stehenden haben, stehen alleine da. Maskierte Schemen huschen vorbei, *Bojuer* und schnell *Äddi* genuschelt.

Es gab mal eine Zeit, wie ist sie weit, da war alles so einfach. Man ging aus dem Haus, einfach so, ja, okay, mit Schlüssel, eventuell ein paar Kröten, Karten, ein paar Komische gar mit Buch. Man konnte das Haus pfeifend verlassen und auf alles pfeifen. Ohne dass man Angst hatte, dass eine einer was hustete. Sogar einfach wo rein gehen, sich an einen Tisch setzen und einen Kaffee verlangen, weil es einen eben nach einem Kaffee verlangte. Eine Tasse anfassen, ohne dass ein inneres Alarmsignal aufheulte. Ohne dass man auf den Verdrängungsbeschwichtigungsnarkotisierungsknopf drücken musste: Neinnein, das ist hier ein vertrauenswürdiger Ort, hier verkehren nur vertrauenswürdige Desinfizierte. Das Personal schaut so desinfiziert aus. Hier verkehren nur welche aus vertrauenswürdigen Ländern. Wobei ...

Einst konnte man sitzen und glotzen, vor sich hin. Sich sogar ins Gesicht fassen, was man nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen 120 Mal pro Stunde tut! Einfach so haben wir das gemacht, ohne uns groß einen Kopf zu machen. Haben uns in die Visage gefasst, vielleicht juckte der Gesichtserker oder die Geheimratsecke, niemand juckte das. Schon gar nicht den Staat. Gerade erst hatte ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung mühsam und unter Strafandrohung gelernt, dem andern Teil der Bevölkerung nicht *en passant* ans

Jeden Tag kommt was Neues dazu, eine neue Urangst, suchen Sie sich eine aus

Gesäß zu greifen, ein Verhalten, das anscheinend evolutionär auch extrem tief verankert ist.

In der guten alten Zeit ging man also einfach irgendwo rein, stand irgendwo rum, schaute gescheit oder dumm. Oder einfach nur so. An einer Theke zum Beispiel! In einer Bar, schaute tief ins Glas, noch tiefer, wurde immer tiefschürfender und kam einander zuweilen dabei nah und näher. Manchmal rückte man einander gar zu Leibe. So was war ganz normal. Menschlich. Es gab noch so Menschlichkeitsoasen, in denen allzu Menschliches gedieh, Kontrollorgane schritten nicht gleich ein.

All das konnte man tun, ohne dass gleich Todesstrafe folgte, oder zumindest todkrank oder dement oder sonst was; mittlerweile ist das Angebot ist riesig, alle Körperbestandteile machen mit. Das Angebot wächst mit jedem Tag, jeden Tag kommt was Neues dazu, eine neue Urangst, suchen Sie sich eine aus.

Mit Aids war das ja auch so, erinnern sich die Veteran/innen, aber, seufzen sie nostalgisch, damals durfte man wenigstens nach Herzenslust Hände schütteln und stoßseufzen und urschreien, man konnte ungeschützt öffentlich verkehren und Ein- und Ausatmen war voll okay. Man konnte noch heiraten oder ins Kloster gehen, heute sind Gotteshäuser Virenhöhlen und Beten gilt als Risikoverhalten.

Nirgends war No-Go, nicht mal das eigene Gesicht. Das eigene Land. Nirgends waren wir *wanted* beziehungsweise nicht *wanted*.

Man durfte sogar jung sein, sich sogar jung benehmen. Ohne von Abstandswauwau verfolgt zu werden: Diese Wüstlinge! Diese Lüstlinge! Mehrere auf einmal!

Man konnte in Innenräume, man konnte sich sogar darin aufhalten, mit anderen sogar. Man konnte einfach in eine Straßenbahn hüpfen. Oder eine Knoblauchzehe kaufen. Falls man das Geld hatte natürlich. Sonst brauchte man nichts. Keine Spezialausrüstung, keine Anleitung für Vorher und Nachher. Es war alles sehr unkompliziert. Leicht eigentlich.

Man war nicht nonstop als Virentöter_in im Einsatz.

So was schlaucht wirklich.



Früher durfte man sich sogar jung benehmen, ohne von Abstandswauwau verfolgt zu werden

Chroniques de l'urgence

Biden peut mieux faire

Jean Lasar

Joe Biden a présenté, après concertation avec son rival aux primaires démocrates américaines Bernie Sanders, un plan climat dont on a surtout retenu qu'il prévoit des investissements de 2 000 milliards de dollars en quatre ans : un chiffre vertigineux qui pourrait faire croire qu'enfin, l'establishment démocrate a compris la taille et l'urgence de l'enjeu. Il faut dire que face à l'entreprise

de démolition délibérée du climat et de l'environnement à laquelle se livrent depuis 2016 Donald Trump, ses alliés républicains et leurs commanditaires, il n'en faut pas beaucoup pour paraître vertueux.

À n'en pas douter, sous une administration Biden, les énergies renouvelables auront le vent en poupe : l'ancien vice-président promet 500 millions de nouveaux panneaux solaires et 60 000 nouvelles éoliennes. Ce n'est pas rien : un triplement par rapport à l'existant pour les premiers, un doublement pour les secondes. En réalité, c'est un quintuplement voire un décuplement qu'il faudrait pour rapprocher les USA de la neutralité carbone à un rythme conforme aux exigences des scientifiques.

Washington rejoindra l'Accord de Paris si Biden l'emporte, mais il n'y a pas là de quoi pavoiser.

Les bonnes nouvelles s'arrêtent là. Au-delà d'un engagement très général de favoriser les véhicules électriques, Biden se contente de préconiser l'électrification d'ici 2030 des 500 000 bus qui sillonnent les États-Unis et se garde d'annoncer un objectif pour les voitures particulières.

Comme souvent, ce n'est pas tant en regardant le détail des propositions d'un programme que l'on appréhende ses faiblesses qu'en faisant un pas de côté pour repérer ce qui y manque. Ainsi, Joe Biden omet soigneusement de s'engager sur une sortie délibérée des énergies fossiles ou sur une politique défavorable aux SUV dotés de moteurs à explosion surpuissants. Comme s'il voulait reprendre en l'état la feuille de route climatique,

notoirement insuffisante, d'Obama, dite « all of the above » parce qu'elle prévoyait un recours indiscriminé à toutes les formes d'énergie disponibles.

Pour endiguer le réchauffement, le plan Biden est insuffisant. Il ne s'agit pas seulement de combler le retard pris en quatre années d'administration Trump. Ceux qui prétendent en 2020 avoir saisi l'urgence de l'enjeu climatique devraient aussi avoir compris qu'il ne suffit pas de développer les renouvelables ou de favoriser les véhicules électriques, mais qu'il faut simultanément agir de manière ciblée et résolue pour faire reculer les énergies fossiles dans tous les domaines, en intervenant à la fois sur l'offre et la demande. Faute de quoi les émissions de gaz à effet de serre repartiront de plus belle, sous l'effet conjoint d'un rebond « classique » alimenté aux énergies fossiles et de la production en masse de nouveaux équipements. Le plan des démocrates pour le climat est, « par rapport aux réalités de notre époque, limité, timide, et très tardif », résume le stratège californien Alex Steffen.

Joe Biden omet soigneusement de s'engager sur une sortie délibérée des énergies fossiles

Rauchen war mal eine Pforte zur offiziellen Politik

Die politische Intimität der Zigarette

Stéphanie Majerus

„Sie haben keine Zigarette geraucht, rauchen Sie nicht mehr?“, fragt *RTL*-Moderator Roy Grotz Jean-Claude Juncker nach einer mehrminütigen Nachrichten-Unterbrechung im „Background am Gespräch“ am 9. Mai. Juncker fasst sich kurz: „Nein.“

„Gar nicht mehr?“, hakt ein überraschter Grotz nach. „Nein“, sagt Juncker, ohne präziser zu werden. „Sie hatten auf zehn Zigaretten runtergeschaltet, jetzt rauchen Sie gar nicht mehr?“, bleibt Roy Grotz dran. „Von zehn auf null ist ein steiniger Weg, aber es gibt ihn“, hält Juncker sich weiterhin bedeckt. Wie es denn jetzt mit seiner Nervosität sei, fragt Grotz. Juncker behauptet, als Nichtraucher sei er weniger nervös. „Sie geben die Botschaft also weiter: Hört auf damit!“, versucht Grotz das Zigaretten Thema abzuschließen. Da kontert Juncker doch: „Ech bekëmmere mech net ëm aner Leit hir Hygiènesproblemer, ech hu genuch mat mengen ze dinne gehat.“

Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass Juncker im letzten Jahrzehnt nicht besonders stolz auf seinen Zigarettenkonsum war. So schrieb ein *Zeit*-Journalist 2012: „Jean-Claude Juncker sitzt an einem Besprechungstisch in der Vertretung des Großherzogtums Luxemburg. Vor ihm liegt griffbereit ein schwarzes Lederetui mit Zigaretten, daneben ein Aschenbecher, eine Kaffeetasse, Unterlagen. Wie viele Zigaretten es am Ende des Gesprächs gewesen sein werden, darf nicht verraten werden.“ 2014, so die *Süddeutsche Zeitung*, sei ein Tabakersatz neben Juncker aufgetaucht: „Auf dem Tisch steht Kamilteentee, in der Anzugjacke steckt die E-Zigarette, die Papierstapel sind überschaubar.“

Ein Blick auf die Zigarettensoziologie des vorigen Jahrhunderts zeigt: Junckers persönlicher Entschluss ist in einen größeren Zeitgeist eingebettet. Anders als noch vor 50 Jahren ist heute den Mächtigen die Lust am Rauchen vergangen. Trump, Bolsonaro, Putin: Sie alle wollen zwar ein konservatives Männlichkeitsbild verkörpern. Wie Winston Churchill rumpaffend regieren oder wie Ronald Reagan für Chesterfield werben wollen sie allerdings nicht.

Anfang des 20. Jahrhundert waren die Verhältnisse noch klar: Wer etwas auf sich hielt, rauchte. Die Politik-Elite rauchte, Kaiser und Könige rauchten, Künstler und Kulturschaffende rauchten. Tabakrauchen war ein Statussymbol, es verkörperte Welt-offenheit und entspannte Heiterkeit.

Tabak wird in Europa bereits seit dem 15. Jahrhundert konsumiert. Die Kolonialmächte führten das zunächst als außergewöhnlich betrachtete Genussmittel aus Südamerika ein. Doch Mitte des 19. Jahrhunderts wird Rauchen bequemer: Es wird in Papier gewickelter Tabak angeboten; die ersten Proto-Zigaretten erobern die Salons, Büros, Kneipen und Fabrihallen. Vor allem Frauen sind an der komfortablen Zigarette interessiert – anders als Männer, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein die klumpigen Zigarren und Pfeifen vorziehen.

Bedingt durch die Weltkriege war der Siegeszug der US-Zigaretten kaum aufzuhalten. Wie der Kulturwissenschaftler Dirk Schindelbeck recherchiert hat, gingen viele Männer als Nichtraucher in den Krieg und kamen als Raucher wieder raus, in Tagebüchern fand Schindelbeck Aussagen wie: „Der Krieg hat mich zum Rauchen verführt.“ Es sei eine der wenigen Ablenkungen im öden Alltag gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe, hält der Historiker Gerulf Hirt fest, der Marshall-Plan die Beliebtheit der amerikanischen Zigaretten befördert: Die USA weiteten ihre Tabakwirtschaft aus, indem sie den europäischen Markt per Marshall-Plan für Orienttabake sperrten und ihn mit amerikanischen Tabaken belieferten.



Kettenraucher Helmut Schmidt 1976 vor einem Parteitag der deutschen Sozialdemokraten



Grand fumeur: Jacques Chirac (2.v.l.) 1983 in Rennes während der Kampagne zu den Kommunalwahlen

Zu dem Zeitpunkt hatte Luxemburg bereits seine eigene Tabakindustrie aufgebaut – Tabak war damit eine der wenigen Kolonialwaren, die hierzulande zur Entwicklung einer größeren Industrie führte, die noch heute besteht. Maßgeblich geprägt wurde sie von dem Ehepaar Jean-Pierre Heintz und Josephine van Landewyck, die Mitte des 19. Jahrhunderts zunächst einen Tabakladen in der Hauptstadt eröffneten. Daraus wurde einige Jahre später eine Tabakfabrik, die es heute noch gibt. Aber bereits einige Dekaden vor der industriellen Produktion hatte sich ein Dutzend „Tubaaksspënnereien“ etabliert, die Tabakblätter zu Rollen „spinnen“ und anschließend fein zerreiben. Die größte Tabakspinnerei wurde von Jean-Pierre Pescatore betrieben (vgl. Romain Hilgert: *Banken, Kaffi, Hädekanner*. 1992).

Bei den Feierlichkeiten zum 150-jährigen Bestehen von Heintz van Landewyck im Sommer 1997 gab der erfahrene Raucher Jean-Claude Juncker eine Lobeshymne zum Besten, die bereits drei Wochen zuvor in einer Pressemappe vorlag. In seiner Rede appellierte der CSV-Premier an den bescheidenen und strebsamen Charakter luxemburgischer Unternehmen, wie er ihn in der Führungskultur von HvL feststellte (vgl. Peter Feist: „Zu Besuch bei Heintz im Maryland“. *Gréngespoun*, 4.7.1997).

Als Juncker 1954 geboren wurde, rauchten in Europa um die 50 Prozent aller Männer, vor allem auch die Gutgebildeten. Ein Jahr später wurde den Rauchern durch eine sichtbare Erneuerung die mögliche Schädlichkeit von Tabak signalisiert: 1955 kamen die ersten Filterzigaretten auf den Markt. Und dieser Filter suggeriert: In meinem Produkt ist etwas enthalten, das rausgefiltert werden sollte. Nicht gerade vertrauensfördernd. In den 1970ern lieferte die Zigarettenindustrie ein erneutes Eingeständnis: Sie lancierte die „leichte“ Zigarette.

Damals war Rauchen in öffentlichen und semi-privaten Räumen fast überall erlaubt: in Zügen, Restaurants und Kinos, in Lehrzimmern, in Zeitungsredaktionen. Auch in der Abgeordnetenkammer wurde geraucht – zwar nicht in den Plenarversammlungen, aber an der Bar und in den Fraktionssitzungen. Eine blaue Dunstwolke machte sich in allen nicht-öffentlichen Sitzungen breit. Allerdings rauchte nicht unbedingt die Mehrheit der Politiker, aber immerhin konnten sie ihren Willen gegen den der Nichtraucher durchsetzen. Vor allem für den LSAP-Politiker Jean Gremling (1921-1996) wurde das Pfeifenrauchen zu einer Art Markenzeichen. Der LSAP und dem OGBL Nahestehende berichten, dass Rauchen vor allem im letzten Jahrhundert Teil der Identität der Arbeiterbewegung war. Auch heute wird in der

älteren Generation der Gewerkschaftler gequalmt. An rauchende Politikerinnen hingegen erinnern Zeitzeugen sich nicht.

Wer es zu der Zeit genauer wissen wollte, konnte schon im *Terry Report*, einer Langzeitstudie, nachlesen, welche gesundheitlichen Auswirkungen das Rauchen hat. Doch auch ohne Studien, Filter und *Light*-Versionen konnte der Raucher der Schädlichkeit unmittelbar auf die Spur kommen: Dem (noch) nicht Süchtigen fällt sie als übelriechend auf und ruft gewöhnlich Abwehrreaktionen wie Husten und Übelkeit hervor.

Aber niemand wollte es so genau wissen. Auch Jean-Claude Juncker in seinen jungen Jahren nicht. Um Klasse, Intellektualität oder Arbeiterkampfgeist auszustrahlen, um rebellisch oder zumindest freigeistig zu wirken, blieb vielen das Rauchen weiterhin ein geeignetes Mittel. Bis Gesundheitsdebatten diese Attribute endgültig überschatteten, sollten noch knapp 30 Jahre vergehen. Ende der 1990er gesteht die Zigarettenindustrie offiziell ein, dass ihr Tabak

süchtig macht. Seitdem nehmen die Raucherzahlen ab; eine Mehrheit findet das selbstschädigende Verhalten nicht mehr attraktiv. Staat und EU-Vorgaben halfen diesem Trend, sich zu durchzusetzen, indem Rauchverbote beschlossen wurden: 2006 wurde der Glimmstängel in allen Restaurants, Schulen und öffentlichen Gebäuden verboten. Ausnahmen galten für Bars und Cafés, die keine Speisen servierten. Seit Januar 2014 sind diese Sonderregelungen weitestgehend eingestampft.

In Luxemburg führte bei diesem Zigaretten-Aus ausgerechnet ein Ex-Raucher von der LSAP Regie. Mars Di Bartolomeo setzte sich als Gesundheitsminister für strengere Auflagen ein, als die EU-Regelungen vorsahen; seitdem ist die Zigarette im Gastronomiegewerbe bis auf ein paar Aschenbescher im Außenbereich und speziell ausgestattete Raucherabteilungen passé. Der LSAP-Politiker ging sein Amt als Gesundheitsminister 2004 als Selbstexperiment an: Er wollte vorbildlich wirken und gab das Rauchen auf. Vielleicht wollte er sich zugleich ein Umfeld schaffen, in dem er nicht mehr in

Stadtraum Luxemburg

Die Bäume der Freiheitsavenue

Die Hauptstadt Luxemburg, die einst einen Johann Wolfgang von Goethe begeistern konnte, mutiert immer mehr zur Ausstellungsfläche im Maßstab 1:1 der gelungensten Fehlplanungen. Sei es im großen Stil, wie beispielsweise im Rahmen des unverzeihlichen Umganges mit dem altherwürdigen Postgebäude durch die schamlose Verbauung des „Boulevard des Grauens“, oder mit kleinerer Handschrift, wie etwa mit der fehlgeplanten Schule im Pfaffenthal – die Stadtverantwortlichen geben sich reichlich Mühe, alle Kriterien einer optimalen Stadtplanung und -gestaltung zu missachten. Oft finden die lokalen Entscheidungsträger Mittäter auf der Staatsebene, nicht selten in der Person des grünen Bauten- und Verkehrsministers.

Platanen sind unästhetisch, artfremd und antiökologisch

Die Hauptstadt nennt eine einzige Prachtstraße ihr eigen, die diesen Namen wirklich verdient, nämlich die Freiheitsavenue. Oberstes Gebot wäre demnach, einen behutsamen Umgang mit den bebauten und unbebauten Bereichen dieses Verkehrsbandes anzusagen. Hinsichtlich der Bepflanzung kam es jedenfalls anders, als es hätte kommen dürfen. Wenn nämlich die derzeitigen Infrastruktur- und Tramarbeiten abgeschlossen sind, werden 69 (!) Platanen die Freiheitsavenue säumen. Keine sehr intelligente Entscheidung, wie die Zukunft sicherlich zeigen wird.

Wenn auch früher, als das Artensterben noch nicht auf der Öko-Agenda stand, hier 49 Platanen und 23 Kirschblütenbäume gepflanzt wurden, so müsste die heutige Sicht der Dinge eine andere sein. Die Platane ist kein einheimischer Baum. Anders als die Linde. Platanen sind hässlich und nützen der Fauna nichts. In den Linden hingegen nisten Vögel. Die Linde bildet den Lebensraum für viele Insekten, insbesondere für Schmetterlinge und Falter, derweil der Mensch aus ihren Blüten wunderbaren

Nur noch ausnahmsweise wird gequalmt. Wenn Ernstes beschlossen, wenn ein Bund besiegelt werden muss, fern der Blicke der Öffentlichkeit

Versuchung geriet; ein Umfeld, in dem man nicht mehr so leicht zum Feuerzeug greifen darf.

Heute ist das Luxemburger Parlament nicht mehr in eine blaue Dunstwolke gehüllt. Dem Vernehmen nach raucht nur noch ein halbes Dutzend der Politiker vom *Krautmarkt*. In der Regel trifft man auf Grüppchen von zwei bis drei Rauchern vor der Tür, vor allem Pim Knaff, Yves Cruchten, Marc Baum und David Wagner sind Jean-Claude Juncker noch nicht in die Abstinenz gefolgt. Frank Engel eiferte Pfeife rauchend in den 1990ern dem Habitus der großen Denker nach. Mittlerweile hat er sich mit der E-Zigarette angefreundet.

Nur noch ausnahmsweise wird gequalmt. Wenn Ernstes beschlossen, wenn ein Bund besiegelt werden muss, fern der Blicke der Öffentlichkeit: An dem Abend, als die blau-rot-grüne Koalition bei Lucien Lux zu Hause beschlossen wurde, verließ Xavier Bettel und Etienne Schneider das Wohnzimmer, um auf dem Balkon eine Zigarette zu rauchen. Rauchen in einer Zweierkonstellation hat etwas Intimes, Verbrüderndes. Man hilft sich gegenseitig, die Zigarette anzuzünden. Zigaretten schaffen Zeitfenster, Zigaretten helfen zu entspannen, und dann passierte es: Schneider bot Bettel den Führungsposten an, die DP sei der Wahlgewinner, er solle Premier werden, schreibt Christoph Bumb in *Blau Rot Grün – Hinter den Kulissen eines Machtwechsels*.

Wie oft fand Juncker sich in derartigen Raucherkonstellationen unverhofft wieder oder manövrierte sich über den Glimmstängel in sie hinein? Womöglich gelegentlich. Als er in seiner Jugend politisch sozialisiert wurde, war Rauchen geläufig. Als er hohe Ämter bezog, rauchte ein beträchtlicher Teil seiner *Peer Group*: Gerhard Schröder frönte als Bundeskanzler seinen Zigarren, in der gleichen Zeit war SPD-Generalsekretär Franz Müntefering Kettenraucher. Jacques Chirac war ein *grand fumeur*. Nicolas Sarkozy rauchte zwar kaum Zigaretten, bei Zigarren sagte er aber nicht Nein. Was Juncker heute „Hygieneprobleme“ nennt, war früher eine Pforte zur offiziellen Politik.

Erkältungstee machen kann. Imkern gilt die Linde als kostbare Nährpflanze für Bienen. Auch ist sie ein einheimisches Kulturgut: Im Jahre 2012 wurde am Tag des Baumes nicht zufällig eine Linde zu Ehren von Erbgroßherzog Guillaume und seiner Gattin, Prinzessin Stephanie, von der Stiftung Natur & Umwelt gepflanzt. Die Gedenkplatte des verstorbenen Staatssekretärs Camille Gira wurde nicht von ungefähr vor einer Linde im Garten des Staatsministeriums errichtet, um nur diese beiden Beispiele zu nennen.

Die Silberlinde wird der städtischen Sonnenglut, wie sie durch den Klimawandel verursacht wird, besonders trotzen, da sie bei starker Sonneneinstrahlung ihre Blätter umdreht und deren silbrige Unterseite Sonne und Hitze reflektiert. Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass es wahrlich töricht, ist die gesamte Allee mit der gleichen Baumart zu bepflanzen. Auch bei Alleen gilt es, Monokulturen zu vermeiden und auf eine gesunde Mischung zu setzen, die wesentlich stabiler ist. Daniel Miltgen



Friedrich Nietzsche galt lange Zeit als missverständener Philosoph. Sein Werk *Götzen-Dämmerung oder Wie man mit dem Hammer philosophiert* (sic!) wurde irrtümlicherweise als gewaltfördernde Anleitung interpretiert. Dabei ging es Nietzsche nicht um Zerstörung, sondern darum, mit dem Hammer Objekte abzuklopfen, um die Schwachstellen der Konstruktionen zu finden. Der Luxemburger Künstler Max Mertens (geb. 1982) geht ähnlich vor, steht sozusagen in Nietzsches Tradition. In seiner Installation *Sollbruchstellen*, die ab diesem Samstag in der Annexe22 von Esch2022 zu sehen ist, geht er den Dingen auf den Grund, versucht zu beobachten und künstlerisch festzuhalten, wie sich Objekte bei Überbelastung verhalten, wo sich Risse auftun. Es ist eine Weiterführung seiner Installation *Wrecking-hammer* von 2014. Doch bevor der Hammer schwingen und Mertens dekonstruieren kann, muss er zunächst konstruieren: Eine Mauer dient ihm als festes Fundament für sein artistisches Experiment. ps

Politique

Mischos Bildersturm

Es ist ein politisches Ritual von universellem Charakter: Jeder neue Herrscher mistet die Kunst seines Vorgängers aus und hängt neue Bilder auf. Das kann brachial sein, indem Statuten, Ikonen, Denkmäler oder Paläste zerstört werden. Oder eher schlicht, durch das simple Abhängen von Bildern, wie es Xavier Bettel (DP) beim Einzug ins Staatsministerium tat oder Birgitte Nyborg in der Serie *Borgen*. Der Escher Bürgermeister Georges Mischo (CSV) bewegt sich irgendwo zwischen beiden Polen. In der vergangenen Ratssitzung der Stadt Esch (am 10. Juli) erhielt sein Vorhaben eine Mehrheit, den alten Sitzungsaal des *Hôtel de ville* für 2,7 Millionen Euro vom Escher Architektenbüro Jim Clemes neu gestalten zu lassen. Und dazu gehört im Kern, die Beseitigung der monumentalen Bilder des Künstlers Frantz Kinnen (1905-1979). Der Maler aus Düdelingen hatte die beiden Ölgemälde zum *Cinquantenaire* von 1956 im Auftrag der Stadt erschaffen. Sie zeigen mehrere Arbeiter und zeugen vom Selbstbewusstsein einer Arbeiter- und Industriestadt. Die Dreierkoalition um Bürgermeister Mischo will dieses Escher Image offenkundig hinter sich lassen und die Bilder im neuen Kunstmuseum Espace Lavandier abstellen. Für die LSAP handelt es sich um politischen Ikonoklasmus – Mischos Koalition wolle eine Teil der „Stadtgeschichte wegradieren“, so Oppositionsrat Henri Hinterscheid. Die Kinnen-Bilder seien prägende Wahrzeichen der Stadt. Diese Ansicht hatten die LSAP-Räte jedoch exklusiv – der Entwurf wurde mitsamt der Stimmen von Déi Lénk verabschiedet. ps

Luxemburgensia



Eine Stadt namens Belval

Während Bürgermeister Georges Mischo (CSV) sich anmacht, die Arbeitergeschichte hinter Esch zu lassen, veröffentlicht der Fonds Belval ein Kinderbuch, um das Industrieerbe zu bewahren. Die Geschichte von Architektin Anne Stauder mit Illustrationen von Deborah Velazquez, Alice Coune und Aurélie Wilmet beginnt mit einem Gespräch zwischen dem jungen Pol und dessen Großvater, der sich an die Arbeit im Stahlwerk von Belval erinnert. Der alte Mann ist traurig, denn das Werk mitsamt Maschinen soll zerstört werden: „Sie sollten erhalten bleiben, damit die Geschichte weiterhin erzählt werden kann.“ *Eng nei Stad* erzählt auf spielerische Art die Geschichte oder vielmehr den Mythos vom fließenden und harmonischen Übergang von der Brache zum *Hotspot*. Das eigentlich erstaunliche daran ist jedoch der Titel: Esch und Sanem haben stets verhindert, dass Belval als Stadt bezeichnet wird, sondern den untergeordneten Charakter eines Viertels trägt. Ein Kinderbuch bricht nun mit diesem Mythos. ps

Musique

Ach, Festivalsommer!

Dröhnender Bass, drückende Hitze, kaltes Bier– ach, Festivalsommer, wie Du fehlst! Für alle wehmütigen Konzertaficionados gibt es jedoch immer mal wieder Lichtblicke. Dazu gehört unter andern die Reihe *Bock op...* im Neimënster. Am kommenden Donnerstag (30. Juli) wird der Luxemburger Elektropionier Sun Glitters auf der Bühne stehen. Sun Glitters (Foto: Victor Ferreira) konnte bereits mit seinem Debut 2011 die internationale Fachpresse (*Dazed*, *Guardian* oder *Pitchfork*) überzeugen und sich weltweit ein kleine, aber treue Fanbase aufbauen. Vor kurzem hat er sein neues Album (*Soft Touch*) veröffentlicht, das sich nach einer kurzen experimentellen Phase wieder mehr am Sound seines Debutwerks *Everything Could Be Fine* orientiert. Sun Glitters wollte zur Enttäuschung seiner Fans eigentlich etwas kürzertreten, was Live-Auftritte anbelangt, umso erfreulicher, dass er in der kommende Woche in Neimnester wieder auf der Bühne steht. ps



Politique

Kultur:LX

Die Idee besteht schon länger :Nach dem Modell von Music:LX eine Plattform für alle Kunstsparten zu gründen, um die Kulturszene in Luxemburg nach innen zu einen und nach außen zu vermarkten. Nachdem der Kulturentwicklungsplan unter der Leitung von Jox Kox 2018 ein *Comité de pilotage* einberufen hatte, steigt nun weißer Rauch aus dem Kulturministerium von Ministerin Sam Tanson (Déi Gréng) auf: Die Struktur eines *Arts Council* steht. Die Asbl soll Kultur:LX heißen und wird Music:LX, Reading Luxembourg und den Focuna schließen. Der Verwaltungsrat gestaltet sich aus elf Mitgliedern aus dem Kulturministerium sowie aus dem Kulturbereich: Catherine Decker (Präsidentin), Michel Welter (Vizepräsident), Bernard Baumgarten, Christian Biever, Iris Depoulain, Nadine Erpelding, Susanne Jaspers, Jérôme Konen, Tom Théobald, Michèle Walerich und Barbara Zeches. In einem nächsten Schritt soll aus Kultur:LX eine öffentliche Einrichtung mit eigener Gesetzesgrundlage werden und man will nach einem/einer Direktor/In suchen. Das *Comité de pilotage* soll überdies nicht aufgelöst, sondern laut *Land*-Information in einen *Conseil national pour la culture* gewandelt werden, um ähnlich wie die Handelskammer als beratendes Gremium Gutachten bei Gesetzesentwürfen im Kulturbereich zu verfassen.ps

Expositions

Moon Song

Beide koreanische Künstlerinnen hielten es für ein Kuriosum, dass ihre beiden Nachnamen englische Wörter ergeben: *Moon Song*. Und so entschieden sich Se-Lyung Moon und Keong A-Song, eine gemeinsame Schau mit ihren Namen für die Buchhandlung und Galerie Fellner Louvigny zu erstellen.Die Künstlerin Moon arbeitet in der Ausstellung dabei überwiegend mit Haaren – ihre Kunst reflektiert, die Erinnerungen, die in den Sedimenten der Haaren stecken. Die bekannte Luxemburger Zeichnerin Song fokussiert sich auf Traumwelten: Ihre Ansammlung von Zeichnungen ist laut Hans Fellner eine „Comédie humaine“. Zudem wird am Samstag bei Fellner Louvigny das Projekt der *Cahier d'images* von Reza Kianpour mit mehreren Luxemburger Fotografen (u.a. *Land*-Fotograf Sven Becker) vorgestellt. ps

Politique



Safe Luxembourg

1638 – der historisch interessierte Mensch denkt bei dieses Zahl wohl an ein Datum, an eine Zeit, als Europa sich im gewaltsamen Dreißigjährigen Krieg befand. Doch es handelt sich bei dieser Zahl um eine beliebige Nummer einer Petition für mehr Denkmalschutz in Luxemburg. Die Petition ist dabei äußerst erfolgreich und trifft einen Nerv in der Gesellschaft – innerhalb eines Monats haben die Verfasser bereits mehr als 3 500 Stimmen gesammelt und werden das Quorum von 4 500 Stimmen bis zum 22. August wohl erreichen, um ihr Anliegen im Parlament vortragen zu können. Sie fordern u. a. anderem, dass alle vor 1955 errichteten Gebäude unter Denkmalschutz gestellt werden. Für einen *Boost* der Petition hat ausgerechnet der Abriss eines historischen Gebäudes gesorgt – vor kurzem sind die Bagger im Heisdorfer Schloss aufgefahren und sind dabei, einen Pferdestall aus dem 17. Jahrhundert plattzumachen. Entstehungsjahr des historischen Gebäudes: 1638. ps

Religion et politique

Le XXI^e siècle sera théocratique...



Sainte-Sophie, tour à tour basilique, mosquée, musée, reconvertie aujourd’hui en mosquée



Médaillons islamiques sous coupole byzantine



Fresques byzantines : cachez-moi ces saints...

Lucien Kayser

On verra des dizaines de milliers, peut-être plus, de Stambouliotes, à l’intérieur et à l’extérieur de Hagia Sophia, en position de prière, prosternés, tournés vers la Kaaba, ce vendredi 24 juillet. Date choisie par Erdogan pour réaliser, après le jugement de la Cour suprême et le décret de transformation, la reconversion de l’ancienne basilique de Justinien. Date non choisie au hasard, il s’agit en quelque sorte d’annuler le 24 juillet 1923, le traité de Lausanne, qui après la reconnaissance des pertes territoriales de l’Empire ottoman, a légitimé la nouvelle république turque et son président Atatürk ; lui conduira la Turquie vers la démocratie et la laïcité, désaffectera le lieu du culte en 1934 pour en faire un musée et l’« offrir à l’humanité ».

Erdogan en prière à Istanbul, Trump brandissant la Bible devant l’église à Washington. Les photos se rejoignent, de la collusion du politique et de la religion, au détriment de la chose publique. Et il est vain de se demander à qui profite cette entente, qui instrumentalise qui. De même, le nationalisme, islamique de l’un, *America first* de l’autre, et l’extrémisme religieux font excellent ménage. Dans l’espoir d’un retour sur avance le jour des élections.

La prédiction est attribuée à André Malraux, que le XXI^e siècle serait religieux ; il s’en est défendu, l’a rejetée définitivement dans une interview en décembre 1975. On a continué, changeant des fois le qualificatif, il serait spirituel, voire mystique. Ce qui change beaucoup quand même, et embrasse toutes les acceptions de la notion même de religion. Pour faire court, du rapport de l’homme à l’ordre du divin, d’une réalité supérieure, à un système de croyances, de dogmes, de pratiques d’un groupe ou d’une communauté ; c’est au XVI^e siècle, pour de bon, au temps des partis religieux et des guerres, que le glissement s’est opéré, qu’on passe d’une attitude à une organisation.

Dans ses lettres, Paul présentait encore l’Église comme un objet de foi, l’institutionnalisation s’imposera plus tard. Avec ce que cela comportera très vite, une doctrine qui se veut exclusive, un contrôle ou plus des croyants. À tort, on pourrait penser les religions monothéistes, religions orientales issues de la Bible, avec la parole révélée, leur centralisation du pouvoir, plus exposées que d’autres à toutes sortes de dérives. Si le glaive et le goupillon sont longtemps allés ensemble, ce fut bien partagé ; et puis vint le temps de la déchristianisation, de la laïcisation, à la française, avec la séparation de l’État et de l’Église.

Ces dernières ont marqué et le font toujours dans nos parages, encore que les conservateurs du PiS par exemple, en Pologne, voient les choses différemment. Dans d’autres régions du monde, Proche Orient, pays du Golfe, le messianisme religieux a le dessus sur l’idéologie moderne, les lois religieuses dominant, la *halakha*, la *charia*, avec bien sûr d’énormes différences du point de vue humain, humanitaire. N’empêche, le mariage civil par exemple, n’existe pas en Israël, c’est une exclusivité rabbinique, et la loi de l’État-nation du peuple juif, de juillet 2018 n’a pas arrangé les choses. C’est vrai, c’est bien pire ailleurs, où la volonté de Dieu, prétendument, impose des normes incompatibles avec les droits de l’homme. Côté chrétien, on retourne çà et là au créationnisme, on muselle la sexualité, Bolsonaro est bien redevable aux réseaux évangéliques.

Déviation générale, de Ben Gourion, attentif au respect des minorités, à Netanyahu, en Israël, et comme il a été déjà suggéré, sans monopole des religions monothéistes, en Inde par

L’un reconvertit Sainte-Sagesse en mosquée, l’autre brandit la Bible devant Saint-John, loin d’être seuls dans leur fureur

exemple, de Gandhi à Modi. Le Bharatiya Janata Party, part nationaliste hindou de ce dernier, nec recule devant aucune mesure qui accentuerait les violences intercommunautaires ; ses zéloteurs, dans leur folie, vont jusqu’à renier le Taj Mahal, apogée de l’art moghol au XVII^e siècle. Il n’est plus question que de reconquête de l’histoire de l’Inde. Au Myanmar, l’ancienne Birmanie, les bouddhistes ne se montrent pas moins fanatiques ; leur abus du pouvoir et de la force n’est pas moindre dans la persécution des Rohingyas, poussés au mieux à l’exode vers le Bangladesh.

Ainsi, les dernières illusions tombent. C’est au nom de religions qu’on pensait portées vers les bonnes actions, que de crimes donc commis au nom d’un ordre social ou cosmique. Même là où sans relation aucune à quelque réalité supérieure, le terme par analogie s’impose, la religion s’avère tout aussi pernicieuse, du moment qu’elle désigne une ensemble de valeurs considérées comme absolues. Où qu’on se tourne, on ne sort décidément pas des *Tragiques* d’Agrippa d’Aubigné, de 1616, « je veux peindre la France une mère affligée », seulement, il faut élargir l’affliction à la terre entière.

Frauen lesen

Mater semper

Elise Schmit

Dass einer literarischen Rekonstruktion der eigenen Herkunft das Etikett eines „Romans“ aufgeklebt werden soll, leuchtet nicht immer ein. Das Leben folgt keinem Plot, es addiert Momente mehr als es sich als Gesamtzusammenhang entwickelt, meistens stoßen einem die Dinge eher zu, als dass man sie sich ausdenken würde. Demgegenüber steht der Roman als etwas Zielgerichtetes, Planvolles. Monika Helfer schafft mit ihrem Buch beides: *Die Bagage* ist eine Rückbesinnung auf die Zufälligkeit einer gegebenen Herkunft, auf ein feststehendes Da und Dort, betreibt aber auch eine kluge Auswahl aus den Gegebenheiten dieser Herkunft und stellt sie in einer bestimmten Hinsicht so in Frage, dass der Leser gespannt der Auflösung entgegensieht.

Die epischen Ausmaße des klassischen Familienromans werden dabei überhaupt nicht anvisiert. Helfer dringt ohne Umschweife in den Kern dessen vor, was ihre Verbundenheit zu ihrer Verwandtschaft ausmacht

„Hier, nimm die Stifte, male ein kleines Haus“, so beginnt die Annäherung der Autorin an die Familie ihrer Mutter, wie eine Aufforderung an sich selbst, die Erinnerungen aus der Kindheit hervorzuholen, festzuhalten, zu sortieren. Die Aufgabe ist schwierig, denn das Wissen um diese Vorfahren besteht vor allem aus Erzähltem, nicht aus eigener Anschauung. Auch geht es hier nicht um Nostalgie oder naive Romantisierung: „Die Wirklichkeit weht hinein in das Bild, kalt und ohne Erbarmen“. Die Vorstellung vom kleinen Haus am Bach im Schatten des Berges will keinen Alpenkitsch bedienen, sondern ist eben der Ort, an den es halb zufällig und halb aus Not die Vorfahren der Autorin verschlagen hat. Die Familie lebt arm und abseits auf dem Berg; sie wird als „Bagage“ mit Argwohn bedacht. Der Mann, Josef, ist berüchtigt für seine „Geschäftchen“, Maria, die Mutter, für ihre herausragende Schönheit, wenigstens einige der Kinder für ihre Durchtriebenheit. In einer gegenläufigen Bewegung zu dieser Ausgrenzung ihrer Verwandtschaft durch die Dorfbewohner ergibt sich der erzählerische Anlass für Helfer vor allem dadurch, dass sie sich dieser „Bagage“ unbedingt zugehörig wissen möchte. Vier Kinder haben die Moosbruggers zu dem Zeitpunkt, der die Autorin besonders interessiert; das fünfte Kind wird ihre Mutter Grete sein. Sie wird während des Ersten Weltkriegs geboren, den Josef größtenteils im Feld verbringt. Ist er tatsächlich der Vater? Die Leute im Dorf spekulieren und rechnen nach; für sie ist schnell ausgemacht, dass das unmöglich der Fall sein kann. Josef selbst, so wird es Grete ihrer Tochter später erzählen, habe nichts mit ihr zu tun haben wollen, sie Zeit seines Lebens nie angesehen und nie das Wort an sie gerichtet.

Diese Unsicherheit in ihrem Stammbaum aufzuschlüsseln, macht Helfer zur Prämissen ihrer Erzählung. Es gilt, an den richtigen Stellen nachzufragen, zu sammeln, zu rekonstruieren, bis das Bild der eigenen Herkunft über die Umriss der kindlichen Strichzeichnung hinausgelangen kann. Die epischen Ausmaße des klassischen Familienromans werden dabei überhaupt nicht anvisiert. Helfer dringt ohne Umschweife in den Kern dessen vor, was ihre Verbundenheit zu ihrer Verwandtschaft ausmacht. Sie verzichtet auf Beiwerk, erzählt individuell, nicht exemplarisch. Dem entspricht

eine harte, klare, zuweilen ironische Sprache, eine sparsame, aber einprägsame Bildlichkeit. So sagt Helfer von ihrem Onkel: „Seine Eltern und seine Geschwister hielten nicht viel von ihm, abgesehen von seiner Arbeitskraft. Als wäre er ein Traktor.“

„Mater semper certa est“, lautet eine lateinische Redewendung; Mutterschaft ist über den Zweifel erhaben. Dieses Prinzip macht sich Helfer zu eigen, indem sie ins Zentrum ihrer Erzählung die Großmutter stellt, jene maßlos schöne Maria, die von allen Männern aus dem Dorf begehrt wird, angefangen beim Postboten, der Josefs Stellungsbegehrt überbringt, bis hin zum Bürgermeister, der mit Josef befreundet ist und in dessen Abwesenheit auf Maria „aufpassen“ soll. An diese naheliegenden Möglichkeiten einer Vaterschaft denkt im Dorf jedoch niemand. Verdächtigt wird Georg, ein Mann aus Hannover, der sich zu der schönen Frau durchfragt, nachdem er Maria in einem Nachbardorf auf dem Markt begegnet ist.

Besinnt sich Helfer auf Maria selbst, auf das, was die Großmutter in dieser Zeit getan oder gedacht haben mag, verdrängen die Sorgen um ihre Kinder ihr Abwägen zwischen den Zudringlichkeiten der Männer und dem eigenen Begehren. Zwar helfen die Kinder im Haus und auf dem Hof, aber auf ein wirkliches Auskommen ist in Abwesenheit des Vaters nicht zu hoffen. Maria bleibt keine andere Wahl, als sich die Zumutungen ihrer Verehrer zunutzen zu machen, damit Essen auf den Tisch kommt. Am Ende wird die Frage nach der Vaterschaft Gretes dadurch nebensächlich; die „Bagage“ besteht in der Zeit, aus der Helfer berichtet, ohnehin mehr aus Maria und ihren Kindern als in einem durch eine Vaterfigur ergänzten Familienbild. Aus diesem Grund nehmen in Helfers Schilderungen auch die Onkel und Tanten einen besonderen Platz ein; an ihren Eigenschaften arbeitet sich die Autorin ab, während ihr Vater zwar in den Erzählungen vorkommt, aber blass und unbestimmt bleibt, fast wie ein Gast in ihrer Biografie.

Monika Helfer: *Die Bagage*. Roman. 159 S. Carl Hanser Verlag, München 2020. ISBN 978-3-446-26562-2. 19 €.

Der Kinosommer im Corona-Jahr 2020

Sinnkrisen und Zeitschleifen



Ein Film für den Corona-Sommer: Andy Samberg stößt in *Palm Springs* immer wieder Tröpfchen aus. Derweil ist Charlize Theron in *The Old Guard* Mitglied einer Geheimmarmee aus unsterblichen Nachkommen von Sisyphus und Prometheus

Tom Dockal

Der Kinosommer wurde dieses Jahr abgesagt. Natürlich sind die Kinos sind wieder betriebsfähig und natürlich wurden Initiativen gestartet, um – wenn auch überwiegend motorisiert – so etwas wie eine Freilicht-Kinosaison anzubieten.

Aber der klassische Kinosommer oder Blockbuster-Sommer wurde verlegt. James Bond, Marvel – alles wurde ins letzte Jahresquartal verschoben. Auch *Tenet*, der neue und lang erwartete *Mind-game*-Film des britischen Regisseurs Christopher

Nolan, sollte eigentlich letzte Woche seinen Weg auf die *grands écrans* finden. Nach wiederholtem Nach-Hinten-Verlegen des Starttermins wurde er am Montag auf unbestimmte Zeit komplett vom Spielplan genommen. *Tenet* auf eine Streaming-

Plattform zu klatschen, ist und bleibt für Nolan jedoch weiterhin keine Option.

Netflix und Hulu kommen nun aber mit zwei Spielfilmen daher, überlisten mit einem trojanischen Pferd die amerikanischen Studios – die wenn man Expert/innen Glauben schenkt, eh seit Jahren mehr für die Zerstörung des Kinos als Ort tun als die derzeitige Pandemie – und schenken dem sonnenscheuen Cinephilen seine Sommer-Blockbuster Anno 2020.

Der Grand Cru ist der Kinosommer 2020 nicht. Aber er bietet mit *Palm Springs* und *The Old Guard* zwei recht unterhaltsame Filme

Cinémasteak

Se méprendre d'aimer

Loïc Millot

Pour sa réouverture, la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg adresse tout au long de l'été une déclaration d'amour au cinéma à travers une sélection de films emblématiques allant de *King Kong* (1933) à des productions plus récentes telles que *Total Recall* et *Have you seen this Movie* ? Il était donc particulièrement difficile de choisir entre *All about Eve* (1950) de Mankiewicz, *All that Heaven allows* (1955) de Douglas Sirk, *His Girl Friday* (1940) de Howard Hawks, ou encore *Singin' in the Rain* (1952) de Stanley Donen, parmi d'autres classiques réunis dans la programmation « Why we love cinema ? » (du 3 au 31 août). Notre attention s'est finalement portée sur *Le Mépris* (1963), aussi bien pour honorer les vivants (Bardot, Godard) que pour rendre hommage à ce grand acteur qui vient de nous quitter, Michel Piccoli.

Avec *Le Mépris*, c'est tout d'abord la machinerie du cinéma qui est mise à nu. On y déconstruit les conventions et ce, dès le générique de début, qui n'est point écrit mais dit par Godard lui-même : « C'est d'après le roman d'Alberto Moravia. Il y a Brigitte Bardot et Michel Piccoli. Il y a aussi Jack Palance et Giorgia Moll. Et Fritz Lang... ». Le lien avec l'histoire du cinéma est assuré par la présence exceptionnelle du réalisateur allemand, auteur célèbre de *Metropolis* (1927) et de *M le Maudit* (1931), tandis que la musique de Georges Delerue insufflé une tonalité lyrique introduisant le spectateur au thème de l'amour (déchu), celui de Camille (Bardot) et de Paul (Piccoli). Cette présentation de la distribution est effectuée au moment où, à l'image, le fidèle chef-opérateur Raoul Coutard est en train d'opérer un travelling latéral.

Le dispositif technique, traditionnellement caché dans les films, intègre enfin le champ de la caméra : une démythification de la technique caractéristique du style de Godard et, plus largement, de la révolution esthétique engagée dans les années 60 (voir par exemple le cas-limite représenté en 1971 par *Prenez garde à la sainte putain* de Rainer Werner Fassbinder). Puis vient cette déclaration d'amour au cinéma que Godard, malicieux, attribue fallacieusement au critique André Bazin : « Le cinéma (...) substitue à notre regard un monde qui s'accorde à nos désirs. *Le Mépris* est l'histoire de ce monde ». Le cinéaste est habité comme jamais, et *Le Mépris* est sans aucun

Avec *Le Mépris* de Jean-Luc Godard, c'est tout d'abord la machinerie du cinéma qui est mise à nu

doute l'un de ses plus beaux films. Peut-être parce que l'expérimentation formelle à laquelle s'est si souvent livrée Godard est ici contrainte de composer avec un récit hérité de la tradition antique (*l'Odyssée* d'Homère en premier lieu).

Une fois la machinerie dévoilée, le film constitue aussi bien une entité finie qu'une production en acte, comme les marques de pinceau se donnant désormais à voir sur la toile des peintres de la Modernité. Les filtres rouges, jaunes et bleu qui scandent la

séquence érotique au cours de laquelle Bardot scrute les différentes parties de son corps jettent les couleurs dominantes du *Mépris*. C'est le rouge de l'amour-sang, le jaune du soleil, l'azur du ciel et des flots qui bordent de toutes parts le film. Soit des teintes méditerranéennes qui reproduisent la polychromie dont étaient autrefois couvertes les statues grecques.

Lors de sa sortie en salle, en 1964, la bande-annonce du *Mépris* insiste ironiquement sur ses aspects traditionnels : l'histoire d'amour entre Camille et Paul, la giflle, le baiser, une Alfa Romeo... Autant de clichés avec lesquels s'amuse le cinéaste. La star féline aux courbes envoûtantes – dont le cachet, estimé à plus de deux millions de francs, équivalait à la moitié du budget global de la production ! – permettra de faire connaître au grand public Michel Piccoli, *alter ego* du cinéaste dans le film, qui débutera la même année une longue collaboration avec Luis Buñuel.

Le Mépris (1963), France-Italie, vostf, 103 mn, sera présenté les 13 et 25 août à 20h30, Cinémathèque de la Ville de Luxembourg



Jean-Luc Godard (à gauche) lors du tournage avec Michel Piccoli et Brigitte Bardot

Wieso dieses Bild aus der griechischen Mythologie? Weil die Comic-Filmadaptation *The Old Guard* und die romantische Komödie *Palm Springs* unter den jeweiligen Genre-codes dem Zuschauer die griechische Antike ins Gesicht wedeln. Die Hauptfiguren aus *Palm Springs* sind moderne Nachkommen von Sisyphus und Prometheus, Charlize Theron's Charakter in *The Old Guard* ist an die beiden Andromaches angelehnt. Sie heißt sogar so: Andromache the Scythian, von Kolleg/innen jedoch einfach Andy genannt. Wenn die beiden Filme auch auf den ersten Blick so verschieden aufzutreten scheinen, verbindet sie doch so einiges. Nicht nur haben die beiden Drehbuchautoren die angelsächsischen Pendants von Gustav Schwabs *Sagen des klassischen Altertums* gelesen. Die Autoren verbindet auch, dass sie dem dramaturgischen Konzept in Verbindung mit existenzialistischer Reflexion besonderes Augenmerk schenken.

The Old Guard hat eine Gruppe von Söldner/innen im Mittelpunkt, die seit Jahrhunderten unter der Führung von Theron's Figur die Welt der Sterblichen beschützt. Die alte Garde ist nämlich unsterblich. Immer wieder wird sie bei Auseinandersetzungen niedergestreckt, um sich nur wenige Momente später aufzurappeln. Eines Tages finden die Helden der Geschichte sich im Visier eines Pharmakonzerns wieder, der es natürlich auf ihre Unsterblichkeit abgesehen hat. Ein Actionfilm mit unsterblichen Protagonisten – auf den ersten Blick natürlich schwierig. Bei *Palm Springs* sieht es ähnlich aus, darin wird zunächst ein ungemütliches *Déjà vu* erzeugt und die Prämisse des Klassikers *Groundhog Day* neu aufgewärmt. War es damals Bill Murray alleine, der sich jeden Tag den mit dem gleichen Tag herumschlagen musste, so machen das hier zwei Personen. Oder vielleicht noch mehr.

Während man sich bei *The Old Guard* berechtigterweise fragen kann, wieso man in Figuren investieren soll, denen eigentlich gar nichts zustoßen kann, lautet die essentielle Frage bei *Palm Springs*: Wieso *Groundhog Day*, einen Film, der zu einem Genre wurde – siehe: *Edge of Tomorrow*, *50 First Dates*, *Russian Doll*, *Happy Death Day* et cetera –, quasi neuverfilmen? Der Dalai Lama und die Buddhisten haben einen Lieblingfilm, nicht ein Lieblingsgenre. Diese Fragen sind natürlich Fragen, die sich die Filmemacher/innen ebenfalls gestellt haben. Die Antworten, die sie anbieten, sind interessanter und komplexer, als das man es den Filmen zugetraut hätte.

Die formal dramaturgischen Konzepte sind so prägnant und stark, dass nicht nur das Publikum weiß, was geboten wird. Die Marketing-Abteilungen benutzen die Pitches, um effiziente Vorankündigungen und Trailer zu produzieren. Aber ein zweiminütiger

Trailer ist kein Zwei-Stunden-Film! Auch das wissen die Filmemacher/innen. Es soll ja Menschen geben, die Ang Lees *Gemini Man* gesehen haben. Ein schlechter Film, der sein astreines Konzept nicht auszuleben wusste. Auf einen in die Jahre gekommenen Killer Will Smith wird ein Kopfgeld gesetzt. Einer seiner Jäger: eine geklonte junge Version seiner selbst. Aber es dauerte zum Beispiel eine ganze Stunde, bis die im fertigen Film eingeführt wurde. Im Trailer dagegen war natürlich sie der *selling point*.

In *The Old Guard* wird nicht lange gefackelt. Das Unsterblichkeits-Dispositiv steht nach zwölf Minuten, und es gilt mit dem Konstrukt etwas über die Figuren zu erzählen. Zu Beginn von *Palm Springs* ist die männliche Hauptfigur, von Andy Samberg gespielt, schon in ihrer Zeitschleife. Nur wissen es die Zuschauer nicht gleich. Ist die Frauenfigur einmal mit in der Zeitschleifen-Partie ist und erklärt Samberg ihr die Mechanismen des sich immer wiederholenden Tages, erzählt er damit über sich selbst und seinen Zynismus der Welt und den Mitmenschen gegenüber mehr, als dass er den Zuschauern die Logik des Plots darstellt.

Natürlich verhindert die dramaturgische Grundbasis nicht, dass verschiedene Action-Sequenzen in *The Old Guard* nicht ganz auf der Originalitäts-Höhe sind. Die Diversitäts- und Repräsentationsfrage ist im Actionfilm dank der Regisseurin Gina Prince-Bythewood zwar verhältnismäßig elegant eingeführt, bleibt aber noch immer mehr Kosmetik als fester Kern der Geschichte. Auch die Auflösungen beider Filme sind etwas holprig, beziehungsweise nicht ganz konsequent in der Überlegung. Zwischen den Wellen und dem Satz: „Mit dem Virus leben lernen“, erscheinen plötzlich quasi zeitgleich zwei Filme, in denen gerade die Frage vom „Wie leben?“ als Kernfrage steht. Wie leben oder überhaupt leben, wenn das Leben unendlich ist oder sich permanent wiederholt? Welche Verantwortungen gehen damit einher? Und hat das eigentlich überhaupt einen Sinn?

In dem einem Film geben Sinnkrisen um Leben und (Nicht-)Tod den Ton an, in dem anderen die vermeintliche Unmöglichkeit, aus einer Komfort-Zone auszubrechen und dabei eventuell erwachsen zu werden. *The Old Guard* ist nicht Charlize Theron's neuer Film auf dem Niveau von *Mad Max: Fury Road*, und *Palm Springs* reicht eh nicht an das Original *Groundhog Day* heran – aber was soll's: 2020 ist im Großen und Ganzen sowieso nicht der *Grand Cru*, den wir uns eventuell erhofft hatten. Und wenigstens wissen wir jetzt, dass die griechische Antike und die Lehren des Existenzialismus sich ganz unterhaltsam miteinander verbinden lassen.

Autrement / Anders (2)

La Philharmonie garde le cap

Kévin Krocze

L'Orchestre Philharmonique de Luxembourg (OPL) monte sur scène. Les planches craquent au rythme des pas de la troupe. Les consignes de distanciation sont respectées et même si aucune vitrine en plexiglas n'a été installée, les différentes sections sont suffisamment espacées. Chaque parcelle est soigneusement occupée et certains musiciens ont quasiment le dos collé aux murs. Et puis, un silence de cathédrale se fait. En ce jeudi 9 juillet, on joue à domicile, à guichet fermé dans le Grand Auditorium de l'institution. L'audience guète l'arrivée du chef d'Orchestre Gustavo Gimeno par la fameuse porte dérobée. C'est à ce moment là qu'une porte mi-fermée se rouvre dans un fracas pour accueillir deux spectateurs retardataires arrivés in extremis. Les malheureux se faufilent jusqu'au quatrième rang sous les regards réprobateurs du public et sous l'indifférence de l'Orchestre, trop concentré. Parmi ces spectateurs de dernière minute, l'auteur de ces lignes manquant cruellement de professionnalisme.

Gustavo Gimeno fait son entrée, réussite celle-ci. Il se démasque seulement lorsqu'il arrive près de son pupitre pour saluer les quelques 271 personnes présentes. Pour rappel, la capacité d'accueil de l'endroit avoisine les 1 500, mais, contexte actuel oblige, une nouvelle disposition a dû être réfléchi. Le concert est limpide. Du Schubert et du Beethoven, une vraie représentation qui s'est fait désirer des mois durant. Entre une partition qui se glisse hors du pupitre d'un musicien et une fausse note d'un cuivre lointain, on retrouve bien là les conditions d'un live qui ne mentent pas. Ces petites imperfections qui donnent toute sa saveur à un concert, aussi classique soit-il. À la fin de l'envoi et lorsque les artistes rangent leurs instruments, on se mouche et on tousse. Tout ce qu'on se retenait de faire en somme, pour ne pas se faire remarquer, pour ne pas apeurer ou déranger nos voisins.

En ce jeudi 9 juillet, bloqué à la sortie du parking des Trois-Glands – par les immanquables automobilistes qui veulent s'affranchir de l'obligation de payer – on pense à la chance qu'on a eu d'assister à cette représentation. La Philharmonie fait partie de ces institutions qui ont su s'adapter en temps réel, en proposant des concerts d'ampleur, dans les limites de la loi, et des initiatives digitales durant le confinement. Sans aucun doute les plus abouties du pays. On pense d'abord aux « Phil Live doheim », des sessions pré-enregistrées qui ont permis à de respectables musiciens locaux comme Greg Lamy, Bartleby Delicate ou encore le trio Reis-Demuth-Wiltgen de se représenter sur une scène, certes dans une salle sans public, et de toucher un cachet. Mais qui ont aussi permis aux techniciens et collaborateurs de la Philhar-



Francesco Tristano lors de son concert qui marquait le 16 juillet la fin de la saison 2019/2020



monie de retravailler ne serait-ce que le temps d'une soirée. On repense aussi aux sessions « OPL at home », des vidéos montées de morceaux jouées à distance par des musiciens de l'OPL ou encore aux vidéos « Kids' Phil » destinées au plus jeune public, avec ateliers de bricolage, imitation d'animaux et sketches avec marionnette. On pense enfin aux séances de yoga diffusées sur les réseaux sociaux de l'honorable maison, car après tout, pourquoi pas ?

Depuis 2013, Stephan Gehmacher est à la barre de ce beau navire qu'est la Philharmonie. Quand on lui demande si la traversée des derniers mois n'a pas été trop mouvementée, il souffle. « Ce n'était pas facile du tout. Généralement, les mois de mars et avril sont des périodes avec beaucoup d'activité. La Philharmonie est une maison de concerts et nous avons dû convertir cette maison pour permettre le télétravail. Les artistes de l'OPL ont dû arrêter de jouer ensemble tout à coup, ce qui leur a manqué. Mais je pense que tout le monde retrouve son chemin petit à petit ». L'entretien téléphonique sera coupé à deux reprises, des problèmes de réseau,

signe annonciateur, pourrait-on penser, d'un nouvel orage à venir en cette période d'accalmie. « Les problèmes de ces derniers mois étaient surtout administratifs. On a dû annuler des événements, rembourser des billets, c'est facile à résoudre. Le plus dur est devant nous ». Si les conditions le permettent, les salles pourront un jour accueillir à nouveau plus de personnes mais encore faudra-t-il remplir les salles. « La moyenne d'âge du public classique de la Philharmonie est entre 60 et 65 ans. Je comprends qu'on puisse avoir peur de venir. C'est aussi à nous de donner confiance ».

Fin mai et contre vents et marées, la Philharmonie a tenu à présenter la programmation de la saison 2020/2021. On y a découvert une sélection classique alléchante mais aussi des concerts uniques de John Scofield, Gregory Porter, Chilly Gonzales ou encore Chick Corea. Mais qu'en est-il du public ? Une partie de la réponse a été donnée par le ministère fin mai : possibilité de rouvrir les salles à condition de respecter des consignes de sécurité strictes. La mise en place express d'un « concept sanitaire » a déjà permis la programmation surprise des sessions « Back to live », *sold out* en un rien de temps. La billetterie pour les premiers concerts post-confinement s'ouvrira début septembre et pour le moment, le secteur est dans un flou total.

S'il y'a bien une chose sur laquelle la totalité des acteurs culturels a réussi à se mettre d'accord ces derniers temps, c'est l'évident constat que les événements en ligne ne remplaceront jamais le spectacle vivant. C'est d'ailleurs le seul point clair de la lettre ouverte à la ministre de la Culture publiée en avril dernier et co-signée par Stephan Gehmacher. Même si, comme le concède ce dernier, la Philharmonie n'a pas vocation à devenir un service de *streaming*, l'institution ne dément pas et les équipes n'ont pas à rougir des audiences de leurs initiatives sur la toile. Mais c'est une exception. Quand on regarde le nombre de vues des concerts à domicile et autres projets privés puis soutenus par le ministère, on se pince. Quelques centaines, quelques milliers pour les grands noms, toutes proportions gardées, de la musique luxembourgeoise. Des chiffres dramatiquement bas à l'heure d'internet. Le salut viendra donc des planches.

Parmi les artistes autochtones qui ont toutefois su tirer leur épingle du jeu on retrouve Francesco Tristano, le talentueux pianiste et compositeur. Celui qui est suivi par 46 000 personnes

S'il y'a bien une chose sur laquelle la totalité des acteurs culturels a réussi à se mettre d'accord ces derniers temps, c'est l'évident constat que les événements en ligne ne remplaceront jamais le spectacle vivant

sur Facebook, soit 17 000 de plus que la Philharmonie de Luxembourg, a partagé sur sa page une série intitulée *Bach from the bunker* en hommage à son compositeur fétiche. Francesco Tristano a justement été appelé pour clore cette saison 2019/2020, toujours dans le Grand Auditorium.

Jeudi 16 juillet, à deux heures de la représentation, les backstages de l'établissement sont quasi déserts. Serge Schonckert, chargé de concert nous accueille et nous guide à travers les couloirs. Sur un écran vissé au mur on découvre en temps réel des images de l'artiste qui effectue ses derniers essais. Il nous rejoint, nous salue chaleureusement et nous invite dans sa loge pour un débriefing. Il revient de Barcelone où il a joué face à quelques dizaines de spectateurs masqués. Le concert de la Philharmonie marque donc son vrai retour sur scène après des mois d'absence. C'est que Francesco Tristano voyageait alors comme une brute. « Je suis allé en Asie quatre

fois l'an dernier dont trois fois pour une seule date. J'ai évidemment pris conscience de mon empreinte carbone désastreuse. Les choses vont forcément être différentes maintenant. » Le Covid-19 et ses conséquences l'ont privé d'un grand nombre de dates, « entre 35 et 40 ».

Même s'il n'a que très peu composé ces derniers temps, il prépare doucement un nouvel album à paraître chez Sony dans lequel il sera forcément question du *lock-down*. Il évoque des questions politiques, des non-dits, des témoignages d'amis musiciens d'ici et d'ailleurs et des anecdotes assez dingues liés à sa vocation et à sa carrière. Le Covid-19 a définitivement changé la donne. Le dialogue est passionnant mais déjà, le devoir l'appelle et il a hâte d'y répondre. La pression des planches lui manque. Il admet même avoir pris des douches froides pour ressentir un ersatz d'émotion scénique. Il jouera encore à quelques reprises cet été, notamment en Italie et en Suisse, en attendant la suite. « L'Homo sapiens a toujours su s'adapter. Nous avons vécu des situations bien pires. Nous réussirons à nous adapter ».

Le Foyer, endroit habituellement accueillant où on papote un verre à la main, n'est plus qu'un terminal servant de transfert entre les parkings et la salle de concert. On est toujours aussi sonné par la bizarrerie de la situation. Nos voisins de rang sont à quatre sièges de distance et on se salue par un petit signe de tête. Francesco Tristano arrive et rend hommage au courage de l'institution. Il évoque justement Baudelaire qui disait que « le beau est toujours bizarre ». Durant la première partie, Jean-Sebastien Bach est célébré via sa *Suite Anglaise n°6*, « qui n'a rien d'anglais » s'amuse le pianiste. Il enchaîne avec *Electric Mirror* et *Eastern Market*, des compositions plus électroniques qui font la joie des spectateurs. Les applaudissements sont nourris mais le public décide de faire l'économie d'une *standing ovation*, à regret, comme si cette dernière constituait une pratique à risque.

Traditionnellement, la fin de saison de la Philharmonie est marquée par une *End-of-Season Party* devenue incontournable. Le concert de Francesco Tristano arrive donc à point nommé. Dans l'incertitude, on se reconforte en se disant que les équipes du navire culturel de Kirchberg ont sans doute d'autres cartes à jouer. En attendant, ils gardent le cap.

Plus d'informations : www.philharmonie.lu



Depuis 2013, Stephan Gehmacher est à la barre de ce beau navire qu'est la Philharmonie

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 02.09.2020
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de gros œuvre clos et couvert à exécuter dans l'intérêt de la construction du hall des sports à Echternach (Lot 2).

Description succincte du marché :
Envergure des travaux :
– 1 100 m³ béton étanche pour radier et fondations ;
– 2 500 m² voiles en béton armé (470 m² voiles en béton armé apparent QS2, 640 m² voiles en béton étanche) ;
– 860 m³ dalles en béton armé ;
– 1 100 m² éléments préfabriqués en bois (portée env. 7.7 m) ;
– 100 m³ poutres treillis en BSH.
Les travaux sont adjudés en bloc à prix unitaires.
Début des travaux : fin 2020
Durée des travaux : 285 jours ouvrables

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
16.07.2020

La version intégrale de l'avis n° 2001179 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ausstellung

Poppig schöner Müll

Martin Ebner

Als letztes Jahr der Abenteurer Victor Vescovo mit seinem U-Boot im Marianengraben zu einer Tiefe von 10 928 Metern abtauchte, ein neuer Rekord, da wurde er auf dem Meeresboden bereits erwartet: von einer Plastiktüte. Kunststoffe haben die Welt erobert, von den Polen bis zum Everest; längst schon sind kleingeriebene Plastikpartikel bis in die Nahrung von Tier und Mensch vorgedrungen. Museen und Archive aber befassen sich nur zögerlich mit synthetischen Polymeren, dem Segen und Fluch unseres Zeitalters.

Plastik ist so allgegenwärtig, dass es oft übersehen wird. Meist rümpfen die großen Kulturtempel darüber die Nasen und überlassen billigen Ersatz für Elfenbein, Glas und andere Traditionsmaterialien lieber kleinen Firmen- und Heimatmuseen oder Amateuren. Das Deutsche Kunststoff-Museum, für das ein Verein in Oberhausen Objekte zusammenträgt, kommt schon seit Jahrzehnten nicht recht in die Gänge. Immerhin wird Bakelit, der erste echte Kunststoff, derzeit in Wien mit einer kleinen Sonderausstellung gewürdigt, noch bis zum 26. Oktober im MAK.

Private Initiativen von Kunststoff-Liebhabern versanden oft nach ein paar Jahren. Das Portable Art Museum in Düren zum Beispiel, einst mit 150 000 Tragetaschen und Tüten die wahrscheinlich weltweit größte Kollektion dieser Art, wurde sang- und klanglos wieder geschlossen, als sein Gründer 2011 starb. An den Sammler Heinz Schmidt-Bachem erinnert nur noch das von ihm verfasste historische Standardwerk *Tüten, Beutel, Tragetaschen* (Waxmann-Verlag, Münster 2001).

Die Schwaben Mathias Kotz und Monika Breuninger wollten ihre Sammlungen dauerhaft in guten Händen wissen: Sie übergaben dem Landesmuseum Württemberg mehr als 50 000 Plastiktüten aus dem Zeitraum 1968 bis 2010. Die von der Designerin Phoebe Philo für den Modesommer 2018 gestaltete durchsichtige „Céline-Bag“, die schon mal für mehr als 800 Euro gehandelt wird, ist in diesen Schätzen folglich nicht enthalten. Dafür aber allerhand andere Preziosen, die nun gesichtet und nach Motiven geordnet werden.

Während die Arbeiten zur Archivierung noch andauern, wird im ehemaligen Jagdschloss der württembergischen Herzöge eine kleine, alle vier Wochen wechselnde Auswahl präsentiert. Der aktuelle Anlass für die knallbunte Sonderschau ist das von der deutschen Bundesregierung im vergangenen November auf den Weg gebrachte, vom Parlament noch abzusegnende Verbot von leichten Kunststoff-Einwegtüten. Überhaupt gibt es auf der Welt nur noch wenige Regionen, in denen Plastikfetzen ohne Restriktionen weggeworfen werden dürfen: die üblichen Schurkenstaaten Nordkorea, Iran, Sudan, Russland und Teile Amerikas. Eine Ära geht zu Ende.



Blick in die Ausstellung

Dabei hatte das Polyethylen-Zeitalter einmal unbeschwert begonnen. Eigentlich ist dieser Kunststoff eine deutsche Erfindung: Anno 1898 stieß der Tübinger Professor Hans von Pechmann zufällig in einem Reagenzglas auf eine wächerne Masse. Allerdings konnte er damit nichts anfangen, weshalb er die Sache wieder vergaß und Engländern überließ. Erst seit den 1950er Jahren wird im großen Stil aus Erdöl und Erdgas verdichtetes Polyethylen hergestellt und zu Verpackungsfolien verarbeitet.

In Deutschland verteilte 1961 das Kaufhaus Horten in Neuss die ersten „Hemdchentüten“, deren Träger an ein Unterhemd erinnern. Der Ingenieur Sten Gustaf Thulin ließ 1965 für eine schwedische Firma die Reiterbandtragetasche patentieren. Billig und praktisch, reißfest und wasserdicht: Bereits 1970 überflügelten Plastiktüten die davor üblichen Papiertaschen. Die massenhaft verbreiteten, gut zu bedruckenden „laufenden Plakate“ entwickelten sich rasch zum Symbol der Wegwerf-Gesellschaft.

Im Gefolge von Unverpackt-Läden und Klimaschutz ist nun eher Plastik-Kritik gefragt. Das Bild *In Tesco we trust* von Banksy etwa zeigt Pfadfinder, die vor einer Tüten-Fahne salutieren. Während des Wirtschaftswunders aber hatten selbst renommierte Künstler keine Hemmungen, vergänglichen Kommerz zu verschönern: Die Tüten von Aldi-Nord wurden von Günter Fruhtrunk gestaltet, einem Vertreter der Op Art und Professor an der Münchner Akademie. Der Schweizer Migros-Konzern engagierte für jährliche Tragetaschen-Editionen ebenfalls bekannte Künstler, zum Beispiel Daniel Spoerri, Bernhard Luginbühl und Dieter Roth.

Einst galten Plastiktaschen sogar als besonders umweltfreundlich. Der WWF Deutschland warb in den 1970er Jahren auf Tüten der mittlerweile aussterbenden Supermarktkette Tengelmann für Naturschutz: Plastiktaschen seien dafür hilfreich, denn mehrfach verwendbar, hygienisch und „gefahrlos“ zu entsorgen. Bei der Verbrennung von

Ende einer Epoche: Eine Ausstellung bei Stuttgart verabschiedet die Plastiktüte

Polyethylen entstünden bloß Wasserdampf und Kohlendioxid – was früher als harmloser Bestandteil der Luft angesehen wurde.

Wie lassen sich derartige Zeitdokumente für die Nachwelt bewahren? Auf dem Meeresboden wird Kunststoff leicht mehrere Jahrhunderte alt. Für Museen aber können UV-Licht, Wärme und Schädlinge durchaus Herausforderungen sein. Kurator Frank Lang ist optimistisch, dass auch in den Depotkisten im Kunststoff-Keller von Schloss Waldenbuch optimale Bedingungen herrschen: dunkel, kühl und sauerstoffarm.

Vielleicht werden Plastiktüten aber auch vor-schnell totgesagt. Zu Corona-Zeiten haben glatte, leicht zu reinigende Oberflächen einen neuen Reiz. Die Stadt New York jedenfalls sieht nun davon ab, ein im März erlassenes Plastiktüten-Verbot durchzusetzen und will es vorerst mit Aufklärung versuchen. Möglicherweise wird ja auch noch ein „Biokunststoff“ entwickelt, der nicht nur auf dem Papier kompostierbar ist. Vielleicht wird Plastikmüll eines Tages auch nicht mehr nach Malaysia exportiert, sondern tatsächlich recycelt. Theoretisch ist Plastik gar nicht so schlecht, und an Museumswänden sieht es sogar sehr schön aus.

Die Ausstellung *Adieu Plastiktüte!* ist noch bis zum 8. November 2020 im Schloss Waldenbuch bei Stuttgart zu sehen: museum-der-alltagskultur.de

Bislang nur virtuell zu besuchen: deutsches-kunststoff-museum.de

Zu Geschichte und Gegenwart der Kunststoff-Welt informiert der *Plastikatlas* der Heinrich-Böll-Stiftung: boell.de/plastikatlas

d'Lëtzebuurger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Rédactrice en chef** Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Pol Schock (48 57 57-35; pschock@land.lu), Pierre Sorlut (48 57 57-20; psorlut@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (48 57 57-36; sbecker@land.lu) **Gérant et mise-en-page** Pierre Greiveldinger (48 57 57-34; pgreiveldinger@land.lu) **Administration et publicité** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** Boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Twitter** @Letzland **Facebook** d'Lëtzebuurger Land **Instagram** letzeburger_land **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGULLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003



Tengelmann-Einkaufstüte mit einem Aufruf des World Wildlife Fund, 1970er

Cinéma

Six semaines... et demie

Pablo Chimienti

François Ozon est de retour en salle, deux ans après son *Grâce à Dieux*, Grand Prix du jury à la Berlinale, avec le récit que le réalisateur avait prévu d'adapter pour son premier long métrage, *Été 85*, librement adapté du roman *Dance on my grave* d'Aidan Chambers.

Alexis a seize ans en 1985. L'année scolaire vient de se terminer et le garçon prévoit de poursuivre le lycée en section littéraire. Faut dire qu'il a une plume intéressante et que son professeur de français l'a pris sous son aile. Pourtant, dans sa famille, la pression est forte pour qu'il arrête ses études et se trouve dès maintenant un boulot. Faut dire qu'une source de revenus supplémentaire serait la bienvenue dans cette maison dont la mère est au foyer et le père docker au port voisin.

Mais en ce tout début d'été, sur cette côte normande où il vit, Alexis veut d'abord profiter de la mer et du soleil. Il emprunte alors le bateau d'un ami mais ne voit pas l'orage qui approche. Il chavire. Heureusement un bateau à peine plus grand que le sien, mais muni d'un moteur, arrive à sa hauteur. À son bord, David, 18 ans Alexis chavire à nouveau, au sens figuré cette fois. Faut dire que si Alexis est beau comme un ange, David, lui, a la beauté du diable.

C'est comme ça que commenceront six semaines inoubliables. Alexis trouve en David « l'ami de ses rêves », tandis que David a terriblement besoin d'un véritable ami depuis le décès de son père un an plus tôt. Les deux vont donc devenir inséparable, vivre cet été à cent à l'heure, de jour comme de nuit, dans le magasin de la mère de David – qui prendra Alexis comme vendeur – comme en discothèque, à la fête foraine comme à la plage.

Après quelques approches pleines de sensualité mais maladroites, les deux exploreront leur sexualité avec passion. Et malgré une insulte homophobe lors d'une soirée, l'homosexualité de cette relation ne sera « jamais vraiment le su-

François Ozon revient, avec cet *Été 85*, à plusieurs des thèmes qui traversent son œuvre : l'homosexualité, l'ambivalence, la transmission du savoir, l'amour pour la littérature...

jet » notera le réalisateur dans ses notes d'intention. Alexis et David s'aiment, point à la ligne. Alexis, d'un amour pur et absolu. David avec une fougue et une passion hors du commun. Mais aussi avec un besoin de dominer, psychologiquement du moins, son partenaire, avec un petit côté pervers-narcissique.

François Ozon revient, avec cet *Été 85*, à plusieurs des thèmes qui traversent son œuvre : l'homosexualité, l'ambivalence, la transmission du savoir, l'amour pour la littérature... Et le réalisateur s'amuse à mettre son spectateur sur de fausses pistes, à le faire douter, à lui donner des certitudes qu'il s'empresse de détruire. Ce n'est pas pour rien s'il commence par montrer un Alexis en état d'arrestation, parler de son obsession pour la mort et annoncer le décès de David.

Ozon ose beaucoup et titille le spectateur, avec réussite. Il lui refuse l'accès à la chambre où les



Alexis et David vont vivre cet été 85 à cent à l'heure, à la fête foraine comme à la plage

jeunes hommes passent leur première nuit ensemble au spectateur, en le traitant presque de voyeur, joue avec sa nostalgie du temps passé et rend un magnifique hommage à *La Boum*.

Sélectionné en compétition officielle au festival de Cannes cette année, *Été 85* est un *teen-movie* qui marie la force de l'expérience emmagasinée par Ozon en plus de vingt ans de carrière, et la fraîcheur et l'énergie de ses films de jeunesse. Pas étonnant quand on sait que le réalisateur a lu le roman quand il était adolescent, justement en 1985, et pensait même en faire son premier long métrage.

À la fois solaire et sombre, plein d'énergie et posé, passionné et réfléchi, réaliste – dans ses décors, ses réalités sociales ou encore sa BO qui va de The Cure et à Rod Stewart en passant par les pionniers de l'électro –, mais idéalisé – dans ses costumes, dans son image au grain particu-

lier de la pellicule et sa reconstitution des années 80 à travers les souvenirs propres du réalisateur –, le film se développe tel un puzzle à travers ses nombreux *flash-backs*.

Félix Lefebvre et Benjamin Voisin qui interprètent les deux jeunes gens sont fabuleux tout comme Valeria Bruni Tedeschi dans le rôle de la mère ultra-possessive de David.

Alors oui, ses détracteurs diront qu'Ozon refait du Ozon, qu'il n'a pas la puissance narrative d'un Xavier Dolan ou la folie d'un Pedro Almodóvar, que son film est moins bouleversant qu'un *Call me by your name* de Guadagnino, moins revendicatif qu'un *120 battements par minute* de Campillo... mais justement Ozon n'a pas tenu à en faire des tonnes, à dramatiser outre mesure cet amour adolescent, à jouer sur la corde sensible. Il garde sa retenue habituelle. Et c'est justement là qu'il excelle.

Binge watching

Das verlorene Paradies

„The middle class is evaporating? Or the American Dream is dead?“ Mit diesem Voice-Over-Kommentar führt die Stimme von Marty Byrde (Jason Bateman) uns in die Welt von *Ozark*: Es ist dieser Byrde, ein unscheinbarer Finanzberater aus Chicago, der für einen mexikanischen Drogenbaron Geld wäscht. Dafür verlässt er mit seiner Frau Wendy (Laura Linney) und den beiden Kindern Charlotte und Jonah die Großstadt, um sich beim Ozarks-See niederzulassen, einem beliebten Ferienort in Missouri. Doch der Ortswechsel erweist sich als wenig als hilfreich oder gar befreiend, die Probleme häufen sich ...

In seiner Grundstruktur erinnert *Ozark* an *Breaking Bad*: Aus einem gutbürgerlichen Familienvater wird nach und nach ein kriminelles Mastermind

In seiner Grundstruktur erinnert *Ozark* selbstverständlich an *Breaking Bad* (2008-2013): Aus dem blassen, gutbürgerlichen Familienvater wird nach und nach ein kriminelles *Mastermind*: Die Serie schildert, wie ein Mensch in die kriminelle Mühle gerät, denn ein beseitigtes Problem schafft alsbald zwei neue, und wie er ganz schnell aufsteigen kann, hat man ihn erst als profitablen Partner aufgebaut. Am Glauben an die amerikanische Familie als heilende Kraft und Mittelschichtidyll hält *Ozark* zwar fest, aber mit einer nahezu perversen Unterwanderung. Ein totes Berufs- und Privatleben – der monotone Job lässt Marty abstumpfen, die Frau betrügt ihn – wird plötzlich durch die kriminellen Machenschaften revitalisiert.

Jason Bateman gibt diesen Finanzberater und Familienvater als einen fast leeren Menschen. Seine ruhige Körperhaltung und scheinbare Emotionslosigkeit lassen kaum Sympathie zu, eher muss man das Ganze aus der Distanz beobachten. Die von Bill Dubuque und Mark Williams konzipierte Serie lässt durchaus offen, inwiefern sie den Werte- und Identitätsverfall der amerikanischen Familie anklagt oder die Familie ganz im Sinne des kommerziellen amerikanischen Mainstream-Kinos gleichsam *ex negativo* als das große Glück bestätigt. Für Marty Byrde geht das Abenteuer insofern gut aus, als er allmählich bereit ist, die Verantwortung für sein Familien- und (kriminelles) Arbeitsleben wieder zu übernehmen. Dennoch: Es bleibt wohl schwer zu sagen, wie sehr er sich von seinen verbrecherischen Vorgesetzten bereits infiziert hat. Nicht zuletzt legt *Ozark* eine besondere Aufmerksamkeit auf Charaktermomente und versucht die Umstände und seelischen Probleme zu durchleuchten, die die Menschen dazu treiben, die moralischen Grenzen zu überschreiten. Minutenlang kann die Kamera dabei auf den Gesichtern der Schauspieler verharren, bis wir darin zu lesen beginnen. Denn letztlich sind all diese Figuren verwoben in einem Netz aus Lügen und Verdingungsproblemen, sodass der bürgerlichen Existenz nur noch der Boden unter den Füßen weggezogen werden kann. Wenn dann der eigene Sohn mit dem Schießgewehr im Wohnzimmer steht, findet dieses Kommunikationsdefizit seinen stärksten Ausdruck.

Die nur äußerlich-paradiesischen Landschaftsbilder der Ozarks sind gleichsam der symptomatische Ort für die Spaltung der amerikanischen Bevölkerungsschichten. Abseits der rein handlungsbezogenen Oberfläche bildet die 2017 auf Netflix gestartete Serie eher beiläufig die Verschönerung urbaner und ruraler Zentren ab und reflektiert so die tiefe Krise Amerikas, dass die Diskrepanz zwischen den städtischen Eliten und der ländlichen Unterschicht ihrerseits zu Verständigungsproblemen und leichtfertigen Vorurteilen führen kann. Und damit bekommen Martys Eingangssätze einen bitteren Beigeschmack; das Paradies existiert allenfalls noch als Postkarte.

Aber es bleibt am Ende die Frage durchaus offen, wie sehr sich auch die ganz normalen Menschen in teuflische Gewalttäter verwandeln können, wenn der psychische Druck groß genug ist. Das freilich ist eine Frage, die jenseits von *Ozark* in der Tiefe der menschlichen Psyche liegt. Marc Trappendreher

Bande dessinée

Papy fait de la résistance

Pablo Chimienti

« Ô rage ! Ô désespoir ! Ô vieillesse ennemie ! N'ajede donc tant vécu que pour cette infamie ? ». De la célèbre tirade du *Cid* de Corneille, le scénariste Nicolas Juncker et le dessinateur Chico Pacheco – qui avait déjà publié *Un jour sans Jésus ensemble* – n'ont gardé qu'*Ô vieillesse ennemie* ! pour le titre du premier opus de leur nouvelle série, *Octofight*.

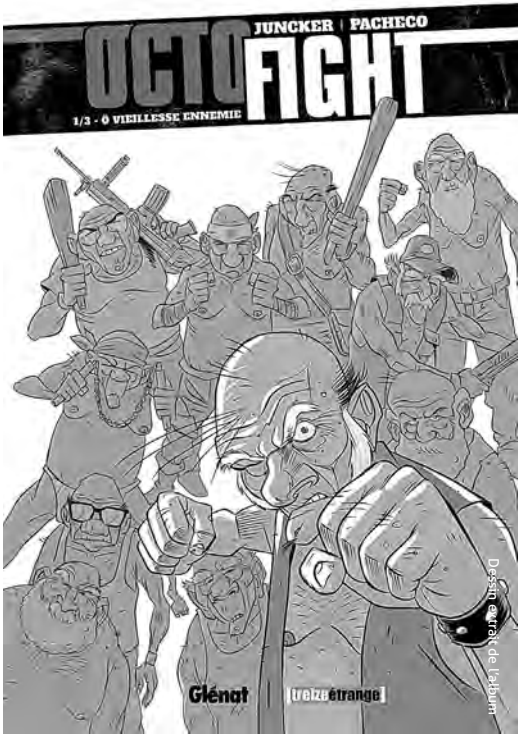
Nous sommes en 2056. La France est gouvernée par Mohamed Marechal Le Pen. Le pays est divisé entre gaullistes – les extrême-gaullistes, crypto-gaullistes, gaullistes républicains, socialo-gaullistes... – et néo-ruraux. Les premiers tiennent les villes – où résident néanmoins quelques groupuscules de résistance comme le KCSDFB (Le Kommando Chrétien Social Démocrate François Bayrou). Les seconds, tous les espaces périphériques qui, lors du « Grand remplacement », ont vu des chômeurs prendre la place des musulmans – avant que le chômage soit déclaré illégal. Les premiers vivent dans une société ultra-contrôlée. Les autres dans « des zones d'ultra non-droit ». Sacré décor !

L'augmentation en flèche de l'espérance de vie et la politique nataliste a fait que le pays déborde. Et comme certains experts sont arrivés à la conclusion que « les plus de soixante ans voyagent, consomment, etc. » mais que « les plus de 80 non », n'ont « plus la santé pour », on a instauré l'euthanasie civique. Autrement dit, vous avez plus de 80 piges et il n'y a plus aucune mutuelle qui veut vous prendre en charge, vous avez droit à 48 heures pour faire vos adieux puis direction la piqure et le sommeil éternel.

Normal pour les responsables politiques, puisque : « le quatrième âge n'apporte aucune

richesse à notre société ». Il leur a fallu des années pour faire accepter le principe, puis faire voter la loi. Mais désormais les tags « Si t tro vieu pour bossé, creve », « Young Power, La Fransse o jeunes » ou encore « Sous les s-karres, la ssiss-tana » fleurissent.

C'est dans ce futur anti-utopique que vivent Stéphane et Nadège Legoadeç. Ils sont mariés de-



***Octofight* est une anti-utopie ultra-violente et politiquement très incorrecte**

puis des lustres et ont pour ainsi dire tous deux « dépassé la date limite ». Et comme des traces de nicotine ont été retrouvées dans les urines de l'époux, sa mutuelle vient de le radier. La sécu, la caisse de retraite et le ministère de l'Intérieur ont été informés de ce comportement insensé. Il ne lui reste donc qu'une seule solution : la fuite. Et sa femme part avec lui. Pas vraiment pour ses beaux yeux, lui dira-t-elle plus tard, avant d'ajouter : « qui te dit que j'ai encore envie de vivre dans ce monde ? ».

Les deux piquent alors la voiture à leur fils, font le plein de médicaments et c'est parti direction banlieue. Les voici chez les néo-ruraux, ou plus exactement chez Raymond. Pas vraiment un sauveur, plutôt un caïd de banlieue. Si Raymond sauve des vieux qui fuient l'euthanasie civique c'est pour organiser des « octocombats », autrement dit des combats entre octogénaires contre d'autres chefs de gangs.

De la fuite, on passe donc au combat. Pas le choix, s'ils veulent survivre Stéphane et Nadège vont devoir obéir aveuglément aux ordres de Raymond et surtout battre leurs adversaires. Si Nadège galère, Stéphane fait preuve de grandes capacités au niveau baston. Et vite on découvrira que celui qu'on prenait pour un gentil grand-père sans histoire est en fait un ancien agent du GUD et du service d'ordre du FN dans les années 2010. De quoi changer le regard qu'on porte sur un homme.

De l'anti-utopie de la première partie on passe, dans la seconde moitié à une violence extrême. Deux univers unis par un humour omniprésent et ultra-décalé. Les auteurs s'amusent avec les jeux de mot, proposent différents clins d'œil, donnent

Quelques mois à peine après son superbe *Seules à Berlin*, Nicolas Juncker est de retour avec le premier tome d'*Octofight*, dessiné par Chico Pacheco

à leurs personnages des prénoms politiquement très incorrects, et, en parlant de politique, ne ratent pas tout ce qui ressemble de près ou de loin à un élu ou à un pro de la vie publique.

Un mélange détonnant que Juncker et Pacheco mettent merveilleusement en scène dans cet album au format manga (souple, 14 x 21 cm) en noir et blanc et aux planches on ne peut plus variées. C'est rythmé, drôle et surprenant. Un plaisir de lecture dont on devrait rapidement connaître la suite ; les second et troisième tomes de cette trilogies sont prévus dans l'année. Vivement la suite.

Nicolas Juncker et Chico Pacheco : *Octofight, T1, Ô vieillesse ennemie* ; Glénat ; juin 2020 ; ISBN : 978-2-7493-0860-9.

STIL

Wir haben den Durchblick

Ines Kurschat

„Brillenschlange“ galt lange Zeit als eins der Schimpfwörter, mit denen Kinder den Strebern auf dem Pausenhof das Leben schwer, wenn nicht zur Hölle machten. Brille galt als langweilig, spießig und fad.

Dann kam Harry Potter, und mit einem Mal wurden die blassen Geeks mit den Rädern auf der Nase zu den eigentlichen Stars der Klasse: schlau, hartnäckig den Dingen auf den Grund gehend, dem Gegenüber immer einen Schritt voraus. Forscher der Universität Mainz bestätigten in einer Studie, dass Brillentragende tatsächlich gebildeter sind: Unter Studierenden und Akademiker/innen sind besonders viele Brillentragende; je höher der erreichte Abschluss und je länger jemand auf der Schule oder der Uni war, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Sehschwäche. Die Erklärung ist denkbar einfach: Durch die häufige Arbeit vor dem Computerbildschirm und das viele Lesen gibt es überproportional viele Uni-Absolvent/innen, die kurzsichtig sind, also während des Lernens eine Sehschwäche entwickeln, und zur besseren Sicht auf eine Sehhilfe geradezu angewiesen sind.

All das verhalf dem Nasenrad zu plötzlichem Ruhm, aus dem hässlichen Entlein wurde sozusagen ein stolzer Schwan. So angesagt war die Brille, dass manche Hipster dazu übergingen, sogar dann eine zu tragen, wenn sie eigentlich keine brauchten. In den angesagten Läden und Cafés der Stadt konnte man lässig gekleidete Fashionistas in karierten Holzfällerhemden, akkurat gestutztem Bart und Brille vor ihren Laptops sitzen. Der filigrane Rahmen ums in Wahrheit wirkungslose Fensterglas sollte dem Gesicht charaktervolle Tiefe geben und war das Erkennungszeichen der kreativen kosmopolitischen Elite, die überall zuhause ist, solange es W-Lan gibt und Café Latte.

Dass die richtige Brille aus Langweilern plötzlich intelligente Expert/innen macht, hat auch die Politik verstanden und aufgegriffen: Galt die Brille früher als sicheres Erkennungszeichen unbedeutender Hinterbänkler, hat sich ihr Image – und das ihrer Träger/innen – mittlerweile gewandelt. Heute trägt die Politik-Frau oder der politische Mann die Sehhilfe mit Haltung und inszeniert die eigene gescheite Ausstrahlung. Manche setzen sie ganz gezielt ein, das passende Modell für den passenden Moment, und haben rundherum eine eigene Choreografie entwickelt: Seitdem die Corona-Pandemie uns alle in Atem hält und die Regierung (wenngleich widerstrebend) erkannt hat, dass das Virus das Land noch eine ganze Weile in Atem und die Politik ziemlich beschäftigen wird, seitdem die Dreierkoalition den Bürgerinnen und Bürgern strenge Schutzmaßnahmen nicht mehr wie ein wohlmeinender Vater von oben herab autoritär verordnen kann, kommt die Brille verstärkt zum Einsatz. Keine Pressekonferenz mehr, wo das dynamische Corona-Krisen-Duo Bettel-Lenert nicht mit eindringlichen Worten mahnt,

an Vernunft und Gemeinsinn appelliert und die neusten Zahlen präsentiert. Dabei darf die Brille nicht fehlen. Ganz im Zeitgeist mit größeren Gläsern und dezenterem unaufdringlichen Rand. Das soll Weitsicht und Verstand signalisieren.

Kenner/innen des politischen Tagesgeschäfts ist längst aufgefallen: Seitdem der Notstand aufgehoben ist und somit nicht mehr auf das paternalistische Wir-wissen-was-gut-für-Euch-ist zurückgegriffen werden kann, hat sich auch der Stil der Krisenkommunikation sichtbar geändert. Xavier Bettel und Paulette Lenert erläutern mit ernsthafter Miene das Infektionsgeschehen, es ist von Tracing und Clustern die Rede – mit der

Brille wirkt das gleich viel seriöser. Beide tragen eine, Bettel mit dezenterem schwarzen Rand, passend zum schwarzen Jackett, das er für den Anlass gewählt hat. Das aufgeknöpfte Hemd mit der fehlenden Krawatte soll Nähe zur arbeitenden Bevölkerung demonstrieren.

Seitdem er Brille trägt, redet sich der Premier auch nicht mehr so in Rage. Staatsmännisch, geduldig und mit leichter Besorgnis in der Stimme erklärt er immer wieder neu, wie sehr es auf den/ die Einzelnen einkommt, das Virus einzuhegen. Er kündigt neue Restriktionen an: Statt 20 Personen dürfen privat daheim nur noch zehn empfangen werden.

Wenig später ist es an der Gesundheitsministerin Paulette Lenert Details zu den weiter steigenden Infektionszahlen zu geben: Sie steht am Rednerinnenpult, den Blick fest geradeaus, spricht von dringend gebotener Verhaltensänderung. Ihr Brillenmodell ist ein in dezenterem Gold gefasster Rahmen mit runden Gläsern, passend zu den blonden Haaren. Dasselbe Modell trägt sie auf anderen Pressekonferenzen. Allzu häufig wechseln sollte eine Politikerin den Brillentyp ohnehin nicht, das sieht eitel aus und unentschieden und lenkt von dem ab, worum es geht: Durchblick demonstrieren. Kontinuität und Beständigkeit suggerieren. Sogar wenn man Ersteres nicht wirklich hat und die Infektionszahlen wieder auf über hundert den Tag steigen.



Kontinuität und Beständigkeit suggerieren. Sogar wenn die Infektionszahlen wieder auf über hundert den Tag steigen

L'endroit



Cela reste sans conteste le restaurant le plus parfait du centre-ville. Malgré la fermeture pour raison de confinement, le couple Magnier s'est décidé de dédier sa belle terrasse du Clairefontaine uniquement à la relaxation autour d'un apéro ou d'un digestif. Les confortables canapés blancs donnent envie de s'y éterniser, mais une fois qu'on a pris place à l'intérieur bien plus frais du grand salon aux airs de belle époque, on n'a plus d'attention que pour ce qui se trouve sur les belles assiettes dressées avec le plus grand soin. À commencer par les trois mini-flutes (photo : GD) qui servent d'amuse-bouche et dont les parfums sont aussi différents que savoureux. Au rayon des entrées, je noterai particulièrement les tendres cuisses de grenouilles qui baignent dans un spuma parfumé à l'ail noir. Si le plat phare de la maison reste la fameuse poularde de Bresse en vessie, je conseillerais en alternative le pigeon des Vosges de chez Monsieur Laurent, carotte des sables, jus salmis et caramel, dont la cuisson sera plus que parfaite. Et comment quitter les lieux sans s'être laissé tenter par le soufflé au Grand Marnier, aussi crémeux que léger. Si le Chef sait comment séduire les palais les plus fins et les plus exigeants avec son second Julien, notre compliment ponctuel ira au personnel en salle. D'abord la maîtresse des lieux, qui semble avoir permis au reste de l'équipe une nonchalance bienvenue et un sens de la dérision qui nous change d'autres endroits étoilés dans lesquels tout se passe de manière un brin solennelle. GD

L'endroit

Il s'agit d'un projet de niche trop osé pour qu'on n'ait pas envie de le soutenir. D'autant plus que le magasin *second hand* de Laure Cales est niché dans un local très étroit du haut de la rue Glesener qui n'offre pas de vraie visibilité côté rue, sa vitrine étant très étroite. Ceci dit, truffée de meubles chinés chez les brocanteurs, Pilea offre un beau choix de seconde main, et cela aussi bien aux femmes qu'aux hommes, filles et garçons (photo : GD). Il y en a pour tous les âges et surtout pour les bébés, qui se voient proposer via leurs mamans de petits jeans et autres chemises coquines à des prix intéressants. Pour la dame sont exposées à part les vêtements toute une panoplie de chaussures et de sacs à main. Comme cadeau subtil on emportera un agenda personnalisé par l'artiste Lisa Sofsky, qui a la particularité de ne pas être daté et qu'on pourra donc entamer à n'importe quel moment de l'année. Des bouquets de fleurs séchées ainsi que les plantes vivantes qui donnent le nom au magasin arrondissent l'offre. Sans oublier de mentionner que Pilea propose aussi une série de vêtements en collaboration avec Akabo, spécialisé en fairmode écologique. Et pour terminer, lords de votre passage (du lundi au samedi à partir de 13h) vous avez la possibilité de prendre place dans les fauteuils vintage et de vous laisser tenter par un café de Mondodelcafé et/ou une portion de gâteau, voire de tarte vegan préparée par la jeune proprio. GD

d'Land méi mobil

Désormais, les abonnés peuvent lire le Lëtzebuerger Land sur leurs iPad et iPhone, ainsi que sur leurs portables et tablettes pourvus du système d'exploitation Android. Il suffit de télécharger l'application dans l'App Store de Apple ou dans le Play Store de Google.

www.land.lu

